

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

JAHRGANG 6

1. DEZEMBER 1912

NUMMER 3

Heinrich Weber: Der Sozialismus und der Krieg

Wir schreiben am 24. November. Noch ist die Stunde nicht gekommen, die Ergebnisse des Balkankrieges festzustellen. Noch wissen wir nicht, ob die Umwälzung am Balkan zum blutigen Zusammenstoss zwischen Oesterreich und Serbien führen, ob sie die grossen Völker Europas zu den Waffen rufen und dadurch die ganze Erde — von London und Paris bis Peking und Tokio — in eine völlig neue Lage versetzen wird.

Die ganze sozialistische Welt steht vor der unmittelbaren Gefahr des Krieges. Die Gefahr ist ihr Problem und Aufgabe. Die Parteitage der deutschösterreichischen, der französischen, der schweizerischen Sozialdemokratie, die im letzten Monat tagten, standen unter dem Banne der Kriegsgefahr. Heute tritt in Basel der Internationale Sozialistenkongress zusammen — die gewaltigste Kundgebung für den Frieden!

Was bedeutet der Krieg im Werdegang der Völker? Was bedeutet er für den kämpfenden Sozialismus? Kann der Sozialismus den Frieden retten? Welcher Waffen kann er sich im Kriege wider den Krieg bedienen? Wie kann er die durch den Krieg geschaffene Lage ausnützen? Welche Aufgaben harren seiner am Tage nach dem Kriege? Diese Fragen beschäftigen heute die sozialistische Internationale.

Darum ist es heute nützlich und lehrreich, sich der Geschichte dieser Fragen zu erinnern.

* * *

Als die französische Revolution mit wuchtigen Schlägen den Feudalismus in Trümmer geschlagen, die absolute Königsgewalt zerbrochen, die Bourgeoisie zur Herrin Frankreichs erhoben hatte, vereinigten sich die Fürsten Europas zum Kriege gegen das revolutionäre Frankreich. Am 6. Juli 1791 forderte Leopold II. von Oesterreich alle Herrscher Europas auf, dem bedrohten König von Frankreich zu Hilfe zu eilen. Die französische Nation musste die Errungenschaften ihrer Revolution gegen die vereinigten Heere Europas auf dem Schlachtfeld verteidigen. Nicht auf den Strassen von Paris ist der Sieg der Revolution erfochten worden, sondern auf den blutgetränkten Schlachtfeldern, wo die wehrhafte Jugend Frankreichs die Heere aller Fürsten Europas in die Flucht schlug. Der Krieg war der mächtigste Hebel der Revolution. Und Krieg folgte dem Kriege. Von dem General Bonaparte kommandiert, zogen die Heere Frankreichs durch das feudale Europa. Und in ihrem Gefolge gingen einher die bürgerliche Rechtsordnung, der bürgerliche Staat, das bürgerliche Gesetz.

Aber die Macht Bonapartes, des Erben der Revolution, zerschellte an dem russischen Koloss. Ohne Industrie, ohne Bourgeoisie und ohne Proletariat, auf eine ungeheure Masse bedürfnisloser Bauern gestützt, die zähe, harte, in der Verteidigung unübertreffliche Soldaten stellen, dank seiner Kulturlosigkeit ein willenloses Werkzeug in einer Hand, dank seiner ungeheuren Ausdehnung, seiner Armut, seiner geringen Bevölkerungsdichte für eindringende fremde Heere eine unüberwindliche Wildnis — so hat Russland dem Ansturm der grossen Revolution widerstehen können. Es hat die Stürme der Revolution benützt, Polen, Finnland und Bessarabien zu erobern. An seiner Macht scheiterte in der Katastrophe von 1812 das französische Kaisertum, die letzte Phase der grossen Revolution. Es hat Oesterreich und Preussen in seine Vasallen verwandelt, in Frankreich und Spanien verhasste Dynastien nach seinem Belieben eingesetzt, Norwegen der schwedischen Dynastie geschenkt. Am Ende der napoleonischen Kriege war

der Zar der Herr Europas. Jeder Volkserhebung stand Russland gegenüber als der Beschützer der legitimen Gewalten, als der Protektor des Absolutismus und des Feudalismus in ganz Europa.

Im Jahre 1848 erhoben sich wieder die Völker. Durch ganz Europa brausten die Stürme der Revolution. Aber Russlands Grenze gebot ihnen Halt. Der russische Bauer, immer noch ein gefügiges, willenloses Werkzeug seines Herrn, stand der europäischen Revolution gegenüber. Drohend schob Russland seine Heere an die Grenze vor. Der Zar verbot die Einigung Deutschlands, seine Gewalt lastete auf Polen, sein Heer warf Ungarn nieder. Sollte Deutschland, sollte Europa nicht der Früchte der Revolution beraubt werden, dann mussten sich die revolutionären Völker gegen das konterrevolutionäre Russland vereinigen. Wie das revolutionäre Frankreich im Jahre 1792 seine Revolution auf den Schlachtfeldern der Champagne verteidigen musste gegen das feudale Europa, so hätte das revolutionäre Deutschland, Polen, Ungarn, Italien, seine Freiheit nur erobern können im Kriege gegen das absolutistische Russland. Krieg gegen Russland — das war im Jahre 1848 die Losung der revolutionären Demokratie. Krieg gegen Russland — das wäre „der vollständige, offene und wirkliche Bruch mit unserer ganzen schmachvollen Vergangenheit, die wirkliche Befreiung und Vereinigung Deutschlands, die Herstellung der Demokratie auf den Trümmern der Feudalität“. So schrieb damals Friedrich Engels*. Krieg gegen Russland — das wäre „ein Krieg, der Preussen in Deutschland wirklich aufgehen, der die Allianz mit den Polen zum unumgänglichen Bedürfnis macht, der die Freilassung Italiens sofort herbeiführt, der gerade gegen die alten konterrevolutionären Alliierten Deutschlands von 1792—1815 gerichtet ist, ein Krieg, der das Vaterland in Gefahr bringt und gerade dadurch rettet, indem er den Sieg Deutschlands vom Siege der Demokratie abhängig macht.“ So schrieb damals Karl Marx**.

„Die Allianz der revolutionären Völker gegen die konterrevolutionären“*** war die Losung des radikalen, des proletarischen, des vorwärts treibenden Flügels der Demokratie von 1848. Er war überzeugt, dass der letzte, der entscheidende Sieg nur erfochten werden könne im blutigen Kriege gegen die zarische Gewalt, die schützend hinter allen Gewalten der Vergangenheit stand. Zu grandiosem Bild verdichtete sich die Hoffnung auf den Revolutionskrieg gegen Russland in Ferdinand Freiligraths Traum „Am Birkenbaum“:

„Und zwei Heere, zahllos wie Blätter im Busch,
Hieben wild aufeinander ein;
Das eine mit hellem Trompetentusch
Zog heran in der Richtung vom Rhein.
Das waren die Völker des Westens, die Freien!
Bis zum Haarweg scholl ihrer Pferde Gewieh'r
Und voraus flog ihren unendlichen Reihen
Im Rauche des Pulvers ein rot' Panier!

Rot, rot, rot! Das einige Rot!
Kein prunkendes Wappen darauf!
Das trieb sie hinein in den jauchzenden Tod,
Das band sie, das hielt sie zu Hauf!
Das warf sie entgegen den Sklaven aus Osten,
Die, das Banner bestickt mit wildem Getier,
Unabschbar über die Fläche tosten
Auf das dröhnende, zitternde Kampfvier.

Und ich wusste — doch hat es mir keiner gesagt! —
Das ist die letzte Schlacht,
Die der Osten gegen den Westen wagt
Um den Sieg und um die Macht!
Das ist der Knechtschaft letztes Verenden!
Das ist, wie noch nie ein Würfel fiel,
Aus der Könige kalten, bebenden Händen
Der letzte Wurf in dem alten Spiel!“

* Aus dem literarischen Nachlass von Marx, Engels und Lassalle. Herausgegeben von Mehring. Stuttgart 1902. III. Band. Seite 151.

** Ebendort. Seite 191.

*** Engels, ebendort. Seite 246 f.

Aber die „Schlacht um den Birkenbaum“ ist nicht geschlagen worden. Die Bourgeoisie, im Rücken schon vom Proletariat bedroht, wagte es nicht, die Revolution bis zum Entscheidungskampf gegen den Zarismus vorwärts zu treiben. Die Bourgeoisie verriet das Proletariat in Deutschland, sie massakrierte es in Frankreich. Am Ende der Revolution war der Zar wieder der Herr Europas. Das war die Zeit, in der Nikolaus I. den Kaiser von Oesterreich und den König von Preussen nach Warschau rief und ihren Streit durch sein Machtgebot beendete; die Zeit, in der Preussen, wie Bismarck einmal gestand, „als russischer Vasall gelebt hat“*; die Zeit, in der die mächtige, von Windischgrätz, dem Besieger Wiens, geführte Feudalpartei am Wiener Hofe dafür wirkte, dass Oesterreich um jeden Preis unter dem Schutze des Zaren bleibe, der „der Hort der Gesetzlichkeit“ sei**. Mehr denn je war jetzt die Losung der Demokratie: Krieg gegen Russland!

Als Russland im Jahre 1853 seine Heere gegen die Türkei mobilisierte, um Konstantinopel zu erobern, forderte die Demokratie den Krieg. Die Versammlungen der englischen Freihandelspartei, die für den Frieden demonstrierten, wurden von den Chartisten gesprengt mit dem Ruf: „Der Friede ist ein Verbrechen, solange nicht die Freiheit errungen ist!“*** Die Abhandlungen Marxens und Engels' aus jener Zeit fordern immer wieder Krieg, energischen, rücksichtslosen, unversöhnlichen Krieg gegen Russland. Wenn England und Frankreich die Waffen gegen Russland aus der Scheide zogen, sollten sie handeln als unbewusste Werkzeuge der Revolution. Sie sollten Russlands Anschlag auf Konstantinopel abwehren, Russland schwächen, ihm die Einmischung in die inneren Fragen West- und Mitteleuropas unmöglich machen, die europäische Demokratie von der drohenden Gewalt des Zarismus befreien und dadurch die fünf Jahre zuvor niedergeschlagene Revolution zu neuem Leben erwecken. Denn „es gibt eine sechste Macht in Europa, welche im günstigen Augenblick ihre Uebermacht feststellt gegen alle die fünf sogenannten Grossmächte und jede einzelne von ihnen zittern macht. Diese Macht ist die Revolution. Lange ruhig und verborgen, wird sie jetzt wieder zur Tat gerufen durch die Handelskrise und den Mangel an Brot. Von Manchester bis Rom, von Paris bis Warschau und Pest, ist sie allgegenwärtig. Sie erhebt ihr Haupt und erwacht aus ihrem Schlaf. Mannigfach sind die Anzeichen, dass sie wiederkehrt, überall sichtbar in der Unruhe, die die Arbeiterklasse ergriffen hat. Nur eines Signals bedarf es und die sechste und grösste europäische Macht ist wieder da, — in schimmernder Wehr, das Schwert in der Hand, wie Minerva aus dem Kopf des Olympiers. Dieses Signal wird der drohende europäische Krieg geben“.†

Der Krimkrieg hat Marxens Hoffnungen getäuscht. Oesterreich schwankte, Preussen hielt sich fern, Frankreich und England wagten keinen entscheidenden Schlag. Die Macht Russlands blieb ungebrochen. Der Kampf gegen Russland blieb der leitende Gesichtspunkt der europäischen Demokratie. In der schroffen Kampfstellung gegen Russland waren die englischen Chartisten einig mit dem von Urquhart geführten extrem russenfeindlichen Flügel der Tories. Hatte Marx schon 1853 auf Grund einer „mühsamen Analyse der Bluebooks von 1807 bis 1850“†† seine Kampfsartikel gegen Russland in der „New York Tribune“ geschrieben, die in England von Tucker als Flugschrift herausgegeben wurden, so verfasste er 1856 eine historische Arbeit über die Beziehungen Russlands und Englands, um die Dienste, die die englischen Regierungen dem Zarismus erwiesen hatten, der englischen und der europäischen Demokratie zu denunzieren†††.

* Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Volksausgabe. Stuttgart 1905: 1. Band. Seite 302.

** Friedjung, Der Krimkrieg und die österreichische Politik. Stuttgart 1907. Seite 21 ff.

*** Marx, „The Eastern Question“. London 1897. Seite 73.

† Marx, ebendort. Seite 220.

†† Marx, Herr Vogt. London 1860. Seite 58.

††† Die beiden Arbeiten von Marx wurden nach seinem Tode von seiner Tochter Eleanor zusammengefasst in zwei Broschüren unter den Titeln „The story of the life of Lord Palmerston“ und „Secret diplomatic history of the 18th century“. Die beiden Broschüren wurden erst nach dem Tode der Eleanor Marx herausgegeben. In Deutschland wurden sie weiteren Kreisen bekannt durch die ausgezeichnete Arbeit N. Rjasanoffs: „Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Russlands in Europa“. Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit“, XXVII. 1.

In dieser ganzen Periode standen die Wortführer des Sozialismus in schroffem Gegensatz zu dem englischen Liberalismus, der friedliche Beziehungen zu Russland erhalten wollte.

Die folgenden Jahre brachten neue Aufgaben. Der Krieg war damals unvermeidlich. Die Revolution von 1848 hatte in Frankreich Bonaparte zur Macht gebracht, der nur durch kriegerische Erfolge den Thron behaupten konnte; sie hatte in Deutschland den Dualismus Oesterreichs und Preussens wiederhergestellt und den Kampf um die Vorherrschaft zwischen den beiden deutschen Grossmächten unvermeidlich gemacht; sie hatte Italien wieder der österreichischen Fremdherrschaft ausgeliefert, seine Befreiung musste nunmehr mit Blut und Eisen erkämpft werden. Die „Revolution von unten“ hatte die deutsche und die italienische Frage nicht gelöst. Sie mussten gelöst werden durch die „Revolution von oben“, deren Methode der Krieg ist. Für den Frieden konnte die Demokratie damals nicht wirken. Ihr Problem war nur, in welches der beiden Kriegslager sie ziehen sollte.

Der Angriff Frankreichs und Piemonts auf Oesterreich im Jahre 1859 stellte der Demokratie zum erstenmal das Problem. Sollte Deutschland Oesterreich zuhilfe eilen, den Po am Rhein verteidigen? Lassalle sprach dagegen, Engels dafür. Lassalle war Oesterreich der Feind — das „reaktionäre Prinzip“*. Es müsse besiegt werden, damit Deutschland und Italien freie Nationalstaaten werden können. Engels dagegen fürchtete, die Niederlage Oesterreichs werde den französischen Bonapartismus, den preussischen Cäsarismus, den russischen Zarismus stärken. Oesterreichs Niederlage werde bedeuten: erstens die Stärkung Bonapartes, also die Fortdauer des Kaisertums in Frankreich, die Bedrohung des linken Rheinufers, die Verhinderung der deutschen Einheit durch französische Waffen; zweitens die Ausscheidung Oesterreichs aus Deutschland, die Herstellung eines kleindeutschen Reiches, die Auslieferung der deutschen Nation an den preussischen Militärstaat; drittens die Stärkung Russlands, dem Oesterreichs Schwäche den Weg nach Konstantinopel bahnen werde. Bonaparte sei der Verbündete Russlands, der Gendarm des Zaren gegen Deutschland. Darum müsse sich Deutschland gegen Frankreich erheben. Greift Bonaparte Oesterreich am Po an, so müsse Deutschland ihn am Rhein angreifen**. Der Kampf gegen Russland galt Marx und Engels auch in dieser Krise als die höchste Aufgabe, der alle anderen unterzuordnen waren.

Derselbe Gegensatz erneuerte sich 1866, als die Lassalleaner, von Schweitzer geführt, auf die Seite Preussens traten in der Ueberzeugung, Oesterreich müsse „zerfetzt, zerstückelt, vernichtet, zermalmt“ werden, damit Deutschlands Einheit und Freiheit möglich werde***, während Liebknecht und Bebel gerade von einem Siege Oesterreichs die Erneuerung der deutschen Revolution erhofften†. Er erneuerte sich schliesslich 1870, als Liebknecht und Bebel die Kriegskredite verweigerten, während nicht nur die Lassalleaner, sondern auch der Generalrat der Internationale und der Braunschweiger Parteiausschuss der Eisenacher den Krieg als einen notwendigen Verteidigungskrieg Deutschlands, die Niederlage Bonapartes als ein Interesse der europäischen Arbeiterklasse betrachteten. Einig war die Sozialdemokratie erst wieder nach Sedan, im Protest gegen die Annexion Elsass-Lothringens. Marx bekämpfte sie mit dem Argument, dass die Annexion Deutschland und Frankreich für ein Menschenalter verfeinden, Frankreich „in die Arme Russlands werfen“ und dadurch Russlands Macht steigern werde.

So blieb die europäische Politik der Marxschen Schule durch den Kampf gegen Russland bestimmt. Mit der Eroberung des Kaukasus und der Niederwerfung Polens durch Russland begründete die Inauguraladresse der Internationale von 1864 die Pflicht des Proletariats, den Kampf gegen Russland als „einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen“ zu führen. Mit dem Kampf gegen Russland begründete Liebknecht auf dem Nürnberger Arbeitertag 1868 die Ablehnung der

* Lassalle, Der italienische Krieg und die Aufgabe Preussens. Reden und Schriften, 1. Band. Seite 316.

** Engels, Po und Rhein. Berlin 1859. — Engels, Savoyen, Nizza und der Rhein. Berlin 1860.

*** Lassalle, Der italienische Krieg und die Aufgabe Preussens. Reden und Schriften. 1. Band. Seite 325. — Mehring, Politische Aufsätze und Reden von J. B. v. Schweitzer. Berlin 1908. Seite 118 ff.

† Bebel, Aus meinem Leben. Stuttgart 1910. 1. Teil. Seite 161.

Abrüstung; sie sei unmöglich, solange Russland nicht zertrümmert, Polen nicht wiederhergestellt ist. Als Russland 1878 neuerlich die Türkei angriff, nahm Liebknecht für die Türken Partei und forderte Oesterreich, Frankreich und England auf, „Russland mit gezücktem Schwert Halt zuzurufen!“ Ihm bedeutete der Krieg am Balkan nichts anderes als eine Phase in dem grossen Kampfe um die Frage: „Republikanisch oder kosakisch?“* Diese Haltung blieb freilich nicht unangefochten. Eine von einem deutsch-österreichischen Genossen verfasste Broschüre trat ihr entgegen. Wenn Russland der Türkei und Oesterreich gegenübertritt, fördere es wider seinen Willen die revolutionäre Umgestaltung: die Errichtung freier Nationalstaaten auf den Trümmern der historischen Nationalitätenstaaten**. Indessen blieb doch die führende Richtung der sozialdemokratischen Politik durch die Kampfstellung gegen den Zarismus bestimmt.

Als am Ende der Achtzigerjahre die Möglichkeit eines Krieges Deutschlands und Oesterreichs gegen Russland wieder auftauchte, lohte der alte Hass gegen den Zarismus noch einmal empor. In diese Zeit fällt Engels' klassische Abhandlung „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“*** und Bebels oft angeführte Rede, in der er aussprach, dass die deutsche Arbeiterklasse freudig ins Feld ziehen werde, wenn es einmal gälte, Deutschland gegen einen Angriff Russlands zu verteidigen.

So war die Politik der alten Internationale keineswegs eine Politik des Friedens. Sie betrachtete den Krieg als ein unvermeidliches Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise. Erst mit dem Kapitalismus werde die Kriegsgefahr verschwinden. Solange der Kapitalismus besteht, sei der Friede eine Utopie. Das Proletariat könne aber der kriegesrischen Politik der herrschenden Klassen nicht teilnahmslos gegenüberstehen. Es müsse sie in die Richtung zu drängen versuchen, die sein Interesse erheischt. Sein höchstes Interesse aber sei die Zertrümmerung Russlands.

Die Tradition der alten Internationale beeinflusst heute noch die Politik der sozialdemokratischen Parteien. In Frankreich haben insbesondere die von Guesde geführten Marxisten den pazifistischen Tendenzen, die, sei es durch das friedliche Mittel der Schiedsgerichtsverträge, sei es durch das kriegesrische Mittel des Generalstreiks, den Krieg unmöglich machen wollen, die Lehre entgegengehalten, dass der Krieg erst mit dem Kapitalismus verschwinden könne. In Deutschland hat die um die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ gescharte „äusserste Linke“ der Partei die Forderung nach einem Abrüstungsvertrag mit England mit der Begründung bekämpft, dass die Abrüstung eine Utopie sei, solange der Kapitalismus besteht. In England hat der von Hyndman geführte Flügel der Sozialdemokratie die Ansicht vertreten, dass, wie früher Russland, so heute Deutschland der gefährlichste Feind der europäischen Demokratie sei und dass England darum eine starke Flotte, nach Ansicht mancher Sozialisten (Blatchford) auch eine auf allgemeine Wehrpflicht gegründete Miliz zur Abwehr deutscher Angriffe brauche. In Oesterreich haben die polnischen Genossen wiederholt erklärt, dass ein starkes, wehrhaftes Oesterreich zur Abwehr russischen Vordringens notwendig sei. Alle diese Richtungen sind jedoch nur von Minderheiten der sozialistischen Parteien ihrer Länder getragen. Die herrschenden Ideen der Internationale weichen weit von ihnen ab.

Auch die dem älteren Marxismus eigentümliche Kampfstellung gegen Russland wirkt heute noch nach. Sie hat auch in der letzten Krise ihren Ausdruck gefunden in den heftigen Angriffen auf den Zarismus in den Manifesten der sozialistischen Parteien des Balkans, der österreichischen Gesamtexekutive, des Internationalen Sozialistischen Bureaus; in der von den Sozialisten Deutschlands, Frankreichs und Englands geführten Propaganda für eine Verständigung dieser drei Länder, die die Macht des russischen Zarismus, der ihren Gegensatz ausbeutet, beschränken werde; in der Rede Renners gegen Schacherl auf dem letzten Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokratie. Auch die „Revolutionäre Fraktion“ der „Polnischen Sozialistischen Partei“ beruft sich in ihrer russenfeindlichen Agitation auf die marxistische Ueberlieferung.

* Liebknecht, Die orientalische Frage oder: Soll Europa kosakisch werden? Leipzig 1878.

** H. L., Zur orientalischen Frage oder: Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden? Zürich 1878.

*** „Neue Zeit“, VIII.

Indessen ist die Politik der Internationale nicht mehr überwiegend durch diese Erwägungen bestimmt. Als ihr höchstes Ziel erscheint ihr nicht mehr der Kampf gegen Russland, sondern die Erhaltung des Friedens. Die Politik des Sozialismus hat mit der Politik Marxens und Engels' von 1853 viel weniger gemein als mit der von Marx bekämpften Politik der Freihandelspartei, der Cobden und Bright der Zeit des Krimkrieges. Diese Wendung des internationalen Sozialismus ist zu erklären aus der Veränderung der Machtverhältnisse, die Europa seit der Zeit erlebt hat, in der Marx und Engels ihre russenfeindliche Politik formuliert und begründet haben.

* * *

Seit den Niederlagen Russlands im Krimkrieg und auf dem Berliner Kongress ist die Furcht Europas vor der Uebermacht Russlands geschwunden. Die russische Landwirtschaft geriet in eine schwere Krise, Hunger herrschte im Lande, der Staatsschatz war in Not. Der Ausbau der Eisenbahnen in West- und Mitteleuropa ermöglichte es Russlands Gegnern, ihre Mobilisierung zu beschleunigen; Russland selbst kam dieser Vorteil weit weniger zugute, da die ungeheure Ausdehnung des Landes und die schlechte Verwaltung einer schnellen Mobilmachung im Wege stehen. Der russische Soldat, in den geschlossenen Linien der älteren Zeit ein unübertrefflicher Kämpfer, war für die aufgelösten Schützenketten des modernen Krieges, die an die Selbsttätigkeit des einzelnen Mannes höhere Anforderungen stellen, weniger geeignet. Auch die Beschaffung einer genügenden Zahl gebildeter Reserveoffiziere war in Russland schwerer als in Deutschland und in Frankreich. So begann die Furcht vor der russischen Uebermacht zu schwinden. Schon im Jahre 1893 setzte Friedrich Engels auseinander, dass die Furcht vor Russland nicht mehr begründet sei*.

Zugleich aber erstarkten in Russland die Industrie, das Proletariat, die revolutionäre Bewegung. Früher hatte die europäische Demokratie geglaubt, der Zarismus könne nur durch einen Krieg von aussen her zertrümmert werden. Sobald die Revolution in Russland selbst ihr Haupt erhob, begann das west- und mitteleuropäische Proletariat zu hoffen, die innere Umwälzung Russlands werde „die Reservestellung und Reservearmee der europäischen Reaktion“ vernichten. Schon im Jahre 1875 schrieb Engels: „Der Sturz des russischen Zarenstaates ist eine der ersten Bedingungen für den endgültigen Sieg des deutschen Proletariats. Dieser Sturz braucht aber keineswegs von aussen herbeigeführt zu werden, obwohl ein auswärtiger Krieg ihn sehr beschleunigen könnte. Im Innern des russischen Reiches selbst gibt es Elemente, die eifrig an seinem Ruin arbeiten**.“ Dieselbe Hoffnung sprach Engels' Artikel über die auswärtige Politik des Zarentums im Jahre 1890 aus. Die folgenden Jahrzehnte, insbesondere die weltgeschichtlichen Ereignisse von 1905 und 1906, haben Engels' Hoffnung erfüllt. Russland ist heute von der Revolution mehr bedroht als jeder andere Staat. Der Zarismus ist heute nicht mehr der „Hort der Gesetzlichkeit“ in Europa; er muss glücklich sein, wenn es ihm gelingt, sich im eigenen Lande der Revolution zu erwehren. Dadurch ist die Gefahr, dass Russland in die inneren Angelegenheiten West- und Mitteleuropas eingreifen, dass russische Heere die Arbeiter West- und Mitteleuropas niederwerfen könnten, verringert. Die alte russenfeindliche Politik der Internationale hat ihre wichtigste Ursache verloren.

Zugleich haben sich die Machtverhältnisse am Balkan, dem wichtigsten Ziel der russischen Expansionspolitik, verändert. Schon 1853 hat Marx festgestellt, dass nur der Schutz, den Europa der Türkei gewährte, die Balkanvölker zwang, sich zu Vasallen des Zarismus zu erniedrigen. „Das diplomatische System, das zur Verhütung des russischen Vordringens konstruiert wurde, zwingt 10 Millionen griechische Christen in der Türkei, sich an Russland um Schutz und Hilfe zu wenden*.“ Wenn die Balkanvölker frei, selbständig, stark werden, wenn an die Stelle der Türkei ein grosses slawisch-griechisches

* Engels, Kann Europa abrüsten? Nürnberg 1893. Seite 17 bis 23.

** Engels, Internationales aus dem „Volksstaat“. Berlin 1894. Seite 48.

*** Marx, Was soll aus der Türkei in Europa werden? „Neue Zeit“, XXVIII. 2. Seite 9.

Gemeinwesen tritt, dann sei der russische Einfluss am Balkan vernichtet*. Was Marx 1853 vorausgesagt, ist heute Wirklichkeit geworden. Nicht die Russen, sondern die Bulgaren stehen heute vor Konstantinopel. „Zarigrad“ wird nicht, wie Engels noch 1890 fürchtete, „neben Moskau und Petersburg die dritte russische Hauptstadt“, sondern hoffentlich in nicht ferner Zeit die Bundeshauptstadt der freien Balkanvölker werden. Werden die Balkanstaaten so stark, dass sie des Schutzes Russlands nicht mehr bedürfen, so hören sie auf, Russlands Werkzeuge zu sein. Darum versucht die Internationale heute zu verhindern, dass Europa, dass insbesondere Oesterreich den Balkanstaaten in den Rücken fällt und sie dadurch noch einmal „in die Arme Russlands wirft“. Die neue Internationale bekämpft Oesterreichs Angriff auf Serbien mit demselben Argument, mit dem die alte Internationale die Annexion Elsass-Lothringens bekämpft hat.

Der Zarismus ist der Todfeind des Sozialismus geblieben. Aber der Sozialismus bekämpft den Zarismus nicht mehr, indem er den Krieg gegen Russland fordert, sondern indem er die russische Revolution und den Kampf der Balkanvölker um ihre Selbständigkeit unterstützt.

Aber auch in West- und Mitteleuropa steht das Proletariat einer neuen Lage der Dinge gegenüber. Die Kriege von 1859, 1864, 1866, 1870 sind hervorgegangen aus der Revolution von 1848. Auf den Schlachtfeldern erfüllte die „Revolution von oben“, sei es auch unvollkommen und verzerrt, das Vermächtnis der 48er Revolution: die Befreiung Deutschlands von der Kleinstaaterei und die Befreiung Italiens von der Fremdherrschaft. Die Periode dieser Kriege endete 1871. Die Kriegsrüstungen unserer Zeit dienen ganz anderen Zwecken. Sie dienen dem Konkurrenzkampf des Kapitals, das jenseits der See um Absatz- und Anlagegebiete kämpft; sie dienen dem kapitalistischen Imperialismus; sie dienen nicht der Befreiung und Einigung der Völker Europas, sondern der Unterwerfung und Knechtung der Völker Asiens und Afrikas. Das Proletariat, das 1859, 1866, 1870 in den Krieg gezogen ist für die Freiheit und Einheit Italiens und Deutschlands, wünscht nicht, sein Blut vergießen zu müssen für die Unterwerfung fremder Völker und ferner Länder unter das europäische Kapital.

Die Epoche des Imperialismus hat neue Staatengruppen, neue Bündnissysteme geschaffen. Noch nach 1870 stellte Bismarck das „Drei-Kaiser-Bündnis“ (Deutschland, Oesterreich, Russland) wieder her, „gerichtet auf den in irgendeiner Form bevorstehenden Kampf zwischen den beiden europäischen Richtungen, die Napoleon die republikanische und die kosakische genannt hat und die ich nach heutigen Begriffen bezeichnen möchte einerseits als das System der Ordnung auf monarchischer Grundlage, andererseits als die soziale Republik, auf deren Niveau die antimonarchische Entwicklung langsam oder sprunghaft hinabzusinken pflegt“**. Das Bündnis war der letzte Versuch, die konterrevolutionäre Koalition von 1791 und die „Heilige Allianz“ von 1815 wieder herzustellen. Solange Europa in das „republikanische“ und das „kosakische“ Lager zerfiel, musste die Demokratie für jenes gegen dieses Partei ergreifen, wie dies Marx 1853, Liebknecht 1878 getan hat. Aber gerade die Kämpfe am Balkan haben die „republikanische“ wie die „kosakische“ Allianz zerstört und die Kämpfe des modernen Imperialismus haben Bündnisse geschaffen, Staaten zusammengeführt ohne jede Rücksicht auf ihre innerpolitischen Verhältnisse. Die demokratischen Weststaaten, England und Frankreich, sind heute die Verbündeten des Zarismus! Europa ist heute geteilt in zwei Lager: den Dreibund (Deutschland-Oesterreich-Italien) und die Tripelentente (England-Frankreich-Russland). Für welche dieser beiden Mächtegruppen soll der Sozialismus kämpfen?

* Schon in der „Eastern Question“, p. 75, erwägt Marx die Möglichkeit einer Föderativrepublik der Balkanvölker: „Zu kraftlos und furchtsam, die Wiederherstellung des osmanischen Reiches zu unternehmen durch die Aufrichtung eines griechischen Kaisertums oder einer Föderativrepublik der slawischen Staaten, haben die Westmächte nur das Bestreben, den Status quo aufrechtzuerhalten, das heisst den Zustand der Fäulnis, der den Sultan hindert, sich vom Zaren, und die Slawen, sich vom Sultan zu emanzipieren.“ Die Möglichkeit eines griechischen Kaisertums, die 1853 noch bestand, ist seitdem durch die Befreiung der Slawen von der griechischen Kirche und von der Vorherrschaft der griechischen Kultur beseitigt worden. (Vergleiche Bauer, Der Kampf um Mazedonien. „Kampf“, VI. Seite 66 bis 69.) Es blieb also nur die andere Möglichkeit, von der Marx spricht: die „Föderativrepublik der slawischen Staaten“. Sie ist heute das Kampfziel der Sozialisten am Balkan.

** Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Volksausgabe. Stuttgart 1905. II. Band.

Für den Dreibund? Das hiesse wählen für Junkerherrschaft und Militarismus in Deutschland, für Tisza und Cuvaj in Oesterreich-Ungarn, für die Galgen von Tripolis, für den Ueberfall auf Serbien! Für die Tripelentente? Das hiesse entscheiden für den Zarismus, für die Gewaltherrschaft in Indien und Aegypten, für den Raub von Marokko, für die Teilung Persiens! Keine der beiden Mächtegruppen verdient die Sympathie der Internationale. Wenn eine oder die andere ihre Arbeiter auf die Schlachtfelder schickt, müssen sie ihr Blut vergiessen für fremde, ihnen verhasste, ihnen feindliche Zwecke!

Und zu alledem sind die Schrecken des Krieges unendlich furchtbarer geworden als jemals zuvor. 1853 galt es als grosse Tat, wenn Frankreich 100.000 Mann gegen Russland schickte. Heute stellen die Zwergstaaten des Balkans dreimal und viermal so grosse Heere auf und die Grossmächte stellen Millionen ins Feld! Und mit dem Wachstum der Heere stieg auch die Leistungsfähigkeit der Waffen. So sind die Blutopfer des modernen Krieges unendlich schwerer als die der Kriege früherer Zeit. Die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Verbesserung der Waffen haben die Furcht der Volksmassen vor dem Krieg ungeheuer gesteigert. Dazu noch die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges! Agrarländer können einen Krieg verhältnismässig leicht ertragen, sofern er nur nicht im eigenen Lande geführt werden muss. Moderne Industriestaaten werden auch von einem Kriege in fremdem Land furchtbar schwer getroffen. Kreditnot, Absatzstockung, erschwerte Zufuhr der Lebensmittel, daher Industriekrise, Arbeitslosigkeit und Teuerung sind die Wirkungen des Krieges. Darum fürchtet das Proletariat den Krieg. Soll es so furchtbare Opfer auf sich nehmen um der Kampfziele der imperialistischen Mächte willen, die es verabscheut?

Unter dem Drucke dieser neuen Tatsachen gab die Internationale die alte Politik auf. Ihr Kampfziel wurde nun die Erhaltung des Friedens. Insbesondere die französischen Sozialisten, die im eigenen Lande einen unerschrockenen Kampf gegen die chauvinistische Politik der „Revanche“, der Rache für 1870 zu führen hatten, drängten die Internationale auf die neue Bahn. War die Politik der alten Internationale der Kampf gegen Russland, so setzte sich die neue Internationale die Erhaltung und Festigung des Friedens zum Ziel.

* * *

Der Konkurrenzkampf des Kapitals und der Machtkampf der kapitalistischen Staaten treiben zum Kriege. Das Proletariat widersetzt sich dieser Tendenz. Welche Mittel kann es anwenden, den Krieg zu verhindern? Ein Mittel taucht in der Erörterung immer wieder auf: das Mittel des Generalstreiks. Schon der dritte Kongress der alten Internationale (Brüssel 1868) spricht von der allgemeinen Arbeitseinstellung als einer Waffe gegen den Krieg. Sobald die neue Internationale den Krieg gegen den Krieg beginnt, wird das Problem des Generalstreiks im Kriegsfall ernsthafte erörtert. Auf dem internationalen Sozialistenkongress zu Brüssel 1891 beantragte der Holländer Nieuwenhues eine Resolution, die die Arbeiter verpflichtet, den Krieg mit dem Generalstreik zu beantworten. Der Kongress lehnte jedoch diese Resolution ab. Der Generalstreik im Kriegsfall blieb eine Losung der Anarchisten, die von den Sozialdemokraten bekämpft wurde. Aber in Frankreich begann die Propaganda des Generalstreiks als einer Waffe gegen den Krieg auch in das Lager des Sozialismus einzudringen. Seit 1900 haben die Propaganda der von Hervé geführten Antimilitaristen und Antipatrioten und die antimilitaristische Agitation der Syndikalistinnen den französischen Sozialismus mächtig beeinflusst. Auf dem Kongress der geeinigten sozialistischen Partei Frankreichs von Limoges (1906) wurde die marxistische Resolution Guesde, die den Krieg für eine unvermeidliche Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise erklärte, die erst mit dem Kapitalismus verschwinden könne, abgelehnt und die von Vaillant vertretene Resolution der Seine-Föderation angenommen, die eine internationale Aktion des Proletariats gegen jeden Krieg forderte, welche bis zum Generalstreik und zum Aufstande gesteigert werden müsse. Von Frankreich aus drang diese Agitation in die anderen Länder ein*. Auf den stärksten Widerstand stiess sie gerade

* Vergleiche Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus. Leipzig 1907. II. Teil.

in den Ländern mit den stärksten proletarischen Massenorganisationen: in Deutschland, in Oesterreich; auch die Mehrheit der britischen Arbeiterpartei wies den Gedanken ab. Die internationalen Sozialistenkongresse in Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910 liessen die Frage offen: sie verpflichteten das Proletariat, sich im Kriege gegen den Krieg aller zweckmässigen Mittel zu bedienen, aber sie lehnten es ab, den Generalstreik im Kriegsfall zur Pflicht zu machen. In den grossen europäischen Krisen der letzten Jahre wurde die Frage des Generalstreiks neuerlich erörtert, so auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie in Jena 1911, so von den letzten Parteitagen der Sozialisten Frankreichs und der Schweiz. Dass die Sozialdemokratie alles, was in ihrer Macht steht, tun muss, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, ist heute die Ueberzeugung der ganzen Internationale. Welche Mittel in ihrer Macht stehen, ist der Gegenstand des Streites.

Die Aktionsfähigkeit der Sozialdemokratie am Beginne eines Krieges hängt zunächst von der Stimmung der Volksmassen ab. Diese Stimmung ist vorerst durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt. Bebel schilderte sie in Jena in folgender Weise:

„Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu beissen und zu leben haben. Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankrott ansagen, weil ihnen alle Mittel zur Fortführung ihrer Geschäfte fehlen. Die Kurse aller Wertpapiere erleiden einen Sturz, durch den Zehntausende von wohlhabenden Familien zu Bettelleuten gemacht werden. Der Ausfuhrhandel stockt, unser gewaltiger Welthandel wird unterbrochen. Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen, soweit sie nicht für den Kriegsbedarf arbeiten, kommen zum Stillstand. Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Ecken! Die Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum grossen Teil auf. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe. Das wird tatsächlich die allgemeine Hungersnot bedeuten. Da schreien die Massen nicht nach Massenstreik, da schreien sie nach Arbeit und Brot!“*

Zu dem wirtschaftlichen Druck gesellt sich noch der Einfluss nationaler und patriotischer Leidenschaften. Vor dem Kriege wird jede Regierung mit allen Mitteln diese Leidenschaften zu wecken suchen. Sie wird die Ueberzeugung verbreiten, dass das Vaterland bedroht sei, dass der Gegner es demütigen wolle, dass die Regierung zum Abwehrkampf gezwungen sei, dass der Krieg nur um den Preis der Ehre und der gewichtigsten Interessen des eigenen Landes vermieden werden könnte. Die ganze kapitalistische Presse erfüllt das Volk mit dieser Ueberzeugung. Dem wirkt nun freilich die Propaganda der sozialdemokratischen Presse und Organisation entgegen. Aber diese Propaganda wird im Augenblick des Kriegsbeginnes sehr erschwert; die Einberufung der Reservisten reisst breite Lücken in die proletarische Organisation, die Not des Volkes erschwert die Verbreitung der Parteipresse. In einer solchen Lage wird die sozialdemokratische Propaganda selbst im Deutschen Reich mit seiner weitverbreiteten Parteipresse nur eine Minderheit, in allen anderen Ländern nur einen kleinen Teil des Volkes erreichen. Die Volksmehrheit wird dem Einfluss der patriotischen und nationalen Suggestion erliegen.

Wird trotz alledem der Versuch eines Generalstreiks unternommen, dann wird er unter dem Beifall der von nationalen und patriotischen Leidenschaften gepackten Volksmehrheit gewaltsam niedergeschlagen werden. In Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht wird die Regierung die Eisenbahner und die Arbeiter der Waffen- und Munitionsfabriken, deren Arbeit sie in solcher Stunde nicht entbehren kann, „militarisieren“, sie unter dem Zwange des Kriegsrechtes zur Fortsetzung ihrer Arbeit verhalten, jeden Widerstand mit standrechtlichen Hinrichtungen brechen. Zugleich wird sie die ganze Kraft der Staatsgewalt gegen die Presse und die Organisationen des Proletariats mobilisieren.

Der Krieg ist das letzte Mittel der kapitalistischen Konkurrenz, der letzte Ausfluss der kapitalistischen Produktionsweise. Mit dem mechanischen Mittel der Arbeitseinstellung kann er nicht verhindert werden. Der Generalstreik kann nur dann unternommen werden, wenn man entschlossen ist, ihn unmittelbar in die Revolution, in den bewaffneten Aufstand übergehen zu lassen. Aber die proletarische Revolution ist nie weniger möglich als im Augenblicke eines Kriegsbeginnes, in dem ihr die konzentrierte Kraft der Staatsgewalt und die ganze Macht der entfesselten nationalen Leidenschaft gegenübersteht. Wäre das Proletariat schon so stark, solches wagen zu können, dann wäre

* Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Jena. Berlin 1911. Seite 346.

es unverständlich, warum es sich nicht längst von der Barbarei des Kapitalismus befreit hat. Unter den heute gegebenen Umständen ist die Verhinderung eines Krieges durch den Generalstreik eine Utopie.

Das gilt auch für Oesterreich. Zwar ist hier die Staatsgewalt am Anfang eines Krieges schwächer als in den Nationalstaaten, weil die Nationen sich nicht mit dem Staat identifizieren, weil sie für ihre Volksgenossen ausserhalb der Reichsgrenze starke Sympathien haben, jeder Krieg also auf den Widerstand ganzer Nationen stossen muss. Andererseits aber ist Oesterreich-Ungarn, als Ganzes betrachtet, ein noch überwiegend agrarisches Reich, die Arbeiterklasse ist eine Minderheit der Bevölkerung, die proletarische Aktion umfasst nur einen kleinen Teil des Volkes, die Machtmittel der Staatsgewalt gegen die Presse und die Organisationen des Proletariats sind sehr gross. Wenn zum Beispiel Oesterreich einen Krieg gegen Serbien unternimmt, so widerstrebt ein solcher Krieg gewiss den Wünschen der Sudslawen; aber die Sudslawen sind ein agrarisches Volk, die Arbeiter nur ein winziger Bruchteil dieser Nation, mit der Waffe des Generalstreiks können sich die Sudslawen nicht zur Wehr setzen. Die Verhinderung des Krieges durch einen Generalstreik ist also auch hier eine Utopie.

Aber wenn diese Waffe nicht verwendbar ist, so verfügt das Proletariat doch über andere Waffen gegen den Krieg. Mit allen Mitteln der Propaganda — von dem Zeitungsartikel und der Parlamentsrede bis zur Strassendemonstration — kann die Arbeiterklasse die Verbreitung einer kriegerischen Stimmung erschweren; die Volksmassen erkennen lehren, dass der Krieg vermieden werden kann; die öffentliche Meinung gegen die kriegerischen Gelüste mobilisieren. Der Protest der Sozialdemokratie belastet die herrschenden Klassen mit der schweren Verantwortung für alle Greuel und alle Wirkungen des Krieges. Die herrschenden Klassen wissen, dass sie von den Volksmassen werden zur Verantwortung gezogen werden: zur Verantwortung für das vergossene Blut, zur Verantwortung für Not und Elend, zur Verantwortung für eine Niederlage. Die Furcht vor dieser schweren Verantwortung lähmt ihren Willen. So kann die Aktion der Sozialdemokratie den Frieden retten.

Wagen aber die Regierungen trotz des Einspruchs des Proletariats den Krieg, dann fällt die Verantwortung mit aller Wucht auf sie. Jede Schlacht, in der Tausende fallen, jede Verschärfung des Massenelends infolge des Krieges, jede Niederlage zumal erbittert die Volksmassen gegen die herrschenden Klassen. Die Anklagen der Sozialdemokratie, die am Anfang des Krieges auf den Widerstand der entfesselten nationalen Leidenschaften stossen, finden im Verlauf des Krieges in den Volksmassen lauten Widerhall. So wird die Stimmung des Volkes vorbereitet für die Klassenkämpfe nach dem Kriege. Gelingt es, am Tage nach dem Kriege die Erbitterung der enttäuschten Volksmassen gegen die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu konzentrieren, die aller Kriege letzte Wurzel ist, dann fallen die Opfer des Krieges nicht vergebens. Gerade ein gegen den Willen, gegen den lauten Protest des Proletariats unternommener Krieg kann dann zum gewaltigen Hebel der Geschichte werden.

Dem Krimkrieg folgte die Aufhebung der Leibeigenschaft in Russland; dem Krieg von 1859 das Ende des Absolutismus in Oesterreich, die Vereinigung und Demokratisierung Italiens, das Erstarken des Liberalismus und die Wiederherstellung der Sozialdemokratie in Deutschland; dem Krieg von 1866 das allgemeine Wahlrecht in Norddeutschland und das liberale Regime in Oesterreich; dem Krieg von 1870 die Republik und die Kommune in Frankreich und das liberale Regime in Deutschland; dem Russisch-Japanischen Krieg die Revolution in Russland, das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich, die revolutionären Bewegungen in Persien, in der Türkei, in Indien, in Aegypten und in China. Ein europäischer Krieg wäre heute weit furchtbarer als alle jene Kriege. Um so gewaltiger wären auch seine sozialen und politischen Wirkungen!

Otto Bauer: Der Kampf um Albanien

Seit Jahrzehnten hat die österreichische Balkanpolitik gehofft, Oesterreich werde einmal das Erbe der Türkei in der westlichen Hälfte der Balkanhalbinsel antreten können. Durch den Sandschak Novibasar und durch Altserbien würden einmal österreichische Heere zum Aegäischen Meere marschieren, um in der grossen Hafenstadt Salonik die schwarz-gelbe Fahne aufzupflanzen.

Diese Hoffnungen sind zerstört. Auf den Schlachtfeldern von Kumanowo und Monastir ist die alte österreichische Balkanpolitik zusammengebrochen. Der Weg nach Salonik ist verschüttet. Nur in blutigem Weltkrieg könnte er wieder freigelegt werden.

Seitdem Oesterreich auf die Vorherrschaft in Deutschland und in Italien verzichten musste, erschöpfte sich seine auswärtige Politik in dem Bemühen, seinen Machtbereich am Balkan auszudehnen. Diese Politik hat ihr Ziel verloren, seitdem Serbien den Sandschak und Mazedonien erobert hat. Die österreichische Diplomatie ist ihres Lebensinhalts beraubt.

So klammert sie sich denn an das letzte Zipfelchen der alten Balkanfrage: an Albanien! Dort wenigstens soll noch ein ungelöstes Problem bleiben — eine letzte Hoffnung der österreichischen Balkanpolitik.

Serbien und Griechenland wollen Albanien teilen: der Norden soll von Belgrad, der Süden von Athen aus regiert werden. Aber Oesterreich will das nicht dulden. Albanien soll autonom bleiben — das autonome Albanien ein letzter Gegenstand österreichischer Balkanhoffnungen.

Oesterreich hält Italien den alten Vertrag vor, in dem beide Mächte sich einst geeinigt haben, dass Albanien autonom bleiben solle, wenn einmal die türkische Herrschaft zusammenbricht. Sie haben diesen Vertrag geschlossen aus Misstrauen gegeneinander. Aber heute wirkt er gegen Serbien. Italien muss wohl oder übel Oesterreich unterstützen, wenn es nicht vertragsbrüchig werden will.

Serbien weicht zurück. Es will sich mit der Autonomie Albanien bescheiden. Nur den nördlichen Zipfel des Landes fordert es als seinen „Korridor zum Meere“, seinen Zugang zur Adria. Aber Oesterreich will davon nichts hören. Albanien muss frei bleiben! Kein Zipfelchen des Landes darf von einem fremden Volke unterjocht werden! Der Streit um die albanischen Häfen, die Serbien fordert, ist heute die Ursache der Kriegsgefahr.

Und zugleich denkt man schon an die Zukunft. Heute scheinen Oesterreich und Italien einig darüber, dass Albanien „autonom“ sein solle. Aber wenn es sich erst darum handeln wird, die Verwaltung des autonomen Albanien einzurichten, dann werden die Eifersüchteleien der beiden Mächte aufleben. So wird Albanien der Gegenstand unserer Sorge und unserer Wachsamkeit bleiben müssen.

Darum müssen auch wir dem albanischen Problem unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Die folgende Darstellung soll unsere Leser über das Problem unterrichten. Sie ist gleichzeitig erschienen in meiner Broschüre „Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik“ (Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin).

Stamm und Staat.

Der Kampf um Albanien hat ganz andere soziale Ursachen als der Kampf um Mazedonien. Während auf den Schlachtfeldern Mazedoniens der Feudalismus von den Waffen der bürgerlichen Rechtsordnung zertrümmert wird, vollzieht sich im albanischen Hochland jetzt erst der Kampf zwischen urwüchsiger Gentil- und Stammesverfassung und neuzeitlicher Staatsverfassung. Mazedonien erlebt jetzt schon sein 1789. Das albanische Hochland hat heute noch eine Sozialverfassung, die der germanischen Völkerschaften, die Tacitus geschildert hat, ähnlicher ist als der Gesellschaftsordnung der modernen kapitalistischen Staaten.

Die Grundlage der nordalbanischen Wirtschaft ist die Viehzucht, primitive Alpwirtschaft. Der Ackerbau hat weit geringere Bedeutung. Er wird in sehr rückständiger Weise betrieben: die Fruchtwechselwirtschaft ist unbekannt, der Boden wird in der Regel nicht einmal gedüngt, wichtige Nutzpflanzen — die Kartoffel zum Beispiel —

sind in das Land noch nicht eingedrungen. Produziert wird nicht für den Markt, sondern für den Eigenbedarf. Geld ist im Lande selten, der Zinsfuß furchtbar hoch: für Gelddarlehen werden 40 bis 60 Prozent Zinsen gezahlt. Die Klassengliederung ist noch unentwickelt. Wer 500 Schafe besitzt, gilt als reicher Mann; der reichste Malzore (Bergbewohner) besitzt nicht mehr als 2000 Schafe.

In ihren Bergen verschanzt, haben sich die Malzoren die urwüchsige, uralte Gentil- und Stammesverfassung bewahrt. Das Volk gliedert sich in Stämme (Fis); der Stamm ist eine Gemeinschaft blutsverwandter Familien. Er ist nichts anderes als die Sippschaft, die Gens, die Morgan und Engels beschrieben haben. Die Gens ist „exogam“: Heiraten unter Angehörigen desselben Stammes sind verboten. Der Stamm zerfällt in Gaue (Bajraks). An der Spitze des Gaus steht der Gaugraf (Bajraktar). Der Bajraktar ist Führer im Felde; er versammelt den Gau alljährlich zum Thing, zur Volksversammlung, die die Gesetze beschliesst. Die Würde des Bajraktars ist erblich. Die Gaue gliedern sich in Viertel und Weiler; sie vereinigen sich zu Völkerschaften, an deren Spitze der Herzog steht, der sie im Felde führt. So besteht zum Beispiel die Völkerschaft der Mirditen aus fünf Bajraks: Dibri, Kuschneni, Oroschi, Spatschi und Fani. Die ersten drei Bajraks bilden eine exogame Gens; sie sehen einander als blutsverwandt an, heiraten nicht untereinander, sondern nehmen ihre Frauen aus den beiden anderen Bajraks. An der Spitze der ganzen Völkerschaft steht als ihr Herzog der „Kapetan“.

Für die Sicherheit der Person und des Eigentums sorgen keine Gerichte; die Blutrache ist der einzige Schutz. Wird ein Malzore ermordet, so ist der nächste männliche Verwandte des Erschlagenen verpflichtet, den Mörder oder einen seiner Verwandten zu töten. Oft wird die Rache nicht nur an einem Manne vollzogen; der Albaner sagt: „Jeder meiner Verwandten wiegt sechs Männer.“ Jeder solche Mord, den der „Herr des Blutes“ an dem Blutschuldigen begeht, ruft dann wieder dessen Verwandten zur Rache. So wird aus der Blutrache die Blutfehde zweier Stämme. Aber nicht nur der Mord führt zur Blutrache; die Zurückweisung eines Brautwerbers, die Entführung eines Mädchens, Ehebruch, Streit um Wasser und Weide haben dieselben Folgen. Seit der Einführung moderner Feuerwaffen fordert die Blutrache ungezählte Opfer: nach den Angaben eines ungarischen Forschers sterben 19 Prozent aller männlichen Malzoren eines gewaltsamen Todes. Stets von Blutrache und Blutfehde bedroht, geht der Malzore nie ohne Waffe. Er fühlt sich als Krieger; die Arbeit überlässt er seinem Weibe. Die Blutfehde endet schliesslich, nachdem Ströme von Blut geflossen sind, mit einem Sühnevertrag, durch den die Sippe des Mörders sich verpflichtet, der Sippe des Erschlagenen das Wehrgeld zu zahlen.

Wie bei allen kriegerischen Hirtenvölkern leben auch bei den Malzoren die Frauen in Knechtschaft. Die Ehe wird durch Brautkauf begründet; der Mann kauft die Frau von ihrer Sippe um 1000 bis 3000 Piaster. Oft werden Kinder schon in der Wiege verlobt. Vielweiberei besteht selbst bei den katholischen Stämmen: Wenn von zwei verheirateten Brüdern der eine stirbt, übernimmt der andere die Witwe als Nebenfrau. Ist kein Bruder des Mannes zur Stelle, dann muss die Frau nach dem Tode des Gatten in das Haus ihres Vaters zurückkehren; sie hat kein Erbrecht nach ihrem Gatten. Will ein Mädchen der Eheknechtschaft entgehen, dann muss es vor der Kirche geloben, nie zu heiraten; es trägt dann Männerkleidung und Waffen und geniesst alle Rechte des Mannes. Die Mannweiber heissen Wirdschen.

Die Türkei hat es nie versucht, diese wilden Bergstämme zu unterwerfen. Die Malzoren haben nie Steuern gezahlt, nie Rekruten gestellt, türkische Truppen, Behörden, Gerichte in ihrem Lande nie geduldet. In der Malzia gilt nicht das türkische Recht, sondern der „Kanun Lek Dukadschin“, das alte Gewohnheitsrecht der Berge. Das ganze Verhältnis der Bergstämme zu der türkischen Regierung erschöpfte sich darin, dass jeder Stamm sich am Sitze der Regierung, in Skutari, durch einen Gesandten, den Bülükbaschi, vertreten liess und dass im Kriegsfall die albanischen Stämme als ungeordnete Miliz den türkischen Truppen folgten. Abdul Hamid liess den Albanern ihre Freiheit. Ihm waren sie als Bundesgenossen gegen die benachbarten slawischen Völker willkommen. Der serbische Bauer fürchtet und hasst die wilden albanischen Stämme, die nicht selten bewaffnet in die Ebene kommen, ihm sein Vieh zu rauben. Den

Hass zwischen Serben und Albanern nützte die Türkei aus; wenn die Serben am Amselfelde ungebärdig wurden, liess die Türkei die wilden Albanesen auf sie los — ganz so, wie sie auf die rebellischen Armenier die kurdischen Stämme hetzte. Das war die „Autonomie“ Albaniens. Sie bedeutete nicht die Selbstregierung des ganzen albanischen Volkes, sondern die urwüchsige barbarische Demokratie jedes einzelnen Bajraks. Untereinander hatten die Bajraks keine Verbindung. Jeder Gau führte sein eigenes Leben, um die anderen Gaue unbekümmert, wenn er nicht in blutiger Fehde ihnen gegenübertrat.

Erst die türkische Revolution hat die Albaner aus der Abgeschiedenheit ihrer Berge herausgerissen. Alle orientalischen Revolutionen haben sich der kriegerischen Kraft und der urwüchsigen Staatsfeindschaft wilder Bergstämme im Kampfe gegen die Staatsgewalt bedient. Wie das wilde Bergvolk der Bachtjaren seine kriegerische Kraft in den Dienst der persischen Revolutionäre stellte, so hat die jungtürkische Revolution sich der Stämme der Malzia bedient. Im Juli 1908 gelang es den Jungtürken, die „Bessa von Ferisowitsch“ zu stiften: einen Bund der albanischen Stämme, der sich mit den Jungtürken verbündete und, mit Waffengewalt drohend, vom Sultan die Verfassung verlangte. Dieser Anschluss der Albaner an die Jungtürken trug zum Sturze des Hamidischen Absolutismus nicht wenig bei. Aber kaum zur Macht gelangt, gerieten die Jungtürken sehr bald in Feindschaft zu ihren Verbündeten von 1908.

Die Jungtürken wollten die Türkei in einen modernen kapitalistischen Staat verwandeln. Ein solcher Staat kann nicht dulden, dass in einem grossen Teile seines Gebietes seine Gesetze nicht gelten, keine Steuern gezahlt, keine Rekruten gestellt werden, Blutrache und Stammesfehde wüten. In allen Ländern Europas ist in Jahrhunderte währenden blutigen Kämpfen die urwüchsige Stammesverfassung von der kapitalistischen Staatsgewalt zertrümmert worden. Dieser historische Prozess muss sich auch in der Malzia vollziehen. In Mazedonien vertraten die Jungtürken die soziale Reaktion: den Feudalismus gegen die bürgerliche Revolution. In Albanien vertraten die Jungtürken den geschichtlichen Fortschritt: kapitalistische Staatseinheit gegen überlebten, die Entwicklung der Produktivkräfte hemmenden, barbarischen Stammespartikularismus. Als die Malzia gegen die jungtürkische Regierung rebellierte, um sich ihrer Einfügung in die verjüngte Türkei zu erwehren, wurde sie zur Vendee der türkischen Revolution.

In drei Feldzügen hat die jungtürkische Regierung das albanische Bergland zu unterwerfen versucht. Ihr nächstes Ziel war die Entwaffnung der Bergstämme. Solange jeder Albaner sein Martinigewehr an der Schulter trägt, ist ja weder die Blutrache auszurotten noch die Macht der Behörden gegen die Bergstämme durchzusetzen. Mit blutiger Gewalt erzwangen die türkischen Truppen die Auslieferung der Waffen. Aber die Türkei wurde um den Erfolg ihrer Bemühungen betrogen. Ihre beutegierigen Nachbarn sorgten dafür, dass der albanische Aufstand immer von neuem entbrannte. Seit 1910 zogen in jedem Sommer die türkischen Truppen in die Berge, um den Albanern ihre Gewehre zu nehmen; im folgenden Winter wurden neue Gewehre aus Montenegro eingeschmuggelt! Als schliesslich im Sommer 1912 der Kampf in Albanien von neuem begann, als Montenegro die Aufständischen unterstützte, Oesterreich sich der katholischen Malzoren annahm, waren die Schwierigkeiten unüberwindlich geworden. Jetzt benutzte die türkische Gegenrevolution die Albaner: die Armee, die gegen die Jungtürken rebellierte, verbündete sich mit den Albanern gegen die jungtürkische Regierung. Die Jungtürken wurden gestürzt; die Gegenrevolution gab den Versuch, die Malzoren dem türkischen Staat einzugliedern, auf. Der Kampf der Staatsgewalt gegen die wilden Stämme endete mit einer empfindlichen Schwächung der Türkei.

Die nationale Bewegung.

Während im nordalbanischen Hochland die Gentil- und Stammesverfassung ungebrochen blieb, ist der Süden Albaniens, sind auch im Norden Skutari und die Marschen an der Adria längst der türkischen Herrschaft unterworfen. Dort walten die türkischen Behörden und gelten die türkischen Gesetze. Diese Teile Albaniens haben eine weit höher entwickelte Landwirtschaft. Ueber den Bauern sitzen arnautische Feudalherren und

städtisches Bürgertum. Hier setzte in den letzten Jahren eine nationale Bewegung ein, die von der Revolte der Bergstämme sehr verschieden ist.

Auch die Albaner waren bisher eine geschichtslose Nation. Sie hatten keine Literatur, keine Schriftsprache, nicht einmal ein Alphabet, ihre Sprache zu schreiben. Die mohammedanischen Albaner, die als Beamte oder Offiziere dem Sultan dienten, gebrauchten die türkische Sprache. Die griechisch-orthodoxen Albaner im Süden bedienten sich in der Kirche und in der Schule der griechischen Sprache; sie galten als „albanophone Griechen“. Die katholischen Albaner standen seit den Zeiten der Herrschaft Venedigs unter italienischem Einfluss; sie bedienten sich, wo sie zu höherer Bildung aufstiegen, in Wort und Schrift der italienischen Sprache. Wohl hatten schon seit den Siebzigerjahren englische Missionsgesellschaften einige Teile der Bibel in die albanische Sprache übersetzen und drucken lassen. Aber jede dieser Uebersetzungen wurde in einer anderen Mundart geschrieben, bald in der toskischen Mundart des Südens, bald in dem von ihr sehr verschiedenen ghegischen Dialekt des Nordens. Noch gibt es ja keine einheitliche Schriftsprache für die Albaner. Und nicht nur die Sprache war verschieden; auch die Orthographie, das Alphabet waren verschieden. Die einen schrieben die albanische Sprache mit lateinischen, die anderen mit griechischen, wieder andere mit arabischen Schriftzeichen. So konnte man wohl spotten, Albanien habe „mehr Alphabete als Alphabeten“, mehr Schriftarten als des Schreibens Kundige.

Und wie die Albaner keine Schriftsprache hatten, so auch kein selbständiges politisches Leben: die Mohammedaner standen unter türkischem, die Orthodoxen unter griechischem, die Katholiken unter österreichischem oder italienischem Einfluss. Eine einheitliche und selbständige albanische Politik gab es nicht.

Erst die türkische Revolution brachte die Albaner in Bewegung. Im November 1908 tagte ein nationaler Kongress in Monastir, der den Streit um die Schriftsprache schlichtete. Er beschloss, dass fortan alle Albaner — nicht nur die Katholiken, sondern auch die Orthodoxen und die Mohammedaner — sich der lateinischen Schriftzeichen bedienen sollten, und setzte die Rechtschreibung fest. Seine Beschlüsse wurden 1909 von dem nationalen Kongress in Elbasan bestätigt. Auf dieser Grundlage wurde nun das nationale Programm Albaniens formuliert: die Feudalherren des Südens und die Bürger der Städte forderten albanische Schulen, albanische Beamte und Richter, schliesslich als letztes Ziel die Autonomie Albaniens. In ihrem Munde bedeutet die Autonomie Albaniens etwas anderes als in der Malzia: nicht den Partikularismus der Stämme, sondern die Vereinigung des ganzen Landes in einem sich selbst regierenden Gemeinwesen.

Diese nationalpolitische Bewegung wurde getragen von nationalen Klubs, von denen der Baschkim-Klub in Monastir der bedeutendste war. Sie wurde vertreten von albanischen Zeitungen. Waren früher nur im Auslande, in Brüssel, Athen, Neapel, Sofia, albanische Zeitungen herausgegeben worden, so entstanden nach der türkischen Revolution in Salonik, Monastir, Janina und Korcha sieben albanische Zeitungen. Auch in der türkischen Kammer war die nationale albanische Partei vertreten. So entstand hier eine moderne nationale Bewegung. Dreissig Jahre später als in Mazedonien setzte der Prozess des Erwachens der geschichtslosen Nationen in Albanien ein.

Während in Mazedonien die nationalen Gegensätze zugleich religiöse Gegensätze waren und sind, vereinigt die moderne nationale Bewegung Albaniens Mohammedaner, Griechisch-Orthodoxe und Katholiken zu gemeinsamem Kampfe. Das nationale Band ist hier stärker als das religiöse. Die religiöse Spaltung hat in Albanien nie das Bewusstsein der nationalen Einheit zerstören können. Dies ist aus der albanischen Stammesverfassung zu erklären. So gehören zum Beispiel die mohammedanischen Krajsnic und die katholischen Nikaj zu einer Gens; sie sehen einander als blutsverwandt an. Sie bewahrten sich daher das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, obwohl sie konfessionell geschieden sind. Waren die albanischen Sippen gewohnt, einander als blutsverwandt anzusehen, auch wo sie konfessionell gespalten waren, so können sie jetzt um so leichter das Bewusstsein der Einheit der ganzen Nation, trotz ihrer Scheidung in drei Religionsgemeinschaften, erwerben. Das Bewusstsein der modernen nationalen Einheit erwächst hier aus der Festigkeit der alten Gentes. Es ist um so stärker, da die albanische

Sprache mit den Sprachen der anderen Balkanvölker — der Türken, der Slawen, der Griechen — nicht verwandt ist.

Die nationale Bewegung Albaniens ist vorerst noch schwach. Sie kann sich ja nur auf die noch sehr schwache Schicht der Gebildeten, des Lesens Kundigen im Lande stützen — also auf die Bürger der Städte, die Feudalherren des Südens, die Geistlichen auf dem Lande. Aber sie wurde zur Macht, da es ihr gelang, sich mit den kriegerischen Stämmen des Nordens zu verbünden. Zwar wissen die Schafhirten der Malzia nichts von dem Streit um Schriftzeichen und Schulen. Den wilden Bergstämmen, von denen jeder in wilder Blutfehde mit den Nachbarn lebt, fehlt das Bewusstsein der nationalen Einheit. Aber der nationalen Partei des Südens gelang es, die Bajraktare des Nordens für ihre Forderungen zu gewinnen. Als die Malzia gegen die Jungtürken rebellierte, forderten die Bajraktare nicht nur Rückgabe der Waffen, Entfernung der türkischen Truppen, Freiheit von Steuern und Stellungspflicht, sondern auch die Anerkennung des albanischen Alphabets, albanische Schulen, Autonomie Albaniens! Die kriegerische Kraft der barbarischen Bergstämme wurde so zur Stütze der nationalen Bewegung der Intelligenz. Dadurch wurde die nationale Bewegung Albaniens zur drohenden Macht.

Desto erbitterter wurde der Widerstand der Jungtürken: die nationale Bewegung erschien ja nunmehr als der Verbündete der rebellischen Malzia. Als die türkische Regierung die wilden Bergstämme des Nordens zu unterjochen versuchte, suchte sie auch die nationale Partei des Südens zu erdrücken. Sie löste die nationalen Klubs auf und verbot die albanischen Zeitungen. Sie verbot den Gebrauch der lateinischen Schriftzeichen und ordnete an, dass die albanische Sprache nur mit arabischen Schriftzeichen geschrieben werden dürfe und dass an den albanischen Schulen die türkische Sprache gelehrt werden müsse. Dadurch forderte die türkische Regierung den Widerstand der nationalen Partei heraus. Das Bündnis zwischen der nationalen Einheitsbewegung der Intelligenz und dem Stammespartikularismus der Bergstämme wurde fester gekittet.

Das Bündnis wird nicht dauern. Wird Albanien eine autonome Provinz oder ein selbständiger Staat, dann wird der Kampf zwischen der liberalen Bewegung der albanischen Intelligenz und der reaktionären Bewegung der Bergstämme sofort entbrennen. Die liberale Bewegung des Südens will die Verwandlung Albaniens in einen modernen bürgerlichen Nationalstaat mit einheitlicher Gesetzgebung, einheitlicher Verwaltung, einheitlichem Heere; die reaktionäre Bewegung des Nordens will die Selbstständigkeit der Gentes und Bajraks der Malzia, das alte barbarische Gewohnheitsrecht der Blutrache und Stammesfehde, die Freiheit von Steuern und Heereslasten. Ein albanischer Staat, dessen Hälfte sich keinem Gesetze unterwerfen, keine Steuern zahlen, keine Rekruten stellen wollte, wäre nicht lebensfähig. Die liberale Intelligenz wird also in einem autonomen Albanien die Bergstämme niederwerfen müssen, wie die jungtürkische Regierung sie niederwerfen wollte. Aber dieser Gegensatz ist heute noch latent. Gegen die jungtürkische Regierung standen beide Bewegungen Albaniens zusammen.

Diese Erhebung Albaniens gegen die Türkei war für die türkische Regierung der schwerste Schlag. Der alte Hass zwischen Albanern und Slawen war eine der Bürgschaften der türkischen Herrschaft gewesen, Albanien die wertvollste Stütze der Türkei gegen das rebellierende Mazedonien. Als Albanien sich gegen die Türkei erhob, wurde der Kampf um Mazedonien unvermeidlich. Zugleich aber wurde die Einmischung der beiden Grossmächte herausgefordert, die seit langer Zeit schon in Albanien künftige Eroberungspolitik vorbereiteten.

Oesterreich und Italien.

Der italienische Imperialismus giert nach einem Teil der türkischen Erbschaft. Die Häfen an der albanischen Adriaküste sind nur durch einen schmalen Meeresstreifen von den italienischen Hafenzentren Bari, Brindisi, Otranto getrennt. Setzt sich Italien an der östlichen Küste der Adria fest, dann wird Albanien zu einer italienischen Kolonie, die Adria zu einem italienischen See. Von Durazzo und Valona aus dringen dann italienische Waren in das ganze Balkangebiet.

Diesen Plänen widersetzt sich der österreichische Imperialismus. Beherrscht Italien die Ostküste der Adria, dann kann es den österreichischen Schiffen die enge Strasse zwischen

Otranto und Valona sperren, den österreichischen Waren am Balkan eine gefährliche Konkurrenz bereiten, sich mit den Balkanstaaten gegen Oesterreich verbünden. Darum will Oesterreich alles daransetzen, jede Expansion Italiens in Albanien zu verhindern.

Aus diesen Gründen suchen beide Mächte ihren Einfluss in Albanien zu stärken.

Oesterreich bedient sich zu diesem Zwecke des katholischen Klerus in Albanien. Als Protektor der Katholiken Albanien verwandelt die katholische Grossmacht den katholischen Klerus in ihr Werkzeug. Die katholischen Geistlichen Nordalbanien empfangen ihre Ausbildung in dem von Oesterreich erhaltenen Jesuitenseminar in Skutari; sie vollenden ihre Studien an theologischen Lehranstalten in Oesterreich, in Salzburg und Villach. Für den Unterhalt des ganzen katholischen Klerus in Albanien sorgt Oesterreich: jeder katholische Pfarrer der Malzia erhält 600 Kronen jährlich aus dem österreichischen Staatsschatz — bei dem hohen Geldwert in dem naturalwirtschaftlichen Gebirgslande ein hoher Betrag! Auch das katholische Schulwesen wird von Oesterreich erhalten; in Skutari erhält Oesterreich eine öffentliche Schule, eine Privatschule für die Söhne der Bajraktare, eine Mädchenschule und ein Krankenhaus. An allen diesen Schulen wirken österreichische Ordensbrüder und Schulschwester. Der katholische Klerus erzieht die Katholiken Albanien zu dem Glauben, der Kaiser von Oesterreich sei ihr Beschützer. Die Wirkung dieser Propaganda zeigt ein albanisches Volkslied, das in den Kämpfen gegen die türkischen Truppen gesungen wurde:

Der Malzore aber ergibt sich nicht,
Auch ohne Gewehr und Patronen er ficht!
Nun geht von uns in des Sultans Hände
Ein Brief, dass er Gewehre uns sende,
Auch schicke Patronen er uns sogleich,
Sonst wenden wir uns an Oesterreich
Und schreiben dahin, so gut wir's verstehn:
„Siebenhundert Häuser zum Kreuz übergehn!“

Diese katholisch-österreichische Propaganda findet die starke Unterstützung des österreichischen Klerikalismus. Die österreichischen Klerikalen stehen mit den katholischen Erzbischöfen von Skutari, Durazzo und Uesküb in ebenso enger Verbindung wie mit dem Wiener Hofe.

Nicht geringere Anstrengungen macht Italien. Auch Italien erhält Schulen in Albanien. Während die österreichischen Schulen in den Händen des katholischen Klerus sind, wirken an den italienischen Schulen weltliche Lehrer; daher werden diese Schulen von den griechisch-orthodoxen und den mohammedanischen Albanern bevorzugt. Aber auch innerhalb der katholischen Kirche sucht Italien den österreichischen Einfluss zurückzudrängen: bei der Besetzung hoher Kirchenwürden kämpfen österreichische und italienische Einflüsse gegeneinander. Die wichtigsten Zugänge in die Malzia sind im Besitze Italiens: italienische Gesellschaften besitzen die Hafenanlagen von Antivari, die Eisenbahn Antivari-Virpazar und die Schifffahrt auf dem Skutarisee. In Skutari besteht eine italienische Bank. In den südlichen Hafentädten herrscht italienisches Kapital.

Der Kampf zwischen Oesterreich und Italien um Einfluss in Albanien gefährdet den Dreibund. Um ihn zu retten, haben Oesterreich und Italien 1907 vereinbart, dass keine der beiden Mächte sich in Albanien festsetzen dürfe; bricht die Türkei zusammen, dann solle Albanien ein autonomes Land werden. Aber diese Vereinbarung ist schwerlich die letzte Lösung. Ein autonomes Albanien wird schwere Mühe haben, die widerspenstigen Bergstämme der Malzia sich einzufügen. Von inneren Kämpfen erschüttert, wird es zwischen österreichischem und italienischem Einfluss hin und her schwanken. So wird Albanien eine Gefahr für den Frieden zwischen Oesterreich und Italien bleiben.

Literatur. Ueber die sozialen Ursachen der albanischen Aufstände: „Zur Kunde der Balkanhalbinsel.“ Herausgegeben von Patsch. Heft 1: Steinmetz, Eine Reise durch die Hochländergäue Albanien; Heft 3: Steinmetz, Ein Vorstoss in die nordalbanischen Alpen. — Nopcsa, Das katholische Nordalbanien. Wien 1907. — Siebertz, Albanien und die Albanesen. Wien 1910. — Jäckh, Im türkischen Kriegslager durch Albanien. Heilbronn 1912. — Woods, The danger zone of Europe. London 1911. — Pinon, L'Europe et la Jeune Turquie. Paris 1911.

Ueber den Gegensatz zwischen Oesterreich und Italien: Chlumecky, Oesterreich-Ungarn und Italien. Leipzig 1907.

Adolf Braun:

Arbeitslosigkeit und Gemeindepflichten

Der Balkankrieg hat unsern Export gelähmt. Der Preissturz der Industriepapiere auf der Wiener Börse spiegelt das starke Misstrauen des Geldmarktes gegen die Weiterdauer der Prosperität wider. Wie mit einem Schlage wurden uns unsere wichtigsten Exportgebiete versperrt. Die Posten verkehrten nicht mehr, die Eisenbahnzüge überschritten nicht mehr die österreichische Grenze nach dem Süden. Durch die proklamierten Moratorien wurde die Eintreibung von Schuldbeträgen unmöglich gemacht. Bestellungen wurden zurückgerufen, und wo das nicht der Fall war, hat das Misstrauen unserer Unternehmer die Ausführung der Bestellungen hintangehalten. Wohl ermöglichen Rüstungskredite und kriegerische Lieferungen einen höheren Beschäftigungsgrad in einzelnen Industrien, aber andere lagen schon danieder, bevor der Krieg begonnen hatte. So die Textilindustrien, die Bekleidungsindustrie, Galanterieindustrien und andere. Nicht nur der Absatz nach den Balkanstaaten und nach der Levante ist unterbunden, auch nach Russland und den Ländern des äussersten Ostens, wie nach London, dem grossen Umschlagsmarkt des Welthandels, können unsere Produkte nicht ausgeführt werden oder mindert sich die Möglichkeit der Ausfuhr. Aber auch im Inlande sind die Absatzmöglichkeiten unterbunden, der Unternehmungsgeist ist gelähmt, der Bedarf der Industrie vermindert sich, die Aufnahmefähigkeit und Kaufkraft der breiten Massen sinkt und die starken Ansprüche an den Geldmarkt treiben den Zinsfuss in die Höhe, erschweren die Darlehensgewährung und zwingen deshalb zu weitgehenden Produktionseinschränkungen, lassen insbesondere für das Baugewerbe einen fast völligen Stillstand befürchten.

Handel und Verkehrswesen werden durch die schlechten Aussichten der Industrie in schwere Mitleidenschaft gezogen. Man muss damit rechnen, dass der Beschäftigungsgrad ganz ausserordentlich stark auf fast allen Gebieten der Handarbeit zurückgehen wird. Dabei reden wir vorerst nur mit den Wirkungen eines lokalisierten Krieges auf dem Balkan, nicht von der Möglichkeit, selbst in die Kriegshändel eingezogen zu werden. Zu dem ungünstigen Beschäftigungsgrad kommt die Gefahr der Abschneidung unserer Zufuhrstrassen für Nahrungsmittel, des vollständigen Aufhörens der Einfuhr aus Ost- und Südosteuropa und damit zu einem alle vorangegangenen Preissteigerungen in den Schatten stellenden Anschwellen der Nahrungsmittelpreise. Dieses wird wieder auf den Beschäftigungsgrad drücken, die Not der Arbeitenden erhöhen und die Gefahren der Arbeitslosigkeit noch höher wachsen lassen.

Da ergeben sich zahlreiche und grosse Aufgaben für die städtischen Verwaltungen. Die Armenpflege kann da natürlich nicht ausreichen. Vor allem muss man immer dafür sorgen, dass die Armenunterstützung das letzte Aushilfsmittel sei, man soll dafür besorgt sein, Arbeitsgelegenheit einerseits, Ansprüche auf Unterstützungseinrichtungen, die nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen, andererseits zu schaffen. In Oesterreich haben die Gemeinden bisher völlig versagt in der Schaffung von Versicherungen gegen die Arbeitslosigkeit. Belgische, schweizerische, französische, reichsdeutsche Gemeinden hatten reichlich viel Vorbilder und Diskussionsstoff geschaffen, aber man ging gleichgültig an diesen Anregungen vorbei. Unsere Gemeindevertreter werden darauf hinzuweisen haben, wieviel Sorge und jetzt gerade besonders teure Kosten der Armenpflege zu ersparen gewesen wären, wenn man in den Zeiten der Prosperität und der ruhigen Weltlage für kommunale Arbeitslosenversicherung gesorgt hätte. Diese Betrachtungen sind Kritik der Unterlassungen.

Praktisch ist zu wirken mit dem Verlangen nach gesteigerten Leistungen der Gemeinden für die nun arbeitslos werdenden. Je früher man die Massnahmen, die notwendig werden können, bespricht und vorbereitet, desto weniger werden die Gemeinden in schwierige Zwangslagen gesetzt werden. Desto ruhiger wird sich die notwendige Fürsorgetätigkeit abspielen. Je klarer man die Rechte der Arbeiter festlegt, desto geringer wird die Aufregung sein, wenn die arbeitslos gewordenen von den Gemeinden den Nachweis von Arbeitsgelegenheiten und Verdienstmöglichkeiten verlangen werden. Nichts

ist bedenklicher, als sich von einem allgemeinen Notstand überraschen zu lassen und dann übereilte und nicht genügend überlegte, weder den Arbeitslosen noch den städtischen Verwaltungen nützliche und der Verwendung der öffentlichen Gelder förderliche Massnahmen zu treffen.

Vor allem liegt es im Interesse der Gemeinden, möglichst viele Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Sicherlich können durch den grossen Einfluss der Gemeinden private Unternehmer veranlasst werden, die Tätigkeit ihrer Betriebe nicht zu stark einzuschränken, vor allem kann von den Gemeinden aus auf die Unternehmer eingewirkt werden, dass sie Arbeiter und Arbeiterinnen überhaupt nicht entlassen, sondern durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, durch das Einlegen von Feierschichten, wenn es unbedingt notwendig ist, die Arbeitszeit stark vermindern, aber alle Arbeiter gleichmässig diese Schädigung tragen lassen, nicht, wie es schon vorgekommen ist, mit gleicher Arbeitszeit, ja vielleicht sogar mit Ueberstunden ein stark reduziertes Personal arbeiten zu lassen. Sicherlich kann auch durch Einwirkung der Gemeinde erreicht werden, dass Reparaturen, grössere Reinigungs- und Umgestaltungsarbeiten, die sonst auf andere Zeiten verschoben würden, in die Periode des Notstandes gelegt werden.

Die Gemeinden können auf den Staat und die staatlichen Verwaltungen, auf Land, Bezirk und andere öffentliche Körperschaften einwirken, dass alle schon bewilligten Arbeiten festgestellt und rasch in Angriff genommen werden, um so durch gesteigerte Aufträge in die Verminderung des Beschäftigungsgrades hemmend einzugreifen.

Natürlich ergeben sich für die Städte selbst die Verpflichtungen im höchsten Masse, die sie moralisch dem privaten Unternehmer wie den anderen öffentlichen Auftraggebern auferlegen. In allen Gemeinden gibt es rückständige Arbeiten. Oft sind die Gelder für Ausführungen von Bauten, für Einrichtungen, für Adaptierungen, für Lieferungen u. s. w. u. s. w. seit langem bewilligt, aber die gemeindlichen Aemter sind mit ihren Vorarbeiten, Planskizzen, Berechnungen, Ausschreibungen, Modellausstellungen und dergleichen noch im Rückstand. Es ist deshalb zu verlangen, dass all die Beschlüsse bestellungsreif werden, dass die gemeindlichen Aemter — wenn nötig unter Zuziehung von Hilfskräften — verpflichtet werden, in raschster Frist mit genau vorgeschriebenen Terminen alle Vorarbeiten zu erledigen und die Bestellungen zu vergeben, wobei besondere Rücksicht zu nehmen ist auf Betriebe, deren Beschäftigungsgrad durch das Nachlassen privater Bestellungen besonders stark gesunken ist.

Alle Massnahmen, die wir bisher empfohlen haben, bedürfen nur guten Willens und energischen Eingreifens, um zur Ausführung zu gelangen. Zu den bewilligten Arbeiten, die auszuführen sind, kommen in jeder Gemeinde zahlreiche Aufgaben, deren Dringlichkeit zwar nicht so gross ist wie die Aufgaben, für die die Gelder schon in die beschlossenen Budgets eingestellt waren, deren Notwendigkeit aber von niemand bestritten wird. Man hat diese wichtigen, ja selbst unerlässlichen Aufgaben nur auf spätere Jahre verschoben, weil man in einer an sich vielleicht durchaus richtigen, aber in vielen Fällen vielleicht gar nicht klugen Sparsamkeitspolitik mit der Beschlussfassung gewartet hat, obgleich man sehr wohl wusste, dass man ihr nicht ausweichen werde, nicht ausweichen könne. All die Anregungen, Vertagungen und Verschiebungen notwendiger Arbeiten müssen nun zur Erörterung gestellt werden, es ist alles zusammenzustellen, was im Interesse der Gemeinde in den nächsten Jahren auszuführen sein wird, und alle diese Arbeiten sind zur Ausführung zu empfehlen. Der Eintrag, der den Gemeinden durch eine verfrühte Erstellung notwendiger, wenn auch nicht dringlichster Arbeiten wird, gleicht sich reichlich aus durch eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und der sich hieraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen der Gemeinden. Gehen die Gemeinden in diesem Sinne weitsichtig und energisch vor, so können sie auch beanspruchen, dass staatliche Organe und andere öffentliche Körperschaften in gleicher Weise öffentliche Arbeiten beschleunigen und damit auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit einwirken, hiedurch die ganze Volkswirtschaft in schwerer Zeit befruchten und vor allem auch sichern, dass die Arbeiter in den Berufen tätig bleiben, in denen sie zu wirken gewohnt sind.

Zu den Schädigungen der Arbeiter in den Perioden der Arbeitslosigkeit gehört nicht nur die Schwierigkeit, Erwerbsgelegenheiten zu finden, sondern auch die Schädigung eines, wenn auch bloss zeitweisen Berufswechsels und einer Schädigung der Arbeiter durch Verminderung der Leistungsfähigkeit und Eignung für den von ihnen in gewohnter Weise ausgeübten Beruf.

Wir müssen mit der Tatsache für den kommenden Winter rechnen, dass all die Massnahmen, die wir hier vorschlagen, vielleicht doch nicht ausreichen, einen normalen Beschäftigungsgrad zu erhalten oder zu sichern. Man wird vielfach an die Gemeinden herantreten müssen mit der Aufforderung, selbst auf die Gefahr stark verfrühter Ausgaben, Vorräte anzusammeln, die auch für das kommende Jahr noch nicht notwendig sind, in erst zu eröffnenden städtischen Gebieten Kanalisationen, Pflasterungen und andere Arbeiten durchzuführen, vielleicht auch da und dort ein in absehbarer Zeit notwendig werdendes Schulhaus oder sonstiges gemeindliches Gebäude zu errichten. Es gibt so viele Aufgaben städtischer Verwaltung, die vernachlässigt wurden, dass man wohl eine Zeit des Notstandes einmal gründlich ausnützen könnte, Engherzigkeiten aufzugeben und grosszügig sich an Aufgaben zu wagen, für die man bisher kleinlichen Sinnes kein Verständnis zeigte. Was die städtischen Verwaltungen in den Zeiten des Notstandes an gesteigerten Leistungen aufwenden, mindert ja in kommenden Zeiten ihre Aufgaben und schafft ihnen so viele — freilich nicht immer in Geld ausdrückbare — Vorteile, dass sich die gesteigerten Arbeitsgelegenheiten, die geschaffen werden, reichlich lohnen. Man darf ja nicht die Augen davor verschliessen, dass fast in allen Städten, grossen wie kleinen, zahlreiche Aufgaben noch zu erfüllen sind. Ueberfüllte Schulklassen, ungenügende Kanalisation, ungepflasterte Strassen, das Fehlen von Krankenhäusern und Hunderte andere Aufgaben lassen sich da anführen. Was würden die Städte alles gewinnen, wenn sie in den Perioden des Notstandes grosszügig ihre zahlreichen Unterlassungen aus früheren Zeiten gutmachen wollten. Dabei würden sie mannigfache Armenkosten ersparen, was nicht nur ein finanzieller Vorteil ist, sie würden auch vielen Mitbürgern das Anheimfallen an die Armenpflege ersparen, die so leicht ein Herabgehen des Selbstgefühls, ein moralisches Herabsteigen im Gefolge hat und es so schwierig macht, hier wiederum ein Hinaufsteigen zu erreichen. Wenn man für Tausende Arbeiter in den Zeiten des Notstandes zu sichern versteht, dass sie sich von der Armenunterstützung dauernd frei erhalten, so ist das von einer weitsichtigen Gemeindepolitik aus ein Vorteil, der nicht hoch genug gewertet werden kann. Heute empfindet der Arbeiter mehr als jemals vorher die Armenpflege als eine Herabwürdigung, hat sie doch infamerweise auch noch den Verlust der öffentlichen Rechte im Gefolge.

Es muss deshalb alles geschehen, was im Interesse dauernder Beschäftigung der durch die krisenhaften Erscheinungen in ihrer Beschäftigung Bedrohten geschehen kann, um sie nicht der öffentlichen Armenunterstützung anheimfallen zu lassen. Dass damit für die Gemeinden auch Kosten gemindert werden, ist daneben noch ein Vorteil.

Mit grösster Schärfe ist daran festzuhalten, dass die von uns vorgeschlagenen Arbeiten unter keinen Umständen als Armenunterstützung gewertet werden dürfen. Auf das energischste sind zu trennen die gesteigerte Beschäftigung Arbeitsloser durch die Gemeinden und armenpflegerische Massnahmen. Es soll in keiner Weise eine moralische Herabwürdigung der Arbeiter in Betracht kommen, die infolge verminderter Beschäftigungsmöglichkeit in privaten Betrieben von den städtischen Verwaltungen zu Arbeiten herangezogen werden. Das soll nicht nur gelten für die Arbeiten, die wir hier skizziert haben, sondern auch für Beschäftigungen, die notgedrungenerweise vielleicht notwendig werden können, wie Holzverkleinerungen, Steinschlägerarbeiten, Sandanhäufungen, Entwässerungsarbeiten und ähnliche Arbeiten, die stärker den Charakter der eigentlichen Notstandsarbeit tragen.

Unsere Aufgabe in den uns bedrohenden Zeiten starker Arbeitslosigkeit muss also die weitestgehende Ausnützung aller Beschäftigungsmöglichkeiten der Gemeindebetriebe wie anderer öffentlicher Betriebe, die erhöhte Beschäftigung in privaten Betrieben, auf die die gemeindlichen Verwaltungen Einfluss nehmen können, sein. Ueberall ist strenge der Charakter der Armenfürsorge von diesen Erwerbsmöglichkeiten zu scheiden, auch dort, wo es sich um Notstandsarbeiten im engeren Sinne handelt.

Wo aber armenpflegerische Massnahmen absolut nicht vermieden werden können, dort muss mit Rücksicht auf die erschwerten Lebensbedingungen eine weitsichtige und nicht nach Kargheit strebende Fürsorge ohne jeden moralischen Nachteil für unsere Opfer des Krieges eintreten.

Anton Schrammel: Aus der nordwestböhmisches Arbeiterbewegung

Die Arbeiterschaft von Nordwestböhmen und insbesondere jene aus dem Elbe- und Bolzental gehört zu jenem Teil des Proletariats, aus dessen Mitte schon vor mehr als dreissig Jahren Männer erstanden sind, welche der sozialdemokratischen Partei angehörten und in ihrem Geiste wirkten. In den Bezirken Aussig, Bodenbach, Tetschen, Bensen, Leipa und Wernstadt wird es keinen Ort geben, wo nicht schon vor mehr als dreissig Jahren Sozialdemokraten die Interessen des Proletariats vertraten und deshalb unter dem Druck des Unternehmertums und seiner Büttel zu leiden hatten. In diesem Teil Deutschböhmens hat auch die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung den höchsten Grad erreicht und wenn Giskra seinerzeit erklärt hat, dass in Bodenbach die soziale Frage aufhöre, so konnte diese kühne Behauptung nur den Sinn haben, dass die Masse des arbeitenden Volkes in jenen Gegenden noch zu indifferent war, um die Lösung der sozialen Frage zu begreifen. Denn in der Tat, so sehr die einzelnen Genossen in den verschiedensten Orten im sozialdemokratischen Geiste wirkten, so indifferent war die Masse, die weder den Versammlungen noch einer Organisation zugänglich war. Die ganze Parteiarbeit musste in jedem Orte von zwei oder drei Personen verrichtet werden.

Vom Ende der Achtziger- bis zur Mitte der Neunzigerjahre wurde die Ausbeutung der Arbeiter in den Fabriken des erwähnten Bezirkes in der unerhörtesten Weise betrieben und doch war es nicht möglich, die Arbeiter der Knopf- oder Textilindustrie, welche in jenen Gegenden vorherrschend gewesen, für eine Organisation zu gewinnen. Die Versammlungen waren nur spärlich besucht und selbst solche, in welchen wichtige Tagesfragen behandelt wurden, weckten nicht das Interesse der arbeitenden Bevölkerung.

Um im Tetschener und Bodenbacher Bezirk eine Organisation der Knopfarbeiter ins Leben zu rufen, musste ich im Jahre 1891 als Sekretär und Redakteur der Organisation der Drechsler in Wien nach Bodenbach fahren, den damals wegen sozialistischer Umtriebe entlassenen Knopfdrechsler Genossen Itze aufsuchen und ihn ersuchen, uns Arbeiter aus verschiedenen Orten ausfindig zu machen, welche zu einer Versammlung, eventuell zu einer Konferenz von Knopfarbeitern zu haben wären. Genosse Itze hat sich damals viel Mühe gegeben, um vorerst eine Versammlung und dann eine Konferenz zustande zu bringen, die zu den Osterfeiertagen im Jahre 1892 in Ulgersdorf bei Bodenbach stattgefunden hat. Diese Konferenz war auf zwei Tage anberaumt und sollte den Zweck haben, die im Bezirk nach Tausenden zählenden Knopfarbeiter in eine Organisation zu bringen.

Der erste Tag der Konferenz war gut verlaufen und die Debatte hatte ihren Zweck insoweit erfüllt, als an diesem Tag die wichtigsten Beschlüsse über den Ausbau einer gewerkschaftlichen Organisation gefasst wurden und für den nächsten Tag nur mehr taktische Fragen zu erledigen waren. Und es war auch sehr gut, dass wir die wichtigste Arbeit am ersten Tag geleistet hatten, denn am zweiten Tag wären wir nicht mehr dazugekommen. Die Tetschener Bezirkshauptmannschaft hatte nämlich in Erfahrung gebracht, dass die bösen Sozialdemokraten in Ulgersdorf eine Konferenz abhalten, und sandte, um den Staat vor dem geplanten Umsturz zu retten, am Ostermontag vormittags einen Gendarmeriewachtmeister mit zwei Gendarmen in das Konferenzlokal, welche mit aufgepflanztem Bajonett erschienen, die Konferenz für aufgelöst erklärten und die Genossen Metschl und Frank, welche der Aufforderung des Wachtmeisters Folge leisteten und auf die Strasse traten, verhafteten. Ich forderte die im Lokal zurückgebliebenen Delegierten noch auf, sich durch diese Vergewaltigung nicht einschüchtern

zu lassen und im Sinne der tags zuvor gefassten Beschlüsse zu arbeiten und fuhr dann nach Wien. Einige Tage darauf kam auch Genosse Metschl nach Wien, der mir mitteilte, dass er nach 24stündiger Haft zu zehn Gulden Polizeistrafe verurteilt wurde und dass die Gendarmerie nach mir gefahndet hatte.

Aber so unliebsam diese gewaltsame Auflösung der Konferenz gewesen, so wirkungsvoll war sie für unsere Sache. Von jener Zeit angefangen war es möglich, in Bodenbach, Tetschen und Umgebung wenigstens Versammlungen nach § 2 des Versammlungsgesetzes abzuhalten und das Interesse für die Organisation der Knopfarbeiter zu wecken, die in diesen Bezirken zu jener Zeit die einzigen gewesen, welche für die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei zu haben waren. Schon ein Jahr später konnte in Bodenbach eine Organisation der Knopfdrechsler gegründet werden und von dieser Zeit angefangen wurde das Interesse der Knopfarbeiter und der übrigen arbeitenden Bevölkerung auch für die sozialdemokratische Partei reger.

Etwas anders stand die Sache im Bezirk Aussig. Dort bestand zu jener Zeit bereits ein Leseverein, der im Jahre 1892 errichtet wurde, und eine sozialdemokratische Zeitung, der „Gesellschafter“, welche dreimal im Monat erschien. Aber auch hier war das eigentliche Parteileben auf einen kleinen Kreis von Parteigenossen beschränkt. Dazu kam, dass ein immerwährender Zank und Hader unter den damaligen Leitern der Arbeiterbewegung die Parteigenossen zu keiner ruhigen und intensiven Arbeit kommen liess. Von welcher Gattung einzelne Sozialdemokraten waren, welche sich damals an die Spitze der Arbeiterbewegung in Aussig drängten, zeigt die Tatsache, dass einer dieser sogenannten „Führer“ der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter jener Oskar Emil Simon gewesen ist, der seit einigen Jahren der Redakteur der „Aussig-Karbitzer Volkszeitung“ ist, die sich den traurigen Ruf erworben hat, dass sie an niederträchtiger Schreibweise alle christlichsozialen und nationalen Blätter Oesterreichs übertrifft. Dieser Oskar Emil Simon wurde sogar — allerdings durch die Majorisierung der Hanser-Leute — im Jahre 1892 zum sozialdemokratischen Parteitag gemeinsam mit Hanser delegiert. Aber der gesunde Sinn der Arbeiter hatte das Treiben dieser Leute bald unmöglich gemacht und es ist dem Genossen Beutel und seinen Anhängern gelungen, diese Sorte „Sozialdemokraten“ abzuschütteln und die Aussiger Arbeiterbewegung von derartigen Subjekten zu befreien. Kein Wunder, dass Hanser und Heimann im Bezirk Aussig-Karbitz unter solcher Führung Anhang finden konnten, der allerdings durch die Aufklärungsarbeit der Parteigenossen bald so klein wurde, dass er jede Bedeutung verlor.

Die eigentliche Bewegung unter der Masse der Arbeiterschaft entfaltete sich aber erst, als im Jahre 1893 der Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in der intensivsten Weise begonnen wurde. Von jener Zeit angefangen bekam die Arbeiterbewegung einen ganz anderen Charakter. Die Versammlungen waren gut besucht und die gewerkschaftliche Organisation entfaltete sich zusehends. Leider konnten es die Arbeiter einzelner Industriezweige in Bodenbach und Bensen nicht erwarten und stellten Lohnforderungen schon zu einer Zeit, als ihre Organisation noch nicht fest genug war, um der Brutalität der Unternehmer und ihrer Beschützer standzuhalten. Es kam zu Streiks, welche verloren gingen. Doch diese einzelnen Niederlagen hatten die Arbeiterbewegung weder hier noch dort zum Stillstand gebracht und als im Jahre 1896 die Badenische Wahlreform fertiggestellt und die Wahlen der Wahlmänner in Böhmen ausgeschrieben wurden, war die Arbeiterschaft dieser Bezirke Nordwestböhmens gerüstet. Die Genossen in Aussig hatten schon im Jahre 1905 mit den zweideutigen Elementen aufgeräumt, den „Gesellschafter“ aufgelassen und das „Volksrecht“ gegründet. In jenem Bodenbach, wo noch im Jahre 1892 die Konferenz der Knopfarbeiter mit Gendarmen auseinandergelassen wurde, fand vier Jahre später, und zwar im Mai 1896, eine Konferenz der bewährtesten Parteigenossen von Aussig, Karbitz, Leitmeritz, Leipa, Niemes, Wernstadt, Bodenbach, Tetschen und den umliegenden Orten statt, in welcher der Kandidat der V. Kurie des sechsten böhmischen Wahlkreises aufgestellt wurde. Zu dieser Konferenz wurde auch ich geladen, nachdem ich vorerst von den Vertrauensmännern des Aussiger Bezirkes gefragt worden war, ob ich das Mandat dieses Wahlkreises annähme. Die Konferenz war massenhaft besucht und konnte ohne behördliche Störung verlaufen. In derselben wurde einstimmig beschlossen, mich als Kandidaten dieses Wahl-

kreises aufzustellen. Die Arbeit, welche dann von der Arbeiterschaft agitatorisch und organisatorisch geleistet wurde, war bewunderungswert. Versammlungen auf Versammlungen wurden abgehalten, Lokalorganisationen errichtet und eine fieberhafte Tätigkeit entwickelt. In Böhmen waren die Wahlen damals indirekt, das heisst, es wurden erst Wahlmänner gewählt und diese wählten erst den Abgeordneten, und es war nicht leicht, diesen Wahlkreis, der 447 Ortschaften mit 372.000 Einwohnern zählte, zu gewinnen. Und dennoch war der Sieg unser, weil die Arbeiterschaft mit vereinten Kräften bestrebt war, sich ein Stück politischer Macht zu erringen. Was damals die Genossen von Aussig, Bodenbach, Tetschen, Wernstadt, Bensen, Leipa und Leitmeritz an agitatorischer Arbeit geleistet haben, muss in der Geschichte der Arbeiterbewegung dieser nordwestböhmisches Bezirke mit goldenen Lettern verewigt werden.

Das Bewundernswerte an dieser mächtigen Bewegung ist, dass sie sich im Laufe von vier Jahren in einer derartigen Weise entwickelt hatte. Während es im Jahre 1892 noch nicht möglich gewesen ist, eine Anzahl gleichgesinnter Parteigenossen zu einer gemeinsamen erspriesslichen Parteitätigkeit zu gewinnen, war es fünf Jahre später möglich, dem Gegner ein Mandat abzurufen, das unter den damaligen politischen Verhältnissen nur mit der grössten Anstrengung zu erringen war, ein Beweis, dass die Arbeiter die Macht in Händen haben können, wenn sie geeinigt und entschlossen diese Macht anstreben. Leider ist das Mandat infolge der mangelhaften politischen Organisation im Jahre 1901 wieder verloren gegangen, doch würde man sich täuschen, wenn man glauben würde, dass mit dem Verlust des Mandates die Kampfeslust der nordwestböhmisches Arbeiterschaft dieser Bezirke verloren gegangen sei. Im Gegenteil, wurden alle Kräfte zusammengenommen, um sich für die nächsten Kämpfe zu rüsten. Die Organisationen wurden ausgebaut und die Aufklärungsarbeit in ein System gebracht, so dass die Partei überall auf einen festen Stock von Parteigenossen rechnen konnte.

Mittlerweile war die Wahlrechtsbewegung in ganz Oesterreich in Fluss geraten und auch in diesen Gebieten fanden mächtige Demonstrationen statt. Und als das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erobert war und die Neuwahlen im Jahre 1907 durchgeführt, da konnten die Parteigenossen Nordwestböhmens wieder herrliche Siege erringen. Aus dem sechsten böhmischen Wahlkreis der V. Kurie sind sieben Wahlkreise des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes entstanden und von diesen wurden fünf für die Partei gewonnen. Und wenn auch von diesen im Jahre 1911 nur eines behauptet werden konnte, ist dieser Verlust doch nicht auf einen Rückgang der Partei zurückzuführen, sondern auf die mangelhafte Organisation, die nur infolge der wenigen Arbeitskräfte, welche hier zur Verfügung stehen, schwer durchzuführen ist. Es wäre auch falsch, wenn man den Ausgang der letzten Reichsratswahlen als Massstab für die Arbeiterbewegung dieser Gebiete anlegen würde, da die Zukunft lehren wird, dass der Sieg unserer Gegner in einigen Wahlbezirken nur eine Episode gewesen. In den Städte- und Landgemeindebezirken von Aussig und Bodenbach bestehen gute politische und gewerkschaftliche Organisationen, mittels welcher es gelungen ist, den Einfluss der deutschnationalen und anderen gelben Organisation auf die indifferenten Arbeiter abzuwehren. Die Majorität der Bevölkerung besteht aus Arbeitern und es ist nicht einzusehen, warum gerade die Arbeiterschaft Nordwestböhmens in ihrer Majorität nicht zur Ueberzeugung gebracht werden sollte, dass es ihre Pflicht ist, sich in ihrem sowie im Interesse des gesamten Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes politisch, gewerkschaftlich und wirtschaftlich zu vereinigen, um mit dem organisierten Unternehmertum und seinen Helfershelfern den Kampf erfolgreich aufnehmen zu können. War es der klassenbewussten Arbeiterschaft dieses Gebietes möglich, sich in den letzten zwanzig Jahren so emporzuarbeiten, unter den schwierigsten Verhältnissen die Organisationen auf jene Höhe zu bringen, auf der sie sich gegenwärtig befinden, sich trotz der schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe Institutionen, wie Arbeiterbäckereien, Konsumvereine, Arbeiterheime und sogar Buchdruckereien zu errichten, wie dies in letzter Zeit in Bodenbach geschehen ist, so wird es ihr auch in nächster Zeit möglich sein, die Organisationen noch besser auszubauen und die noch aussenstehenden indifferenten Arbeiter für sie zu gewinnen. Diejenigen, welche heute die Parteiarbeiten zu verrichten haben, sind mit Recht mit der langsamen Entwicklung der Organisation und

dem mässigen Fortschritt, welchen die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren gemacht hat, unzufrieden. Aber die alten Parteigenossen, welche anfangs der Achtzigerjahre in Ketten nach Prag geschleppt und noch vor zwanzig Jahren behördlich verfolgt wurden, weil sie die Wahrheit predigten und die Arbeiter auf den richtigen Weg zu bringen suchten, können mit Stolz und Freude auf die Früchte blicken, die sie gesät haben.

Emil Strauss (Prag):

Die Legende vom Kaiser Josef

Wir haben im vorletzten Heft des „Kampf“ an der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Oesterreich zu Ende des 18. Jahrhunderts zu zeigen versucht, wie wenig die Erkenntnis des geschichtlichen Werdeganges Oesterreichs gefördert wird, wenn man behauptet, die Josefinische Reform sei das politische Lebendigwerden des philosophischen Systems des Aufklärungszeitalters gewesen. Aber wir müssen den Beweis, dass nicht die philosophische Entwicklung bestimmend war für die Entwicklung der politischen Verhältnisse jener Zeit, sondern einzig und allein die Machtverhältnisse der Klassen, auch auf demjenigen Gebiet führen, wo die Bourgeoisie mit leidenschaftlicher Vorliebe verweilt und von wo sie alle Schlagworte hernimmt, mit denen sie die geschichtliche Entwicklung mystifiziert, mit Hilfe deren sie den Klassenkampf aus der geschichtlichen Entwicklung hinausargumentiert.

Der Haupttummelplatz der bürgerlichen Legende ist das Gebiet der religiösen Ideologie. Die Bourgeoisie, die in den Flitterwochen ihrer Herrschaft die liberale Kirchen- und Schulgesetzgebung geschaffen, hat ihr Programm einfach als Josefinismus bezeichnet und das Wort von der Gedankenfreiheit glaubte sie als treuen Nachlass Josefs II. hüten zu müssen. Allein wie überall liegen die Ursachen von Josefs Kirchenpolitik nur in den praktischen Bedürfnissen des Staates, das heisst des Absolutismus, der die Interessen der Bourgeoisie verfocht. Die philosophischen Motive, mit der die Bourgeoisie Josefs Kirchenpolitik verbrämte, waren Josef selbst fremd. Der Kaiser war kein Philosoph, die „aufgeklärten“ Monarchen jener Zeit entlehnten der zeitgenössischen Philosophie nur das, was mit ihren Herrscherbedürfnissen übereinstimmte, sie waren nur insofern Anhänger der französischen Aufklärungsphilosophie, als diese eben der Ausdruck der sozialökonomischen Verhältnisse jener Zeit war. Es passt zum Freiheitsbegriff, den wir von Josefs Regierung haben, wenig, wenn wir hören, dass die Sekten, die keiner geduldeten Konfession angehörten, mit den härtesten Strafen verfolgt wurden. „Wenn sich ein Mann, ein Weib oder wer immer bei einem Ober- oder Kreisamt als Deist, Abrahamit oder sogenannter Lampelbruder meldet, sollen ihm ohne weitere Anfrage 24 Prügel- oder Karbatschstreiche auf den Hintern gegeben und er damit nach Hause geschickt werden.“ (Hofdekret von 1783.) Anfangs waren die Akatholiken vom Toleranzpatent entzückt, später aber begannen sie zu murren, dass es mit der Toleranz nicht gar so weit her sei, und traten zum Kaiser in entschiedene Gegnerschaft. Also auch da hatte sich der Kaiser keine Freunde erworben. Josef wollte eben die anderen Religionen dem Staate ebenso unterordnen, wie er es mit der katholischen Kirche machte und das betrachteten die Akatholiken als Beschränkung ihrer Freiheit. Die Vertreter der Aufklärungsphilosophie, die nach dem Zeugnis der bürgerlichen Geschichtschreibung vom Kaiser hätten begeistert sein müssen, widersprachen seiner religiösen Politik sehr heftig. Mirabeau warf ihm vor, er bleibe auf halbem Wege stehen. Den Wortführern der ökonomisch weit entwickelteren französischen Bourgeoisie konnten die Konzessionen, die der Kaiser machte, nicht genügen. Uebrigens war Josef ein überzeugter Katholik, und das Wort des Papstes, er habe einen grossen Fonds von Religion und sei der beste Katholik der Welt, war mehr als Phrase. Bis an sein Lebensende machte Josef gewissenhaft alle Zeremonien der Kirche mit und er schreibt

in einem Briefe, am liebsten möchte es ihm sein, wenn alle Protestanten zum Katholizismus übertreten würden. Aber Zwang gegen eine anerkannte Religionsgenossenschaft lag ihm ferne, zumal da die Protestanten wie die Juden das Ferment in der ökonomischen Entwicklung Oesterreichs waren. Deswegen war Josef noch lange kein Freund der Juden, und die Sympathien, die Josef bei den Juden Oesterreichs genoss, beruhten durchaus nicht auf Gegenseitigkeit. Hatte schon Maria Theresia den Juden, die ihrer Ansicht nach „eine Nation von Betrügern und Wucherern“ waren, keine Sympathie entgegengebracht und sie nach dem Erbfolgekrieg aus Wien und Prag verjagt, so galten sie Josef II. ebenfalls nicht als moralisch vollwertig, wurden vielmehr nur als notwendiges Uebel angesehen.

Die philosemitische Ansicht von der grenzenlosen Unterdrückung der Juden in der feudalen Gesellschaft darf nicht gläubig hingenommen, muss vielmehr kritisch untersucht werden. Die Juden in der feudalen Gesellschaft gehörten ökonomisch zu den herrschenden Klassen, wenn sie auch politisch unterdrückt waren. Dem jüdischen Schankwirt wurde erlaubt, dem Bauer das zu nehmen, was ihm der Grundherr gelassen. Zur ökonomischen Förderung Oesterreichs konnte Josef auch nur die reichen Juden brauchen, welche allein sich seiner Fürsorge erfreuten. Diejenigen, deren Hab und Gut 100 Gulden nicht überstieg, suchte man dadurch loszuwerden, dass man ihnen erlaubte, ohne Pass auszuwandern, während die Auswanderung sonst mit grosser Härte bestraft wurde. Es ist ungemein charakteristisch, dass ein Kaiser, der die reichen Juden förderte und die armen aus dem Lande expedierte, unter den heutigen Juden eine so grosse Verehrung genießt, charakteristisch für die Regierung des Kaisers, aber noch bezeichnender für das bürgerliche Denken der Juden. Die Juden von damals waren freilich nicht so begeistert wie die Juden von heute, „sie fühlten keinen festen Boden unter den Füßen, und das Schicksal ihrer armen Stammesgenossen, die man über die Grenze verjagte, konnte nichts anderes als Erbitterung in ihnen hervorrufen“. Auch unter ihnen hatte sich der Kaiser keine Freunde erworben, auch die Akatholiken konnte der Kaiser ebensowenig wie die Bauern zu verlässlichen Stützen seines Regimes machen.

Die grösste Aufmerksamkeit wandte der Kaiser dem Verhältnis des Staates zur Kirche zu. Es kann natürlich keine Rede davon sein, dass er die katholische Kirche „vernichten“ wollte. Im Gegenteil! Er wollte sie erhalten, sich ihrer bedienen und sie zu einem Werkzeug des landesfürstlichen Absolutismus machen. Nahm er doch die Hilfe der Geistlichkeit für seine Zollpolitik in Anspruch! „Den geistlichen Individuen und Gemeinden kommt nur die Nutzniessung der Mittel zu, über die einzig und allein der Herrscher zu verfügen hat“, sagte er. Bischöfe und Priester sollten fest entlohnte Beamte werden, Mitglieder der Bureaukratie, mit der der Kaiser den Staat regieren wollte. Der angebliche Gegner der katholischen Kirche vermehrte zu diesem Zweck die Zahl der Pfarreien beträchtlich. Während früher auf etwa 1120 Menschen ein Geistlicher kam, so jetzt auf 600. Wie er den Universitäten sein Augenmerk schenkte, um Beamte heranzuziehen, so kümmerte er sich um die Priesterseminarien, gefügige Bureaukraten in der Kutte heranzubilden. Die bischöflichen Seminarrien wurden geschlossen und staatliche eingeführt. Der Kandidat sollte darüber belehrt werden, „dass die Kirche dem Staat Nutzen bringen müsse“, zugleich sollten sich die Diener Gottes von der „Menge“ fernhalten, um ja willige Diener des dynastischen Absolutismus zu werden. „Man musste eine neue Generation von Priestern heranziehen, die Gott und dem Mammon, der Kirche und dem Staat zugleich zu dienen verstand.“ An jedem Schritt, den Josef auf dem Gebiet der Kirchenpolitik unternahm, ist deutlich zu erkennen, dass er die Kirche den Bedürfnissen des Absolutismus anzupassen suchte; was diesen Bedürfnissen entsprach, beibehielt, was ihnen widersprach, abschaffte oder, wenn wir den sozial-ökonomischen Inhalt dieser Reformen betonen wollen: Josef versuchte, die feudale Kirche in die kapitalistische zu verwandeln, ein Prozess, der sich seit dem Tridentiner Konzil unaufhaltsam vollzog. Seine Klosterreform zeigt denselben Geist. Er klagte, die „Klostergeistlichkeit bringe nichts hervor, nicht einmal Kinder“. „Man müsse ihr Vermögen im Staat zirkulieren lassen.“ Die Mönche müssten zur Arbeit angehalten werden und seien „ein totes Menschenkapital“. Die Sprache verrät deutlich das Bedürfnis des Kapitalismus nach Arbeitskräften. Waren doch die Besitzungen der

Klöster enorm und der Widerstand der Stände war auch der Widerstand der Kirche. In Belgien hatte sie zwei Drittel des gesamten Grundbesitzes, so dass die feudale Opposition fast zur Gänze die Opposition der feudalen Kirche war. Interessant ist hier, dass sich die angegriffene Kirche gegen Josef mit Argumenten wehrte, die sie der Aufklärungsliteratur entnahm! Sie zitierte gegen den Kaiser beispielsweise Montesquieu! Zu welchen Konsequenzen man käme, wenn man diesen Kampf der Kirche gegen Josef ideologisch betrachten würde, ist gar nicht abzusehen.

Selbst gegen die Wohltätigkeit der Kirche trat man auf. Man warnte das Publikum, den Bettlern in der Kirche etwas zu geben. Trotzdem wir das hier nur in grobem Umriss betrachten, ist doch zu ersehen, dass die Kirchenreform Josefs, die gewiss die Verhältnisse gebessert hat, doch im grossen und ganzen nicht die Aufhebung der kirchlichen Macht bedeutete, sondern nur die Vergrösserung der Macht des Absolutismus, also der Macht der Bourgeoisie, welche die Machtmittel der Kirche zu ihrem Machtmittel umgeschaffen hat.

Auch die Schule hatte nur den Interessen des Staates — wir wissen nun schon, was wir uns dabei zu denken haben — zu dienen. Die Selbstverwaltung der Universitäten wurde aufgehoben, die Vorlesungen der Professoren streng kontrolliert. Die Jesuiten verloren die Herrschaft über die Universitäten und an ihre Stelle trat der Staat. Man „befreite allerdings die Wissenschaft von den alten Fesseln, legte ihr aber dafür neue an“, sagt selbst Mitrofanov (Seite 804) — Fesseln, die nicht so stark waren, aber doch Fesseln blieben. Für die Wissenschaft, die dem Staat von keinem besonderen Nutzen war, hatte Josef wenig Sinn. Eine Akademie der Wissenschaften wollte er nicht errichten. Dadurch kam die philosophische Fakultät natürlich am schlechtesten weg: die Philosophen wurden „Gymnasiasten höherer Ordnung“. Ein zeitgenössischer Schriftsteller sagt sehr offenherzig, die Gymnasien und Universitäten könnten vermindert werden, „denn ihre Ueberzahl wirkt schädlich auf Ackerbau und Handel zurück“, sie entziehen die Leute der Landwirtschaft und dem Gewerbe. Der Volksschule wandte der Staat mehr Interesse zu als die Geistlichkeit, die nur den höheren Schulen, den Schulen der herrschenden Klassen ihr Augenmerk gewidmet hatte, denn die Bourgeoisie brauchte qualifizierte Arbeitskräfte. Den Analphabeten wurde daher das Leben möglichst sauer gemacht, sie durften in die Zünfte nicht einmal als Lehrlinge eintreten, und Juden, die nicht lesen und schreiben konnten, durften nicht heiraten(!). Wie alle Halbheiten der josefinischen Aera wurde auch die Schulreform von den Aufklärern heftig bekämpft. „Gerechter Gott,“ ruft Mirabeau aus, „sogar die Seelen wollen sie in Uniformen stecken! Das ist der Gipfelpunkt der Despotie!“

Der Geist des Absolutismus zeigt sich auch sehr deutlich in der Handhabung der Zensur, dieses Lieblingskindes der österreichischen Staatsverwaltung. Der angebliche Vertreter der Aufklärung auf dem österreichischen Herrscherthron verbot die Bücher Voltaires und Humes! Schriftsteller, die „die christliche Religion kategorisch verwerfen, dürfen nicht geduldet werden“! Genau wie unter dem Sozialistengesetz wurden Schriftsteller und Journalisten ausgewiesen und so ihrer Existenz beraubt. Die oppositionelle Presse wurde unterdrückt, die oppositionellen Journalisten mussten ins Ausland flüchten. Trotzdem wusste Josef die Presse für seine Zwecke zu gebrauchen, er schwärmte sogar für sie, soweit sie sich in seine Dienste stellte und den diplomatischen Sieg über den Papst bejubelte. Dabei wurde mit Geld nicht gespart, um eine entsprechende Stimmung in den Blättern zu erzeugen: der „Reptilienfonds“ ist nicht von Bismarck erfunden worden, sondern war schon im achtzehnten Jahrhundert bekannt. Zeitungsschreiber und „Broschürensreiber“ sind auch furchtbar aufgebracht. Es herrsche „Tyrannei, ärgerlicher Zwang, der mit der angeborenen Freiheit des Menschen ebensowenig wie mit dem gesellschaftlichen Vertrag im Einklang steht“. Die Hauptänderung war also, dass die Zensur der Geistlichkeit genommen und der Bureaukratie überwiesen wurde, das heisst aus einem Werkzeug der feudalen Kirche in ein Werkzeug des bürgerlichen Staates verwandelt wurde.

Auf dem Gebiet von Kirche und Schule, Wissenschaft und Journalistik sind also die Verdienste der josefinischen Epoche weit geringer, als die bürgerliche Geschichtsschreibung und die bürgerlichen Politiker in öder Wiederholung angeben. Auch auf

diesem Gebiet wurde die Herrschaft der weltlichen und der geistlichen Feudalität gestürzt, nicht um die Freiheit aller herbeizuführen, sondern eine neue Herrschaft zu begründen.

Die übrigen Gebiete der Tätigkeit Josefs II. können hier nur ganz kurz betrachtet werden, um die historisch-materialistische Auffassung seiner Regierung von allen Seiten her sicherzustellen. Vor allem offenbart die auswärtige Politik den bürgerlichen Charakter des josefinischen Absolutismus. Im Gegensatz zu Maria Theresia betrieb Josef eine aggressive Orientpolitik. Josef war überzeugt, dass die ökonomische Entwicklung Oesterreichs seine Expansion nach dem Balkan notwendig mache, und schloss deswegen das Bündnis mit Russland, wodurch er sich genau so ins russische Joch begab wie einige Jahrzehnte zuvor Friedrich der Grosse. Während Josef hoffte, im Zusammengehen mit Russland die nördlichen Balkanprovinzen Bosnien, Serbien und die Walachei zu gewinnen, trug Russland die Erfolge davon und Oesterreich hatte das Nachsehen. Aber nicht nur am Balkan, überall glich Josefs auswärtige Politik einem aggressiven Imperialismus: er wollte Bayern gegen Belgien eintauschen, einen Teil der Schweiz erwerben, gefährdete durch den Scheldestreit den Frieden Europas, um dem Hafen von Antwerpen eine ungehinderte ökonomische Entwicklung zu sichern, er wollte Oesterreichs Anteil am Küstengebiet erhöhen durch die Gewinnung von Dalmatien. All die Grundzüge der auswärtigen Politik Oesterreichs im Zeitalter des Imperialismus erscheinen zum erstenmal, embryonal, aber trotzdem klar und deutlich unter Josef II. Auch die Unzufriedenheit derjenigen Klassen, die von der imperialistischen Politik nur die Lasten zu tragen hatten, tritt zutage. Die auswärtige Politik Josefs steigerte seine Unpopularität. „Der Unwille geht so weit, dass man fast den türkischen Waffen Erfolg wünsche“, meldet eine zeitgenössische Quelle aus dem Türkenkrieg. Die grosse Ausfuhr von Getreide für das Heer hatte eine empfindliche Brotverteuerung im Gefolge. Ueberhaupt zog natürlich eine solche Politik grosse Militärausgaben nach sich. Das absolutistische Regime brauchte sowohl Truppen nach innen, um seine Macht aufrechtzuerhalten, als auch Truppen nach aussen, um die Bourgeoisie durch Erfolge zufriedenzustellen. Nicht Demokrat, aber Soldat war Josef vom Scheitel bis zur Sohle.

Die Militärverwaltung hatte der Staat schon unter Maria Theresia den Ständen aus der Hand genommen, Josef führte einen Generalstab ein, baute Festungen im Norden, deren einzige Leistung es später war, im Jahre 1866 den Preussen ein paar wirkungslose Kanonenschüsse nachzusenden, führte die Neubewaffnung der Infanterie durch und vermehrte die Artillerie. Die unfähigen Offiziere mussten die Armee verlassen und die Verbürgerlichung des österreichischen Offizierskorps nahm damals ihren Anfang. Statt verkommener Lumpenproletarier wurden nun Bauern und Bürger in die Armee eingereiht und überhaupt suchte die Bourgeoisie, wie jede aufkommende Klasse, das Militär mit ihrem Geiste zu erfüllen, was sie heute so sehr verpönt. Auch den österreichischen Marinismus vergass man damals nicht. Unter Josef II. wurden von der Regierung zwei Kutter mit zwanzig Kanonen, ferner zwanzig Kanonenboote gekauft, und wie ein guter Bekannter aus unseren Tagen begegnet uns die Nachricht, dass sie sich wenige Jahre später als völlig unbrauchbar erwiesen und man unter Leopold II. froh war, sie zu einem Spottpreis loszuwerden. Dagegen mutet die heutige Generation fremd an, zu hören, dass es damals eine antimilitaristische, bürgerliche Opposition gab. „Wenn man die ganze Jugend Oesterreichs in Kasernen sperrt . . ., heisst das nicht so viel, als das gesamte Staatsleben unnützer Eroberungsgier opfern?“ hiess es in bürgerlichen Flugschriften jener Zeit.

Dass eine solche militaristisch-imperialistische Politik viel Geld kostete, bedarf keiner weiteren Erklärung. Die Einnahmen in Josefs Regierungszeit betrugen im Jahresdurchschnitt 73'62 Millionen, die Ausgaben 83'28 Millionen, davon für das Militär allein mehr als die Hälfte: 44'93 Millionen Gulden. Die Schulden wurden gedeckt durch Anleihen und Ausgabe von Bankozetteln. Die Anzahl dieser unglückseligen Zettel, die im Jahre 1811 eine so traurige Rolle gespielt haben, vervierfachte sich in Josefs Regierungszeit. Steuererhöhungen waren natürlich an der Tagesordnung, wobei indirekte Steuern bevorzugt wurden, was dem bürgerlichen Charakter des josefinischen Absolutismus vollauf entsprach. Der Merkantilismus, die nationalökonomische Theorie der Bourgeoisie des achtzehnten Jahrhunderts, hatte für indirekte Steuern eine

grosse Vorliebe. Was die direkten Steuern betrifft, war Josef wieder Physiokrat, das heisst er wollte als einzige direkte Steuer die Grundsteuer angesehen wissen, um die Bourgeoisie zu schonen und die Akkumulation des Kapitals nicht zu stören. Die Bourgeoisie strebte danach, die herrschende Klasse im Staate zu werden, die innere und auswärtige Politik sollte nur ihren Interessen dienstbar sein, bezahlen aber konnten es die feudalen Grundbesitzer und das Proletariat. . . . Die Grundbesitzer sollten die direkten Steuern zahlen, das Proletariat die indirekten. Die Bauern litten besonders unter der grossen Belastung durch die Grundsteuer. Statt vom Grundherrn wurden sie nun vom Staate ausgesogen, statt vom Regen in den Sonnenschein waren sie vom Regen in die Traufe gekommen. Eine solche Finanzpolitik war so sehr vom Klasseninteresse der Bourgeoisie diktiert, dass sie sich nicht durchsetzen konnte. Die Strömung gegen sie war so stark, dass Leopold die Finanzpolitik Josefs aufgeben musste. Nur die Schuldenwirtschaft wird noch heute als treues Vermächtnis der josefinischen Epoche gehütet.

Die Behauptung der Legende, Josef sei einer der bedeutendsten Vertreter der Aufklärungsepoche des 18. Jahrhunderts gewesen, er habe aus den Ideen der zeitgenössischen Philosophie heraus die Gesellschaft umgestalten wollen, hat sich also als unhaltbar erwiesen. Das bedeutendste politische Prinzip der Aufklärung, die Lehre von der Volkssouveränität (worunter man freilich die Souveränität der Bourgeoisie verstand), steht in direktem Gegensatz zum Polizeistaat, den Josef aus Oesterreich gemacht. Die einleitenden Worte des josefinischen Strafgesetzbuches: „es obliegt dem Monarchen, die Rechte seiner Untertanen festzusetzen“, sind trotz eifrigsten Bemühens mit den Lehren der Aufklärung nicht in Einklang zu bringen. Das Beispiel der Geschichtslgende von Josef II. zeigt, welche Kraft dieser Legende innewohnt, wenn sich ihre Behauptungen so zähe im Bewusstsein der Menschen erhalten, trotzdem sie nicht mit den Tatsachen übereinstimmen, vielmehr einem politischen Bedürfnis entsprechen; es zeigt aber auch, wie ganz unfähig die ideologische Geschichtschreibung den Dingen gegenübersteht und dass nur die materialistische Geschichtsauffassung das Mysterium der geschichtlichen Entwicklung enthüllen kann.

Das tritt krass genug hervor, wenn wir in bürgerlichen Geschichtsbüchern lesen, Josef II. habe die Ideen der französischen Revolution in Oesterreich begünstigt, ja er habe es verhindert, dass Oesterreich genau so von den „Greuelthaten“ der Revolution heimgesucht wurde wie Frankreich. Josef war alles eher als ein Parteigänger der französischen Revolutionäre. Die Erstürmung der Bastille ist ihm „der Sieg der Strasse über die souveräne, monarchische Macht“. Die Pariser Bevölkerung, diese Lokomotive der Weltgeschichte, nennt er „Canaille, Frechlinge, Wüteriche“. Die Bedeutung der französischen Revolution hat er überhaupt nicht erfasst, er sah nicht die Vorgänge, die in den Regionen vor sich gingen, wo alle grossen Veränderungen von Staat und Gesellschaft ihren Quell haben. Josef II. hat die Revolution der Bourgeoisie in Oesterreich nicht aufgehalten. Die Bourgeoisie seiner Zeit war noch viel zu schwach, um in einer Revolution die feudale Gesellschaft über den Haufen zu rennen und sich selbst an die Stelle der herrschenden Klassen der Feudalzeit zu setzen. Das österreichische Bürgertum brauchte noch mehr als ein halbes Jahrhundert, um eine Entwicklung durchzumachen, die ihm die Aktionskraft einer revolutionären Erhebung einflösste. Die ideologische Geschichtsauffassung verwirrt nur die geschichtliche Entwicklung durch falsche Analogien. Aber man sieht an dem konkreten Fall, dass man dieser Begriffsverwirrung machtlos gegenübersteht, wenn man nicht auf die ökonomische Entwicklung der österreichischen Bourgeoisie jener Tage zurückgeht und zeigt, dass sie damals noch nicht die Macht hatte, eine Revolution zu wagen, Josef also diese Revolution durchaus nicht verhindert hat.

Aber auch wenn man den absolutistischen Charakter von Josefs Regierung begreift, ohne zu erkennen, zugunsten welcher Klasse dieser Absolutismus regierte, bleibt die Geschichte Oesterreichs zu Ende des 18. Jahrhunderts ein Buch mit sieben Siegeln. Wohl war Josef „ein Despot wie Philipp II. von Spanien“ (Ottokar Lorenz), aber was er für den historischen Fortschritt geleistet, hat Philipp II., der die Entwicklung der Bourgeoisie mit Brachialgewalt aufhalten wollte, niemals getan. „Dass Dynastien Macht

und Herrschaft anstreben, ist nichts Besonderes, da sie dieses Streben mit jeder Klasse, fast mit jeder Familie teilen. . . . Aber wieviel an Macht und Herrschaft sie erreichen, darüber entscheidet die ganze Klassenstruktur eines Landes.“ (Renner).

Gerade bei Josef II. also zeigt sich — wie übrigens bei allen grossen Persönlichkeiten der Geschichte — der völlige Bankerott der ideologischen Geschichtsauffassung. Während die materialistische Geschichtsauffassung mit allen Tatsachen der Wirklichkeit übereinstimmt, während sie geradezu die empirische Methode der Geschichtsforschung unserer Tage geworden ist, kommt die ideologische Geschichtsauffassung bei der Erklärung konkreter Tatsachen in ständige Kollision mit der Wirklichkeit, mit allen lebendigen Kräften geschichtlichen Lebens.

Das Proletariat eines jeden Landes hat die Pflicht, die geschichtliche Einsicht der Bourgeoisie nicht unbesehen zu übernehmen, sondern an der Hand der Methode, die ihm Karl Marx gegeben, das geschichtliche Werden des Landes, in dem es seine Kämpfe führt, zu verstehen. Denn die Geschichtslegende der Bourgeoisie trübt sein Klassenbewusstsein und täuscht es über die eigentlichen Ursachen der geschichtlichen Entwicklung. Auch hier wird die historische Erkenntnis wie alle Theorie Gewalt: sie dient dazu, die Energie des Proletariats zu steigern.

Hermann Diamand (Lemberg): Das Spirituskartell und die Spiritusindustrie

Die Begründung des Spirituskartells wurde von den landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien und von der von agrarischen Tendenzen beherrschten Regierung als eine erlösende Tat begrüsst. Das Handelsministerium wetteiferte mit dem Ackerbau- und dem Finanzministerium, um dem Kartell die Wege zu ebnen. Das Finanzministerium erwartete von der Stabilisierung der Preise einen gefestigten Konsum und eine Steigerung der Einnahmen aus der Schnapssteuer, das Handelsministerium folgte der die Industriesektion leitenden Tendenz, die Organisation des Kapitals, die Kartelle, zu fördern, und das Ackerbauministerium als Vertreter der Interessen der Grossgrundbesitzer erwartete von der Verdoppelung der staatlichen Kontingentprämien durch die Kartellpreise eine weitgehende Hebung der Grundrente.

Ein Jahr der Kartellherrschaft ist jetzt vorüber und es ist nicht ohne Interesse, den Erfolg auf Grund von Erhebungen und Feststellungen des Finanz- und Ackerbauministeriums zu überprüfen.

Nach den Mitteilungen der Wiener Warenbörse betrug der Preis für rektifizierten Spiritus per Hektoliter (10.000 Liter Prozent) in den letzten drei Jahren (1908 bis Herbst 1911) von 141 bis 151 Kronen. Vom Dezember 1911 an aber 175 Kronen. Trotz der viel höheren Preisnotierung für Rohspiritus in Ungarn exportierten die Ungarn sehr bedeutende Quantitäten raffinierten Spiritus nach Oesterreich und zwangen das Kartell zur Herabsetzung der Konsumpreise mit Oktober 1912. In den Preisen für raffinierten Spiritus ist die Steuer von 90 Heller und der Raffinierlohn mitenthalten.

Die ungeheuerliche Preissteigerung rechtfertigte das Kartell mit der in den westlichen Ländern im Jahre 1911 eingetretenen Missernte. Diese Tatsache kann nicht geleugnet werden; es stand ihr aber eine überaus reichliche Ernte in Galizien gegenüber, das in den Vorjahren die Hälfte der österreichischen Kartoffelproduktion wie auch die Hälfte der gesamten Spiritusproduktion aufwies.

Kartoffel	Böhmen	Mähren	Schlesien	Westgalizien	Ostgalizien
	Meterzentner per Hektar				
Zehnjähriger Durchschnitt . .	99.3	114.8	98.2	98.9	117.2
Ernte 1911	56.7	71.4	62.0	105.7	135.9
	in Tausenden Meterzentnern				
Gesamtproduktion 1911 . . .	16.931	10.726	2267	17.662	47.168

Ganz Oesterreich produzierte im Jahre 1911 Kartoffeln: 116 Millionen Meterzentner gegen 128 Millionen im Jahre 1908, 130 Millionen im Jahre 1909, 133 Millionen im Jahre 1910, somit im Jahre 1911 um 9 bis 12·7 Prozent weniger als in den Vorjahren. Der Zusammenhang dieser teilweisen Missernte mit den erheblich gesteigerten Spirituspreisen ist aber sehr zweifelhaft. Denn vor allem wird ein bedeutendes Quantum Spiritus aus anderen Stoffen erzeugt. Im Jahre 1910, das ein gutes Kartoffeljahr war, wurden folgende Stoffe in Tausenden Meterzentnern zur Spiritusfabrikation verwendet: Kartoffel 8869, Kukuruz 236, anderes Getreide 208, Melasse 1178, andere 73. Man kann somit annehmen, dass bloss zwei Drittel des erzeugten Spiritusquantums aus Kartoffeln hergestellt und nur 6·5 Prozent der Ernte zu diesem Zweck in Anspruch genommen wurden. Die Kartoffelmissernte beeinflusste auch nicht die Quantität der Spiritusproduktion, denn sie war in der Kampagne 1911/12 die viertgrösste im verflossenen Jahrzehnt und belief sich trotz starkem Konsumrückgang und trotz des ungarischen Importes auf 1,572.710 Hektoliter. Dabei ist die ausserordentlich interessante Tatsache zu verzeichnen, dass eine ganz bedeutende Verschiebung der Produktion von Ost nach West und aus den landwirtschaftlichen Brennereien nach den Industriebrennereien stattgefunden hat.

Galizien, dessen Kartoffelernte den zehnjährigen Durchschnitt weit übersteigt, sinkt in der Spiritusproduktion von 886.000 Hektoliter des Vorjahres

auf 699.000 „ in der Kampagne 1911/12, hat somit

einen Verlust von 187.000 Hektoliter, das ist 20 Prozent seiner Produktion zu verzeichnen. Nach der nach dem Antrag Staniek vorgenommenen Aufteilung des Kontingents wurde den Industriebrennereien für die Kampagne 1911/12 das Kontingent um 25.000 Hektoliter verkleinert und den landwirtschaftlichen Brennereien zugewiesen. Der Effekt ist aber folgender: Es erzeugten in der Kampagne 1910/11 die landwirtschaftlichen Brennereien 1,274.000 Hektoliter,

die Fabriksbrennereien 500.000 „ und hatten ein Mehr von

774.000 Hektoliter, hingegen 1911/12 erzeugten die landwirtschaftlichen Brennereien 1,058.000 Hektoliter,

die Fabriksbrennereien 514.000 „ es sank daher ihr Plus auf

544.000 Hektoliter, das ist um 234.000 Hektoliter oder

über 30 Prozent.

Die Fabriksbrennereien haben nicht nur eine relative, sondern eine absolute Steigerung ihrer Produktion erfahren. In einem Jahre, in welchem die landwirtschaftlichen Betriebe in ihrer Produktion um ein Viertel sanken, erzielten die Fabriken ein Plus von 2·7 Prozent über das Vorjahr.

Die Schutzmauer, die der Staat mit einem Kostenaufwand von jährlich 30 Millionen Kronen errichtet, um das Schwergewicht der Spiritusproduktion in die landwirtschaftlichen Betriebe zu verlegen, erweist sich dem Kartell gegenüber illusorisch, die Grossgrundbesitzer stecken die 30 Millionen ein, sie stecken auch den vom Kartell gezahlten höheren Preis ein, aber sie sind trotzdem unfähig, in schwierigen Jahren ihre Stellung gegen die Fabriksbetriebe zu behaupten. Die Bedingungen hiefür schafft das Kartell.

Der Preis des Rohspiritus ist ein fiktiver, er figurirt monatelang auf der Preistafel der Börse unverändert, trotzdem der Weltmarktpreis Veränderungen bis zu 30 Prozent erfährt. Gehandelt wird nämlich in Oesterreich jetzt hauptsächlich raffinierter Spiritus. Der Raffinerlohn wurde vom Kartell nach einer gleitenden Skala bestimmt, die bis zum Vier- und Fünffachen des Grundlohnes steigt. Nach den Satzungen des Kartells beträgt bei dem Preise von

für Rohspiritus	45	55	60	65	70	75	80	85	Kronen
der Raffinerlohn	3·5	4	5·25	6·75	8·75	10·75	12·75	14·75	„

Der landwirtschaftliche Brenner muss seinen Spiritus an den Raffineur abliefern, der Fabrikant raffiniert ihn selbst, er steckt somit den den Löwenanteil der Preis-

steigerung ausmachenden Raffinerlohn ein. Die Exportkosten wie auch die Kosten des Kampfes mit der ungarischen Einfuhr nach Oesterreich tragen alle Teile gleich, aber sie geben dem Industriebrenner die Möglichkeit, die ganze Kapazität ihrer Betriebe auszunützen, was die früheren niedrigen Preise und der gesunkene Raffinerlohn verhinderten. Der Durchschnittspreis für Rohspiritus der drei letzten Jahre vor dem Kartell betrug 60, 54 und 57 Kronen, die galizischen Landwirte erhielten heuer bei einer Produktionsverminderung von 20 Prozent und bei einer Preissteigerung, welche den Konsum herabdrückte, 60 Kronen 30 Heller per Hektoliter und eine Prämie von 3 Kronen, wenn sie sich für fünf Jahre dem Kartell verpflichteten. Durch Hereinziehung der landwirtschaftlichen Brenner in die kapitalistische moderne Verkaufsorganisation hat das Kartell den den Zweck der Liebesgaben bildenden Schutz der landwirtschaftlichen Produzenten vor den modernen Produktionsformen nivelliert und die Liebesgaben haben auch nach dieser Richtung hin ihre volkswirtschaftliche Bedeutung gänzlich eingebüsst.

Die Bedeutung der Spiritusindustrie für die Landwirtschaft wird bewusst oder unbewusst falsch eingeschätzt. Ein Blick auf Galizien bringt einen eklatanten Beweis für diese Behauptung. Ein Kartoffel- und Spiritusland katexochen ist es trotz seines berühmten podolischen Bodens gegen die Sudetenländer in der landwirtschaftlichen Produktion bedeutend zurückgeblieben. Einige Zahlen genügen zur Illustration dieser Behauptung. Der zehnjährige Erntedurchschnitt beträgt in Ost- und Westgalizien für Weizen per Hektar 10 und 11·4 Meterzentner, für Böhmen, Mähren und Schlesien 16·9, 15·7 und 12·2 Meterzentner, Korn 9·7 und 9·2 gegen 14·4, 13·8 und 11·6 Meterzentner, Gerste 9·6 und 9·7 gegen 16·4, 16·6 und 13 Meterzentner, Hafer 8·6 und 10 gegen 12·9, 12·1 und 11·3 Meterzentner. Hingegen weisen die Sudetenländer eine Produktion von 38 Millionen Meterzentner Zuckerrüben gegen 1·3 Millionen in Galizien, 184 Zuckerfabriken gegen eine und 15 Millionen Meterzentner Zucker gegen 0·16 Millionen in Galizien auf. Der Rübe gebührt der Vorzug weit vor den Erdäpfeln.

Auch für die Viehproduktion hat die Spiritusproduktion nicht die ihr zugesprochene Bedeutung. Ein Blick in die statistischen Tabellen zerstört alle Illusionen. Der Viehstand der Sudetenländer im letzten Jahrzehnt ist von 3,251.000 auf 3,288.000, um 1·1 Prozent gestiegen, der in Galizien von 2,718.000 auf 2,505.000, somit um 7 Prozent gefallen. Beim Jungvieh ist es noch ärger, da stehen + 1·8 gegen — 9 Prozent.

Wenn man den Viehstand der landwirtschaftlichen Brennereien allein ins Auge fasst, dann wird die Einflusslosigkeit der Brennereien auf den Viehstand noch deutlicher. Die österreichischen landwirtschaftlichen Brennereien haben einen Viehstand, der sich wenig verändert. Er betrug im Jahre 1910

165.000 Stück Nutzvieh und
57.000 „ Mastvieh
222.000 Stück zusammen.

Da Oesterreich in diesem Jahre einen Stand von 9,159.000 hatte, betrug der Viehstand der Brennereien 2 Prozent unseres gesamten Viehstandes.

Der Hauptzweck der Liebesgaben ist die Förderung der Viehzucht und zu diesem Zweck leistet der Staat für jedes in einen Brennereistall eingestellte Stück Vieh 137 Kronen jährlich, um den Grossgrundbesitzern die Grundrente zu steigern. Im letzten Jahrzehnt kosteten der Staatskasse die Brennerei-Viehställe der Grossgrundbesitzer 300 Millionen Kronen, während der Viehstand um 351.362 Stück abnahm, die zu ernährende Bevölkerung hingegen weist eine Zunahme von 2,416.000 Menschen aus!

Emil Dittmer (Berlin): **Fachbildung und Gewerkschaftspresse**

Die Wertschätzung der sogenannten Qualitätsarbeit hat nicht nur einen kleinen Kreis wohlhabender „Aestheten“ erfasst, weit über den Rahmen fachlicher und künstlerischer Interessiertheit hinaus nehmen bereits breitere Volksschichten lebhaften Anteil an der Weiterentwicklung des Kunstgewerbes wie auch der maschinellen Herstellung sachlich-schöner Gebrauchs- und Kunstgegenstände. Die immer wiederkehrenden, einem Bedürfnis entsprechenden Ausstellungen von Wohnungseinrichtungen für Arbeiter in Berlin, Hamburg, Rheinland-Westfalen u. s. w. bilden einen beredten Beweis dafür. Der vermehrte Absatz von gutem Wandschmuck, die grössere Beachtung gediegener Buchausstattung unserer grösseren Parteiverlage und anderes mehr sind unzweideutige Zeichen für das allmähliche Schwinden der „verdammten Bedürfnislosigkeit“ der Arbeiter, wenn auch leider die Grenze durch den mageren Geldbeutel allzu eng gezogen ist.

Doch die soziale Seite dieser Entwicklung steht hier nicht zur Behandlung. Es soll vielmehr vorerst festgestellt werden, dass als Folgeerscheinung erheblich höhere Anforderungen an die fachliche Tüchtigkeit zahlreicher Handwerker- und Arbeiterkategorien gestellt werden.

Dazu kommt, dass infolge des technischen Fortschritts die Zahl der benötigten gelernten beziehungsweise angelernten Arbeiter gegenüber den ungelerten in raschem Steigen begriffen ist. Schon auf der Wiener Generalversammlung des Vereines für Sozialpolitik im Jahre 1909 brachte Professor O. Kammerer (Charlottenburg) reichhaltiges und einwandfreies Material hierüber bei. In dem vor einiger Zeit in Sonderabdruck erschienenen Vortrag heisst es unter anderem:

Waren früher in einer Hochofenanlage 228 Mann mit einem Lohnaufwand von 0·91 Mark auf eine Tonne Roheisen erforderlich, so sind nach Einbau von Schrägaufzügen nur noch 82 Mann notwendig, entsprechend einem Lohnaufwand von 0·28 Mark auf eine Tonne. Im Gaswerk Charlottenburg waren im Jahre 1904 zur Erzeugung von einer Million Kubikmeter Leuchtgas 1·1 gelernt-Arbeiter und 9·3 Handlanger tätig. Nach der Aufstellung von Lagerplatzkranen und Anbau einer Wassergasanstalt waren zur Erzeugung der gleichen Gasmenge fast ebensoviel gelernte Arbeiter aber nur 7·22 Handlanger notwendig.

Dabei ist zu bedenken, dass hier wie in fast allen übrigen Fällen der Arbeitersparnis eine wesentlich erhöhte Verantwortlichkeit der Ueberbleibenden, eine grössere Fach- und Sachkenntnis erforderlich wird. So darf es nicht wundernehmen, wenn Professor Kammerer zu folgenden Schlussfolgerungen kommt:

Der Ueberblick über die jüngste Entwicklung der Maschinenteknik liess als hervorstechendsten Grundzug der Arbeit des letzten Jahrzehnts das Bestreben erkennen, die Maschinen unter Zuhilfenahme der elektrischen Kraftverteilung so zu vervollkommen, dass sie nicht nur ihren Hauptzweck erfüllen — Förderbewegung oder Werkzeugbewegung — sondern dass sie darüber hinaus auch alle Hilfsgriffe und Handreichungen selbst ausführen. Es geht also die Entwicklung nicht, wie vielfach angenommen wird, dahin, dass immer mehr Handlanger in den Dienst der Maschine gestellt werden. Tatsächlich werden im Gegenteil die Handlanger immer mehr ausgeschaltet; an ihre Stelle tritt eine geringe Zahl hochwertiger Arbeiter, die die notwendige Intelligenz und Fachbildung besitzen, um die vollkommenen Maschinen zu verstehen und richtig zu lenken. Wenn auch zunächst die an einer Stelle eines Werkes überflüssig gewordenen Handlanger infolge Steigerung der Produktion an anderer Stelle verwendet werden können, so wird doch jedenfalls der Zuwachs von Handlangern in der Zukunft nur gering sein können; nur das Bedürfnis nach gelernten Arbeitern wird bestehen bleiben und zunehmen. Es wird daher eine Fachausbildung in der Zukunft wertvoller sein als irgendeine Kranken- oder Altersversicherung, denn der ungelerte Arbeiter wird so wenig zu brauchen sein wie der ungesunde. Ein Staat, der nicht auf irgendeine Art dafür sorgt, dass die heranwachsende Generation eine Fachausbildung erhält, wird vielleicht in Zukunft in die gleiche Bedrängnis geraten wie ein Staat, der hölzerne Kriegsschiffe mit Vorladekanonen in den Kampf gepanzelter Linienschiffe mit Schnelladgeschützen schickt.

Wir lassen dahingestellt, ob die Parallele zwischen Fachbildung und Kranken- und Altersversicherung angebracht erscheint. Offenkundig ist das eine professorale Konzession an die ewig wiederkehrenden Klagen des deutschen Unternehmertums über die „sozialpolitischen Lasten“, die an dieser Stelle nicht erst der Widerlegung bedürfen.

Was uns an diesen Ausführungen interessiert, ist die nicht zu leugnende Tatsache, dass auch die Grossindustrien vermehrte Nachfrage nach technisch besonders qualifizierten Arbeitern haben. In der Rohstoff- wie Fertigindustrie steigern sich die fachlichen Anforderungen mit der zunehmenden technischen Entwicklung.

Soll nun die moderne Arbeiterbewegung diesen immer stärker hervortretenden Tendenzen mit gekreuzten Armen gegenüberstehen? Soll sie etwa gar den gefühlsmässig vielleicht berechtigten Standpunkt herauskehren: Je mehr fachliches Wissen und Können dem einzelnen Arbeiter eignet, um so ausbeutungsgieriger wird sich das Unternehmertum ihm gegenüber zeigen. Also liegt keine Veranlassung vor, in fachliches „Strebertum“ zu verfallen.

Dieser Standpunkt ist längst durch die Praxis überholt. Der fachlich gut ausgerüstete und geschickte Arbeiter besitzt eine, wenn auch nur um Nüancen geringere Abhängigkeit vom Einzelunternehmer, so dass er selbstbewusster auftreten kann; ja dass der klug rechnende Unternehmer ihm manches in Bezug auf Gesinnung und Organisationsbetätigung „durchgehen“ lässt, was anderen zum Verhängnis geworden ist. Noch weit stärker tritt dieser offenbare Vorteil für die Organisation in Erscheinung, wenn eine ganze Gruppe fachlich gut geschult und mithin schwer ersetzbar wird.

Zu allen Zeiten hat in der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Pflege fachtechnischen Wissens eine gewisse Rolle gespielt, indem durch Vorträge, Aufsätze in der Gewerkschaftspresse, Propaganda für bessere und obligatorische Fortbildungsschulen u. s. w. mindestens Anregungen zur fachlichen Weiterbildung gegeben wurden. Die meisten Gewerkschaften sind als eng fachliche Berufsverbände entstanden, so dass nur in stärkerem Masse fortgesetzt wird, was längst in zahlreichen Ansätzen vorhanden war. Die heutige Art der Lehrlingsausbildung macht es besonders nötig, nach vollendeter Lehrzeit erst recht eigentlich in die Lehre zu gehen.

In richtiger Anpassung an die sich vollziehende Umwälzung durch technische Errungenschaften hat auch die deutsche Gewerkschaftspresse fast durchweg diesem berechtigten Streben nach besserer fachtechnischer Belehrung und Ausbildung Rechnung getragen. Besonders die letzten Jahre bieten recht interessante Belege dafür. Mit dem „Fachblatt für Holzarbeiter“ schuf der Holzarbeiterverband eine Fachzeitschrift ersten Ranges und seit den zirka fünf Jahren seines Bestehens hat es wohl nur ein Rühmens gegeben für dieses einst von Deinhardt, jetzt von Kissner geleitete allmonatlich erscheinende Organ, das einen ganzen Stab kunstgewerblicher Mitarbeiter zählt. Allerdings ist die schon weiter vorn angedeutete modern-künstlerische Strömung in Möbelbau und Wohnungsausstattung den Bestrebungen wesentlich zu Hilfe gekommen.

Einen anderen Weg wählten die Buchdrucker, indem der „Korrespondent“ sich vorwiegend auf Einzelaufsätze technischer Art wie auf kritische Besprechung hervorragender Drucksachen beschränkte, während die eigentlichen Fachzeitschriften, wie zum Beispiel „Der Deutsche Buch- und Steindruck“, in privaten Händen verblieben. Andererseits wurde durch eine geradezu glänzende Ausgestaltung der Vereinsbibliotheken (wir nennen besonders Berlin) für Fachliteratur ausgiebig gesorgt. Neben den schon bestehenden Gruppenvereinigungen wurden in zahlreichen Städten „Typographische Gesellschaften“ gegründet, die eine systematische Pflege der Fachbildung gewährleisten. Berücksichtigt man die durch den umfassenden Tarifvertrag und andere spezielle Berufseigentümlichkeiten geschaffene Lage, so wird man auch diesen Weg als durchaus zweckmässig bezeichnen müssen.

Als weiteres Beispiel älteren Datums sei auch das Organ der Bureauangestellten genannt, das trotz der überaus zahlreichen sozialpolitischen Zeitschriften privaten Charakters eine vorzüglich redigierte Fachbeilage, die „Volkstümliche Zeitschrift“, für praktische Arbeiterversicherung besitzt (gleichzeitig Publikationsorgan des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen). Die fortschreitende Wandlung in Gesetzgebung und Rechtsprechung auf dem immer komplizierter sich gestaltenden Gebiet der Sozialpolitik wird darin mehr oder minder fachtechnisch behandelt.

Vom Verfasser wird neben dem eigentlichen Verbandsorgan der Gemeinde- und Staatsarbeiter („Die Gewerkschaft“) noch das Fachorgan für das Krankenpflege- und

Badepersonal geleitet („Die Sanitätswarte“), die bereits im 12. Jahrgang steht und die trotz der geradezu beängstigenden Fülle von Fachzeitschriften auf diesem Gebiete doch mit Fug und Recht ihren Platz behauptet. Wenn wir aus den eigenen Erfahrungen schliessen sollen, so lässt sich nur feststellen: Das den Gewerkschaftsmitgliedern (meist gratis) gelieferte Fachblatt vermag unter der Kontrolle der Organisation breite Arbeiterkreise für fachtechnische Angelegenheiten zu interessieren und ihnen zahlreiche Anregungen zur weiteren Ausbildung und fachtechnischen Information zu vermitteln.

Zu den seit langer Zeit bestehenden, fast ausschliesslich der Fachbildung dienenden Beiblättern, wie „Graphische Rundschau“ (vierzehntägig, für Lithographen), „Deutscher Maschinist und Heizer“ (erscheint als monatliche Beilage mit zahlreichen Abbildungen im 17. Jahrgang!) sind in neuerer Zeit getreten: „Die fachtechnische Beilage“ der Sattler und Portefeuille, das „Gärtnerei-Fachblatt“, ferner „Die Strasse“ für Steinsetzer, sämtlich mit vielen Illustrationen und in durchaus moderner Aufmachung.

Einen erheblichen Ausbau des fachtechnischen Teiles haben im übrigen fast alle Gewerkschaftsorgane in den letzten Jahren vorgenommen. So sei nur erinnert an die vielgestaltige „Fachgewerbliche Rundschau“ im Textilarbeiter, den Ausbau der Spezialfächer „Chemische, Zement-, Ziegel- und Papierindustrie“ beim „Proletarier“, dem Organ der deutschen Fabrikarbeiter. In der „Gewerkschaft“ wird der Entwicklung der Gasindustrie besondere Aufmerksamkeit geschenkt, der „Courier“ hat neben den drei Fachblättern für Eisenbahner, Seeleute und Strassenbahner eine ganze Reihe von Berufsrubriken mit fachtechnischen Abhandlungen. Auch die Organe der Bauarbeiter bringen zahlreiche fachtechnische Aufsätze, die den revolutionierenden Tendenzen der neueren Baumethoden nach Möglichkeit Rechnung tragen. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt eine gut informierende „Wirtschaftliche Rundschau“, dazu werden vielfach gesondert fachtechnische Dinge erörtert, und auch die „Schmiede-Zeitung“ brachte zahlreiche Aufsätze dieser Art.

Doch es mag genügen, festzustellen, dass fast alle übrigen deutschen Gewerkschaftsorgane gleichfalls, wenn auch in bescheidenerem Rahmen der Fachtechnik ihre Aufmerksamkeit schenken. Dabei haben fast alle neueren Verbandstage (so zum Beispiel jüngst die Brauereiarbeiter, Gemeindearbeiter, Textilarbeiter) ausdrücklich einen weiteren Ausbau der Fachtechnik ihrer Berufszweige befürwortet, ein sicherer Beweis, dass diese Entwicklung noch durchaus nicht zum Abschluss gelangt ist.

Vor etwa Jahresfrist noch äusserte sich Genosse J. Kliche in Nr. 32, 2. Band 1910 der „Neuen Zeit“ über fachtechnische Fortbildung durch die Gewerkschaftspresse folgendermassen:

Ob es freilich im Zeitalter des Klassenkampfes Aufgabe der Gewerkschaftspresse ist, für die fachwissenschaftliche Bildung der Organisationsmitglieder zu sorgen und die für die Kampfwerte so dringend nötigen Mittel dafür zu verwenden, ist eine andere Frage, mit der sich die Generalversammlungen unserer Gewerkschaften sehr bald werden eingehend beschäftigen müssen. Waffen für den Kampf werden durch diese Fachbelehrung nicht geschmiedet. Und dass der Kampf die einzige Aufgabe der Gewerkschaften ist, davon werden die sich stets mehr zuspitzenden Gegensätze die Gewerkschaften bald mehr, als manchem lieb ist, überzeugen.

Das „Odium“, den Kampfescharakter der Gewerkschaften zu gefährden, haben nacheinander die Unterstützungseinrichtungen sowie die Tarifverträge auf sich nehmen müssen. Nun muss auch gar noch die Fachbildung dazu herhalten. Treffend wurde seinerzeit bereits im „Grundstein“ darauf geantwortet und die vorstehend angeführte flüchtige Aneinanderreihung der neueren Entwicklungserscheinungen allein beweist die Unhaltbarkeit solcher Argumentation. In der Tat haben sich die neueren Generalversammlungen mit der Pflege der Fachtechnik in der Gewerkschaftspresse befasst; man kann wohl ohne Uebertreibung sagen: einhellig ist das Votum für die weitere Pflege der Fachtechnik abgegeben worden.

Die Gründe dafür sind von uns zu Beginn dieses Aufsatzes in der technischen Umwälzung und ihren Folgen angedeutet. Um nicht missverstanden zu werden, mag noch gesagt sein, dass die von Professor Kammerer gekennzeichnete Tendenz in manchen Industrien einstweilen weniger in Erscheinung tritt, da hier die angelernten, die ungelerten und weiblichen Arbeitskräfte in stärkerem Steigen begriffen sind, dank der immer tiefer einschneidenden Teilarbeit. Das vermag indessen an der Notwendig-

keit nichts zu ändern, die gebotene Situation so weit als irgend möglich zugunsten der Arbeiter auszunützen. Wenn es noch eines weiteren Beweises für die Richtigkeit unserer Anschauungen bedürfte, so ist die Forderung weiter Unternehmerkreise nach besserer Lehrlingsausbildung, nach Industrieschulen und dergleichen ein interessantes Dokument dafür. Würde den Herren nicht das Feuer auf den Fingernägeln brennen, sie liessen es gewiss beim bestehenden Zustand.

Immer häufiger kann man jetzt in den Spalten der Unternehmerpresse Klagen über ungenügend fachtechnisch vorgeschultes Personal finden. Mag auch manches davon aus durchsichtigen anderen Gründen übertrieben sein, einiges davon ist Tatsache. Nur soll man auch folgerichtig den Ursachen nachgehen. Da sind in der Fertigungsindustrie — also im eigentlichen Handwerk — vor allem die absolut nicht mehr in die Zeitverhältnisse sich einfügenden Innungen. Sie sind eine Art zünftlerisches Ueberbleibsel und es ist ihnen absolut nicht gelungen, den schreienden Missständen der heutigen Lehrlingsaus„bildung“ zu begegnen. Mit vieler Mühe und erst durch fortgesetzte öffentliche Kritik gelang es den Sozialdemokraten, das Fortbildungsschulwesen auf eine freiere und obligatorische Basis zu stellen. Aber noch immer ist dieser Unterricht vorwiegend theoretischer Natur, während die anschliessenden Fachkurse oder Fachschulen vereinzelt sind und fakultativen Charakter haben. Hier könnten staatlich oder (besser) städtisch geleitete Handwerksschulen Abhilfe schaffen, wenn sie — obligatorisch eingerichtet würden. Auch ist das Halten von Lehrlingen an viel zu wenig Bedingungen gebunden, so dass irgendwelche Garantie einer tüchtigen Fachlehre geradezu als Ausnahmeerscheinung angesehen werden muss. Die Massenproduktion von „Ausgelernten“ ist in den deutschen Provinzstädten eine der unerfreulichsten Erscheinungen, es gibt „Lehrlingsfabriken“, die, ganz gleich ob es sich nun um rein handwerkliche Verrichtung, wie im Kleider- und Baugewerbe, oder um die „Musik“ handelt, nur einen Grundsatz kennen: Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft.

Nicht viel anders, nur noch „ungeregelter“ steht es mit dem Lehrlingswesen in der Industrie. Vor einiger Zeit behandelte Ingenieur Fr. Fröhlich (Düsseldorf) die Frage auf einer Konferenz der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“. Das Referat ist in der „Kölnischen Volkszeitung“ ausführlich wiedergegeben. Wir entnehmen ihm folgende Auszüge:

Solange die Industrie in einzelnen Zweigen die handwerksmässige Betriebsweise fortführte, konnte sie im Handwerk ausgebildete Arbeiter als Facharbeiter beschäftigen; in dem Masse, wie sie die handwerksmässige Betriebsweise aus ihren Werkstätten verbannt, genügen diese den Anforderungen des Fabrikbetriebes nicht mehr und da bieten sich ihr zwei Möglichkeiten: entweder sie gibt den vom Handwerk ausgebildeten Arbeitern eine Zusatzausbildung, oder aber sie bildet selbst Lehrlinge aus. Der erste Weg ist auf die Dauer nicht durchführbar....

Die Industrie hat nicht nur die moralische Pflicht, sondern auch ein lebhaftes eigenes Interesse an der Ausbildung des Nachwuchses ihrer Facharbeiterschaft. Eine zeitweilig zu geringe Betätigung wird sich alsbald durch vermehrte Aufmerksamkeit von selbst ausgleichen. Man überlasse daher die Regelung der Industrie und hüte sich vor Eingriffen von aussen, namentlich des Staates; schematisierende Vorschriften können leicht hemmend wirken; ebenso muss der Ausbau der Ausbildung in den einzelnen Gewerben den Fachvereinigungen überlassen bleiben.... Aus erzieherischen Gründen ist eine Entschädigung des Lehrlings erwünscht, die zweckmässig mit der Zeit steigt. Prämien und ähnliche Massnahmen erscheinen geeignet, den Eifer des Lehrlings anzuregen. Teilnahme an Stückarbeiten und Beteiligung am Akkord sollten frühestens in der zweiten Hälfte der Lehrzeit gestattet sein. Der weitere Ausbau des Lehrvertrages ist den Fachvereinigungen zu überlassen, die hierfür mehr und mehr Interesse gewinnen.

.... Bei Festsetzung des Unterrichts ist auf den Werkbetrieb weitestgehende Rücksicht zu nehmen. (!) Ein förmlicher Abschluss der Berufsbildung findet in der Industrie heute nur in vereinzelt Fällen statt; es ist aber dringend zu wünschen, dass alle Lehrlinge in der Industrie eine Abschlussprüfung vor einem von der Industrie eingesetzten fachmännischen Ausschuss ablegen. Diese Prüfung ist als Gesellenprüfung im Sinne der Gewerbeordnung durchzuführen und anzuerkennen.

Wenn wir noch hinzusetzen, dass der Vortragende vor einer „Ueberschätzung der Fortbildungsschulen“ warnte, so geht aus vorstehenden „Forderungen“, die begreiflicherweise den Beifall der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ fanden, hervor, dass man den „schematisierenden“ Einfluss des Staates nicht wünscht.

Wir sind im allgemeinen gewiss keine begeisterten Anhänger irgendwelcher Zwangsregelung durch den jetzigen Staat. Aber gegenüber dem bestehenden Tohuwabohu in

dieser Angelegenheit und gegenüber der hier gepredigten „Regelung durch die Industrie“ mit Lehrlingsprämien, Teilnahme in der zweiten Hälfte der Lehrzeit am Akkord und „Ausbau des Lehrvertrages durch Fachvereinigungen“ (lies: Unternehmerverbände) ist eine bessere gesetzliche Regelung denn doch ein wünschenswerter Ausweg.

Es ist nie die Art der deutschen Gewerkschaften gewesen, zu warten, bis die Gesetzgebung endlich für Arbeiter-, Lehrlingsschutz u. s. w. sorgte, sondern es ist meist Pionierarbeit von ihnen geleistet worden für sozialfortschrittliche Gesetzgebung. Diese Pionierarbeit ist auch hier zu leisten. Es muss trotz der leider vorhandenen zahlreichen Widerstände versucht werden, die Fachbildung der Gewerkschaftsmitglieder weiter zu pflegen, und dazu verheissen die zahlreich vorhandenen, hier zumeist aufgezeigten Ansätze eine erfreuliche Möglichkeit. Auch hier zeigt sich wieder einmal, wie an so vielen Enden der deutschen Arbeiterbewegung, dass damit nicht nur Interessen einzelner Arbeiterschichten, sondern eminent weitgreifende Kulturinteressen gefördert werden.

Therese Schlesinger: Eine Aufgabe der Arbeiter-Baugenossenschaften

Angesichts der nur zu berechtigten Befürchtungen, denen Genosse J. Brod im fünften Bande des „Kampf“ (Seite 463) Ausdruck gab, der neue Wohnungsfürsorgefonds werde nicht imstande sein, die genossenschaftliche Bautätigkeit so zu befruchten, dass das Angebot auf dem Wohnungsmarkt in ausschlaggebender Weise erhöht werden könnte, möchte ich die Frage aufwerfen, ob die Bedeutung der Arbeiter-Baugenossenschaften und der Wirkung ihrer Tätigkeit auf die Lebenshaltung des österreichischen Proletariats nicht dann sehr erhöht werden könnte, wenn sie Hand in Hand ginge mit einer zeitgemässen Umgestaltung der proletarischen Hauswirtschaft und dadurch auf einen viel weiteren Kreis erzieherisch und zielgebend wirkte, als derjenige ist, dem sie unmittelbaren Vorteil verschaffen kann.

Wenn heute der grösste Teil der Arbeiter in einer Weise wohnt, die allen Anforderungen der Hygiene, der Behaglichkeit und einer höheren Gesittung gleichmässigohnspricht, so dokumentiert sich das nicht allein in der Wohndichtigkeit, sondern ebensogut in der Art, wie die Wohnungen benützt werden; beide Uebel zusammen geben erst ein vollständiges Bild des herrschenden Wohnungselends.

Wir wollen in diesem Zusammenhang gar nicht von den allerärmlichsten Wohnungen reden, die aus einem einzigen Raum bestehen, aber auch in denjenigen, die den häufigsten Typus der Arbeiterwohnung darstellen und Küche und ein Zimmer umfassen, dient die Küche nicht bloss zum Kochen, sondern auch als Kinderstube und als Wohnraum für die ganze Familie, da in der Regel mit Licht und Heizung zu sehr gespart wird, als dass man sich die Benützung eines zweiten Raumes gönnen möchte, dazu als Wasch- und Bügelküche* und nur zu oft auch als Schlafraum.

Die Ueberfüllung der meisten Proletarierwohnungen wäre noch immer gesundheitsgefährlich, wenn sie auch nur zum Wohnen und Schlafen benützt würden; dass sie aber zugleich als Werkstätten für alle hauswirtschaftlichen Arbeiten dienen müssen, das macht sie in noch viel höherem Masse sanitätswidrig. Gerade im Proletariat ist die Hauswirtschaft am meisten von allem technischen Fortschritt, aller Arbeitsteilung und aller Konzentration von Kraft und Material unberührt geblieben.

Während der Industrialismus die Menschen immer mehr auf den engsten Raum zusammenpresst, wird die Hauswirtschaft derjenigen Schichten, die darunter am schwersten

* Auch wenn im Hause eine Waschküche ist und der Arbeiterfrau in gewissen Zeitabständen zur Verfügung steht, so muss diese, besonders wenn sie kleine Kinder hat, doch fast täglich in der Wohnung waschen, da sonst ihr Wäschevorrat nicht ausreicht.

zu leiden haben, noch immer in einer Weise betrieben, die nur unter Verhältnissen erträglich war, die es heute für das Proletariat kaum irgendwo noch gibt.

Solange die Arbeiter, wenigstens auf dem Lande, noch ein Häuschen besaßen, in dessen Umgebung sich die Kinder durch den grössten Teil des Jahres viel im Freien aufhalten konnten, der Dunst, der durch das Kochen und Waschen entsteht, ungehindert durch Türen und Fenster entweichen konnte, solange auch in den Städten die Wohndichtigkeit noch nicht ganz so schlimm war, in den äusseren Bezirken die Häuser noch grosse Höfe aufwiesen, die den Kindern als Spielplatz und den Erwachsenen zur Erholung dienten, als die Strassen der Vorstädte noch so wenig befahren wurden, dass auch sie einen ungefährlichen Aufenthalt im Freien boten, als ferner Holz und Kohlen viel niedriger als jetzt im Preise standen, so dass man sich viel leichter entschloss, einen zweiten Raum zu heizen und die verbrauchte und durch allerlei Ausdünstungen überriechende Luft auszuwechseln, insbesondere aber solange die Frau des Arbeiters nur in Ausnahmefällen einem Erwerb nachging, bot die proletarische Familienwohnung zwar auch selten den Eindruck des Behaglichen und Wohlbestellten, aber doch nicht in dem Mass wie heute den des Sanitäts- und Kulturwidrigen.

Dass die Ausdehnung der industriellen Frauenarbeit bisher nicht Hand in Hand ging mit der so notwendigen technischen Umwälzung der Hauswirtschaft, findet wohl darin seine Erklärung, dass die Frauenarbeit anfangs zumeist als Nebenerwerb oder nur gelegentlich ausgeübt wurde und dass ihr dieser Charakter noch in vielen Fällen anhafte, wenn auch in der Regel die Frauenarbeit längst zu einer stehenden Einrichtung geworden ist, so dass mit deren Ertragnis genau so sicher gerechnet wird wie mit dem Lohn des Mannes. Das geht so weit, dass es heute keiner besonderen Erklärung mehr bedarf, wenn die Mutter einer Proletarierfamilie erwerbstätig ist, sondern man vielmehr nach einer solchen fragen möchte, wenn man einer Arbeiterfrau begegnet, die nicht gezwungen ist, etwas zu verdienen.

Sehr selten würden wir dann finden, dass die Frau auf Erwerbsarbeit nur deshalb verzichtet, weil sie diese nicht nötig zu haben glaubt. Solche vereinzelte Fälle kommen dann vor, wenn der Mann zu den bestbezahlten Arbeitern gehört und die Ehe kinderlos ist oder wenn die Frau aus dem Kleinbürgertum stammt und entweder von ihren noch lebenden Eltern einen Zuschuss erhält oder verstorbene Anverwandte beerbt hat.

Von solchen Ausnahmefällen abgesehen, sind es zumeist gerade die am schlechtesten situierten Arbeiterfamilien, deren Mütter notgedrungen auf eigenen Erwerb verzichten, weil entweder ein besonders vielköpfiger Haushalt sie restlos in Anspruch nimmt, oder weil ihre durch Krankheit verminderte Arbeitskraft keinen Käufer findet.

Dass die Heimarbeiterin und die ausser Haus erwerbende Frau nicht Zeit und Kraft genug übrig hat, um das Heim zu einem behaglichen zu machen, versteht sich wohl von selbst. Muss sie doch infolge der Hungerlöhne, die den Arbeiterinnen bezahlt werden, auch ihre eigene Köchin, Wäscherin, Büglerin, Flickerin, Scheuerfrau etc. sein, oder richtiger, kann sie sich doch mit dem üblichen Hungerlohn nur deshalb begnügen, weil sie durch der Erwerbsarbeit angefügte Hausarbeit den eigenen Konsum und den ihrer Familie zu verbilligen weiss.

Damit aber tritt sie in den allerunheilvollsten Zirkel ein. Weil sie unter dem Drucke elender Entlohnung mit ihrer Arbeitskraft Raubbau treibt und sich mit unzureichender Nahrung begnügt, wird sie in zahllosen Fällen schwach und kränklich, kann sowohl in der Werkstätte als im Haushalt immer weniger leisten und ist dadurch weder imstande, diesen vor Verwahrlosung zu schützen, noch ihre Lohnforderungen zu steigern. So sehen wir Tausende und Tausende von Proletarierfrauen abgehärmt, krank und frühgealtert sich durch ein qualvolles Leben hinschleppen.

Aber es ist nicht nur die Gesundheit und Lebensfreude der Frauen des Proletariats, die auf solche Weise hingeopfert werden, sondern auch die Männer und besonders die Kinder haben unter diesem Zustande grausam zu leiden.

Selbst wenn die Mutter im Hause bleibt, daheim zu bleiben gezwungen ist, kann sie nicht wirklich Pflegerin und Erzieherin ihrer Kinder sein. Die schweren und zum grossen Teil mit Schmutz und ungesunden Ausdünstungen verbundenen und die Aufmerksamkeit stark in Anspruch nehmenden Hausarbeiten sind unter den herrschenden

Wohnungsverhältnissen mit rationeller Kinderpflege schlechthin unvereinbar. Selbst eine in allen häuslichen Verrichtungen und der Kinderpflege vorzüglich geschulte Kraft könnte sie nicht gleichzeitig bewältigen, um wieviel weniger die nach jeder Richtung hin ungeschulte Arbeiterfrau!

Während gekocht, gewaschen, gebügelt, gekehrt und gescheuert wird, ist der Aufenthalt im gleichen Raum für Kinder qualvoll und gefährlich. Qualvoll, weil er eine Menge von Verboten notwendig macht, die der Natur des Kindes durchaus entgegengesetzt sind, und gefährlich, weil diese Verbote immer wieder verletzt werden. Das kleine Kind soll dem Herd, dem Bügeleisen, dem Schaff mit heissem Wasser, der Laugenflasche sowie allen übrigen Flaschen, Gläsern und Schalen nicht nahekommen, soll die frisch gewaschene Wäsche nicht berühren, die auf Betten und Stühlen liegt, soll nirgends hinaufsteigen, nirgends anstossen u. s. w. Da der Raum eng ist, so bedeutet die Summe solcher Verbote, dass es wie in Ketten sitsitzen und sich nicht rühren soll. Das kann es natürlich nicht, aber jede seiner Bewegungen ängstigt und erschreckt die abgehetzte und nervöse Mutter. Sind aber mehrere kleine Kinder da, so werden all die Verbote nicht nur von jedem einzelnen übertreten, sondern die Kleinen geraten, da sie eben nicht spielen und herumtreiben dürfen, wie es ihrem Alter angemessen wäre, immer wieder miteinander in Streit, so dass die unablässig in ihrer Arbeit gestörte Mutter des Jammerns, Zankens und gelegentlichen Zuschlagens kein Ende findet. Selbst die begabteste und geübteste Pädagogin wüsste sich unter solch schwierigen Verhältnissen nicht zu helfen.

Noch weniger als den kleinen Kindern kann aber die Arbeiterfrau den heranwachsenden eine wirkliche Erzieherin sein. Gewöhnlich ersehnt sie den Tag, an dem ihr Ältestes gross genug sein wird, um ihr etwas von ihren Mühen abnehmen zu können, und wenn dieses Älteste gar ein Mädchen ist, dann kommt der Tag sehr früh heran, an dem es für reif befunden wird, einen Teil der schweren Bürde auf seine zarten Schultern zu nehmen. Dann ist es für das sechs- oder siebenjährige Kind schon vorbei mit der Sorglosigkeit, oft der einzigen von allen Kindheitsfreuden, die es bis dahin genossen hat. Verantwortungen werden ihm auferlegt, denen es nicht gewachsen ist, Mühen, die es in seiner Entwicklung schädigen.

Dass auch der Mann in einer solchen Häuslichkeit kein Behagen findet und nur zu oft seinen Abend und Sonntag an jedem anderen Ort lieber verbringt als im Kreise der Seinen, wo die Klagen eines abgehärmten, nicht selten verbitterten Weibes ihm ins Herz schneiden, ohne dass er helfen könnte, das Lärmen unerzogener Kinder seine von der Arbeit ermüdeten Nerven peinigt und die Enge und Hässlichkeit der ganzen Umgebung seine Sinne misshandelt, kann man begreifen.

Trotz alledem ist die organisierte Arbeiterschaft bis heute noch nicht daran gegangen, dem häuslichen Jammer des Proletariats direkt an den Leib zu rücken. Wenn sie aber nun anfängt sich Wohnhäuser zu erbauen, so müssen sich uns die Fragen aufdrängen: Sollen wirklich in diesen Häusern dem alten häuslichen Jammer der besitzlosen Klasse neue Heimstätten errichtet werden? Soll dort die gleiche Vergeudung von Kraft und Material vor sich gehen wie in den traurigen Wohnhöhlen, die das private Kapital den Arbeiterfamilien bietet? Sollen auch dort in zwanzig engen Küchen auf zwanzig kleinen Herden zwanzig dünne Suppen brodeln, darüber auf zwanzig Wäscheleinen flüchtig gereinigte Windeln, Kinderhemden und Abwischtücher trocknen und die Zeit und Kraft von zwanzig abgeplagten Weibern schmählich missbraucht werden?

Oder wäre es nicht vielmehr an der Zeit, dass die Arbeiterschaft auch hier an die Erfüllung einer Kulturmission schreiten würde, die ihr sicher keine andere Klasse abnehmen wird und dass sie im Kampfe gegen die Wohnungsnot zugleich Sturm liefe gegen Einrichtungen, durch die die Wohnungsnot noch unendlich verschärft wird, gegen die herrschende, unrationelle und kulturwidrige Form der proletarischen Hauswirtschaft?

Die finanziellen Schwierigkeiten der so notwendigen Reform mögen für die erste Zeit nicht unbedeutend sein, dass sie sich als unüberwindlich erweisen sollten, ist ganz ausgeschlossen. Es ist nicht möglich, dass die Zusammenfassung einer grösseren Anzahl unrationeller und stümperhaft betriebener Wirtschaften zu einer rationell und sachkundig geleiteten nicht bedeutende Ersparnisse an Kraft und Material ergeben

würde, die dazu verwendet werden könnten, die Lebenshaltung aller Beteiligten wesentlich zu heben.

Wenn in einem grösseren Wohnhaus oder der ländlichen Ansiedlung einer Arbeiter-Baugenossenschaft eine grosse Zentralküche errichtet würde, in die die Konsumgenossenschaft tadellose Lebensmittel zu liefern hätte, die durch gut geschultes Küchenpersonal rationell verarbeitet würden, so könnte gewiss zu dem gleichen Preis, den heute die Arbeiterfrau für Lebensmittel, Brennmaterial und Abnützung des Hausrates bezahlen muss, nahrhaftes und wohlschmeckendes Essen auf den Tisch der Familie geliefert werden. Die Wäsche müsste in der genossenschaftlichen Wäscherei gereinigt, gebügelt und ausgebessert werden. Zentralheizung, Badeeinrichtung, elektrisches Licht, Vakuumcleaner u. s. w. würden die häuslichen Arbeiten auf ein ganz geringes Mass herabsetzen, das, wenn alle Familienglieder zugreifen, ohne Mühe erledigt werden könnte.

Dann würde die Wohnung, von Schmutz und Unordnung befreit, nur mehr der Ruhe, dem Behagen und den wahren Freuden des Familienlebens dienen, die heute dem grössten Teil der Arbeiterschaft noch unbekannt sind. Es müsste aber auch von der Baugenossenschaft dafür gesorgt werden, dass geeignete Räume vorhanden seien, wo die Kinder des Hauses oder der Ansiedlung durch einen grossen Teil des Tages gemeinsame Beaufsichtigung und Erziehung durch bewährte Kräfte geniessen können.

Ein Kindergarten und ein Jugendhort für schulpflichtige Kinder müssten Platz finden, deren Leitung in Oesterreich der Verein der Kinderfreunde sicher gern übernehmen würde. Um wieviel besser könnte es da um die Erziehung der Kinder bestellt sein als gegenwärtig, wo nur zu oft eine gequälte, verdrossene Mutter, deren natürlicher Instinkt durch den Zwang der Not misshandelt und abgestumpft ist, kaum je Zeit findet, zu sich zu kommen und noch viel weniger über die geistigen und seelischen Bedürfnisse ihrer Kinder nachzudenken, deren leibliche Bedürfnisse sie mit aller Mühe kaum befriedigen kann.

Dem schreienden Uebelstand, dass gerade die bedeutungsvollste und schwierigste Aufgabe, die die Gesellschaft zu erfüllen hat, die Erziehung der neuen Generation, wahllos auch den dazu ungeeignetsten Personen überlassen wird, könnte zunächst in den Häusern der Arbeiter-Baugenossenschaft abgeholfen werden. Je mehr dieses Beispiel in weiteren Kreisen Nachahmung fände, um so fester würde sich das Band zwischen Eltern und Kindern knüpfen. An die Stelle erzwungenen und quälenden Zusammenseins würde dann bald freiwillige Gemeinsamkeit bei geistigem Streben, Erholung und Genuss der Feiertage treten.

Heute blicken viele Proletarier neidvoll auf das Familienleben im Bürgertum, aber befreit von dem Druck der schwersten Not, von der die hauswirtschaftliche Misere einen so wesentlichen Teil bildet, könnte die Arbeiterklasse gerade auf diesem Gebiet die Bourgeoisie sehr bald überholen. Das bequemere Leben, das der wohlhabenderen Mittelklasse vergönnt ist, führt allerdings sehr oft zu einer gewissen Friedfertigkeit, die, verbunden mit geschliffenen Umgangsformen, einen sicher nicht zu unterschätzenden Faktor für ein gemütliches Familienleben bildet. Es kann aber nicht geleugnet werden, dass sich innerhalb der bürgerlichen Familien trotzdem immer schroffere Gegensätze fühlbar machen und die Kluft zwischen Eltern und Kindern immer weiter wird.

Die Bourgeoisie als eine im Niedergang begriffene Klasse hat ihrer Jugend keine begeisternden Ideen mehr zu überliefern, wodurch sie die geistige Fühlung mit ihr verliert. Nichts als die armselige Weisheit der Profitmacherei, Stellen- und Mitgiftjägerei hat der Vater nur zu oft dem Sohn, nichts als die abgebrauchten Intrigen bei der Jagd auf den Mann die Mutter der Tochter zu vermitteln, wobei noch in der Regel von den Eltern ganz verkannt wird, wie rasch sich die Bedingungen des wirtschaftlichen Prosperierens in unserer Zeit ändern. Kein Wunder, dass gerade die besseren Elemente in der bürgerlichen Jugend auf die ältere Generation mitleidig herabblicken oder sich gegen deren Bevormundung trotzig auflehnen und das Bedürfnis nach gemütlichem Zusammenhang mit der Familie immer schwächer empfinden.

Unterdessen aber haben sich breite Schichten des Proletariats aus der Kulturlosigkeit und geistigen Verkümmern gerettet, mit der sie der Kapitalismus bedroht. Diesen leuchtet ein hohes Ziel voran, für dessen Erreichung sie Opfer bringen. Diese

Opfer werden dankbar anerkannt von der heranwachsenden Generation, die dem gleichen Ziel zustrebt und genau weiss, dass sie dabei der Führung und Hilfe der älteren Generation nicht entraten kann. So bietet der Befreiungskampf des Proletariats für die Gesundung und eine neue edle Blüte des Familienlebens die besten Bedingungen, die man diesem nur wünschen kann.

Gebt dazu den klassenbewussten Arbeitereltern Musse und Gelegenheit zu innerer Sammlung, deren insbesondere die proletarische Hausfrau noch in so furchtbarem Masse entbehren muss, und sie werden ihren Kindern so fürsorgliche Freunde und zielsichere Berater sein können, wie es den Eltern der bürgerlichen Klasse nur selten mehr möglich ist. Dabei mögen sie ruhig die pädagogische Detailarbeit geschulten und geübten Kräften überlassen, hochbefriedigt ihren Kindern das geben zu können, was immer das wichtigste in der Erziehung bleiben wird: das lebendigwirkende Sittengesetz, wie es in den Handlungen des täglichen Lebens zur Geltung kommt.

Gegen die vorgeschlagene Umwälzung liesse sich vielleicht einwenden, dass die Befreiung der Arbeiterfrauen von der Bürde der Hauswirtschaft und Kinderpflege ein Zuströmen bisher nicht gewerbstätiger Frauen zu den proletarischen Berufen veranlassen müsste, welches das Angebot auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und dadurch den Lohnkampf des Proletariats erschweren würde. Darauf wäre zu erwidern, dass die Segnungen der neuen Einrichtung zunächst ja nur wenigen Familien zugute käme, deren Zahl nur ganz allmählich steigen könnte, so dass die Zahl der freigewordenen Kräfte auf dem Arbeitsmarkte kaum zu verspüren wäre, dass ein Teil dieser Kräfte aufgewogen würde durch die Zahl derer, die in den Genossenschaftshäusern Verwendung fänden als Maschinen-, Küchen- und Wäschereipersonal, als Kinderpflegerinnen u. s. w., dass endlich die gesunde, leistungsfähige Frau höhere Lohnforderungen durchzusetzen imstande ist und dadurch aufhören wird, der Männerarbeit Schmutzkonkurrenz zu machen, und dass es schliesslich niemals die Sache der organisierten Arbeiterschaft sein kann, den technischen Fortschritt zu hemmen, der ja auf allen Gebieten gleichbedeutend ist mit dem Freiwerden menschlicher Arbeitskraft. Wenn wir dagegen unsere Aufgabe darin erblicken, der Arbeiterklasse möglichst viel von den Vorteilen zu erkämpfen, die der technische Fortschritt der Menschheit bringt, so muss wohl zugegeben werden, dass dieser auf keinem anderen Gebiet dem Proletariat so unmittelbare Vorteile sichern kann als auf dem des häuslichen Lebens.

Der Arbeiterfrau einen Teil ihrer schweren Bürde abnehmen, hiesse nicht nur die weibliche Hälfte des Proletariats vor der schlimmsten Ausbeutung retten, sondern das Leben der ganzen Klasse zu einem gesünderen und würdigeren gestalten und nicht in letzter Reihe auch die Kampffähigkeit der Arbeiterschaft um ein gewaltiges steigern.

So wie die Arbeiterin infolge ihrer Ueberbürdung mit häuslicher Plage in ihrer gewerblichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird und dadurch minderbefähigt ist, im Lohnkampf zu bestehen, so wird es ihr durch die gleiche Plage auch unmöglich gemacht, im gleichen Masse wie der männliche Arbeiter Wissen und geistige Freiheit zu erlangen und ihren Platz in der sozialdemokratischen Bewegung auszufüllen.

Nur durch eine energische Umgestaltung der proletarischen Hauswirtschaft könnte endlich die Arbeiterfrau aus einem hemmenden zu einem treibenden Faktor der sozialen Entwicklung werden.

Franz Diederich (Dresden): Die Organisierung der Bücherkäufer

Da die Bewegung des Kapitalismus sich nach den Wirkungen des Kampfes um den grössten Profit vollzieht, mussten Buchhandel und Volksbildung notwendigerweise in Konflikt geraten. Seit Jahren liegen beide in Fehde, und alle Kräfte der wirtschaftlichen Revolution haben daran teil. In der Buchproduktion sind maschinelle Energien entfesselt worden, die zu einer Massenproduktion von ungeheuerem Umfang geführt

haben, und in den Massen der Bevölkerung bewegt sich das Buchbedürfnis ebenso in aufsteigender Linie. Diese Vorgänge haben dem Büchermarkt die Form, die er einst hatte, genommen. Das Monopol der alten, lange Zeit allmächtigen Organisation des deutschen Buchhandels besteht nicht mehr. Die Massenproduktion hat es aufgehoben, und zwar die Produktion für die millionenköpfigen unteren Schichten der Gesellschaft, die ein besonderes Kapitel innerhalb der Massenproduktion des Büchermarkts darstellt. Diesen Schichten gegenüber versagte das System des alten Buchhandels, das im Buchladen des Sortimenters seine Verbindung mit dem Buchkäufer geschaffen hatte. Der Buchladen, der seinen Käufer erwartete und nach aussen hin über die stillen Werbemittel der Schaufensterausstellung nicht hinausgehen mochte, genügte dem bürgerlichen Bedürfnis und entsprach seiner geistigen Bildung und seinem Geschmack. Wer aber die breite Masse gewinnen wollte, durfte sich nicht aufs Warten legen, er musste sie aufsuchen, wo sie hauste, und die Künste händlerischen Ueberredens spielen lassen. So trat neben den Buchladenhandel der Kolportagebuchhandel, der auf einem unabsehbaren, sich immer mehr ausdehnenden Felde gedieh und die Grundlagen einer eigenen starken Organisation fand.

Der alt eingewurzelte bürgerliche Buchhandel sah sich einer Masse von Einzelkäufern gegenüber, die er gelegentlich zu vorübergehend existierenden Abonnentenverbänden zusammenschloss. Die Entwicklung des Zeitschriftenwesens erst gab diesen Verbänden mehr Dauer, und dies System hat nun wieder der Kolportagebuchhandel bis zu den äussersten Möglichkeiten hin entfaltet und ausgebeutet. Ein wichtiges Merkmal dieser Verbände ist, dass die Käufermasse von den Verlegern und Händlern geistig ins Schlepptau genommen wird. Der Geschmack der Masse wird zum Spekulationsobjekt und so zum Mittel, die Masse von den Profitzwecken des Händlers abhängig zu machen. Die Käufer treten zwar als Schicht der Bevölkerung, aber doch ohne eigenen Willen mit dem Händler in Verbindung. Hier aber setzt nun eine neue Bewegung ein: die Käufermasse organisiert sich und tritt an den Buchhandel mit bestimmt formulierten geistigen Wünschen heran. Diese Bewegung ist erwachsen auf dem Boden der neuen Volksbildungsbestrebungen, die in den letzten zwei Jahrzehnten eine Macht geworden sind. Sie ist keine isolierte Erscheinung: für einen Zusammenschluss der Käufer als Gegenwehr gegen das Angebot minderwertiger Waren wird auch sonst in der Welt des Kaufmanns gekämpft. Aber grosse Wirkungen hat dieser Kampf bisher nur auf dem Büchermarkt gezeitigt. Bahnbrechend und vorbildlich haben Vereinigungen deutscher Volksschullehrer Hand ans Werk gelegt, und ihre Arbeit hat grosse Kreise gezogen. Was der Buchhandel auf den Markt warf, wurde pädagogisch abgemessen und in seinem Umlauf je nach dem erziehlichen Wert gehemmt oder gefördert. Entscheidende Wirkungen traten aber erst ein, als die Lehrerschaft und dann Bildungsvereine, die ihr Beispiel aufnahmen, anfangen, Bücher, die ihren Zielen entsprachen, anzuregen und selbst zu veröffentlichen. Verleger, die ihren Wünschen idealgesinnt folgten, haben sich bald gefunden; aber der alte Buchhandel verhielt sich abgeneigt. Er befand die Bücherlisten der Prüfungsausschüsse deutscher Lehrerschaft offen und mehr noch im stillen. Das Buch, das unlängst Hans Brunckhorst, der Nachfolger Heinrich Wolgasts in der Leitung der „Jugendschriften-Warte“, über „Grundsätzliches und Praktisches von der Verbreitung guter, billiger Jugend- und Volkslektüre“ veröffentlichte*, bringt eine Menge bemerkenswert beleuchtender Angaben über die Art der Befehdung. Der Kampf hat sich so entwickelt, dass man sagen darf, der Kolportagebuchhandel, der sich auf das Hausangebot und den kleinen Papierladen in den Stadtteilen der Masse stützt, folge heute den Anregungen und verlegerischen Leistungen der mit pädagogisch einwandfreien Bücherlisten arbeitenden Kreise williger als der Buchhandel der Sortimenter. Der sucht seine ablehnende Haltung im Prinzip immer noch beizubehalten, aber die Art, wie er heute sein Verhalten verteidigt, zeigt doch auch, dass er sich in seiner Haut keineswegs mehr sicher und ganz gewiss nicht gemächlich fühlt.

Das Aufschnellen der fabrikmässigen Bucherzeugung heizte den Arbeitsofen derer, die innerhalb der Masse des Fragwürdigen und unzweideutig Wertlosen das gute Buch

* Zu beziehen durch den Verlag von Ernst Wunderlich, Leipzig. Preis 50 Pfg.

zur Geltung bringen wollten, indem sie es durch eine Auslese sichtbar machten oder überhaupt erst neuschufen. Die Massenproduktion trieb sie gegen sich auf den Kampfplatz, arbeitete ihnen aber auch in die Hände. Sie machte das wohlfeile, gute Buch erst recht möglich. Wohlfeile Bücher mit wertvollem Inhalt gab's natürlich schon früher: die bekannten Bibliotheken von Meyer, Reclam, Hendel mit ihren Nummerpreisen von zehn, zwanzig, fünfundzwanzig Pfennigen bezeichnen einen ersten Zeitabschnitt des wohlfeilen Buches. Sie sind wahre Schatzkammern geistiger Grossarbeit und unermesslicher Segen ist von ihnen ausgegangen. Aber sie sind mit ihren vielen Tausenden von Heften ein Labyrinth geworden, in dem sich zwar der Literaturkundige, nicht aber das Individuum der breiten Masse zurechtfindet. Es fehlt der Organisation dieser Bibliotheken das Element der Führerschaft, das diese Masse braucht; es fehlt ihrer ganzen Anlage so sehr, dass sich's nachträglich nicht mehr hineinbringen liess, und wäre das im Anfang Versäumte leicht nachzuholen, so wäre es sicher inzwischen geschehen. Die Reformen, die diese Bibliotheken in neuerer Zeit erlebt haben, beziehen sich nur auf Aeusseres: auf Satz, Papier und Umschlag. Bezeichnend genug. Das Merkmal der neuen Bibliotheken, die dem alten Buchhandel so lange ein Dorn im Auge waren, besteht aber gerade in ihrer führenden Eigenschaft. Mit der Sorge für das Kindesalter setzte die Arbeit ein. Wolgast formte das Schlagwort vom Elend der Jugendliteratur. Und heute zeigt der Kampf gegen die Schundliteratur an, dass die Arbeit sich nun auf alle Lebensalter bezieht. Parallel mit dieser Entwicklung vollzog sich die Neugestaltung des Buches der belehrenden Bildung, das über den abstrakt-trockenen Leitfaden zum Buch erlebten Wissens hinaufwollte. Soziale Notwendigkeiten, Entfaltungen der Massenpsyche bewiesen in diesen Erscheinungen ihre schaffende Kraft. Sie betreffen nicht bloss die proletarische Masse, an die zuerst zu denken war. Der ganze Gesellschaftskörper ist hier in Bewegung. Das Bedürfnis, das befriedigt werden muss, brennt wohl am stärksten in den unteren Schichten der Gesellschaft, die emporwollen, aber der Brand ist allgemein, und das kommt auch darin zum Ausdruck, dass der Sortimenterbuchhandel sich ersichtlich bemüht, das bisher beliebte Löschen mit Oel durch eine weniger törichte Methode zu ersetzen. Der alte bürgerliche Buchladen kann sich dem neuen Bedürfnis nicht mehr entziehen; es dringt in seine Räume ein und fordert sein Recht. Das wohlfeile Buch, das seine Käufer in den für teure Bücher zahlungsfähigen Schichten sucht und hat, ist entstanden und braucht als Massenfabrikat einen Massenabsatz, und den erzielt man nicht, wenn nicht auch die Masse für den alten Buchladen gewonnen wird.

Wie die Dinge zur Zeit stehen, lässt sich schliessen aus einem Aufsatz, der im Sommer dieses Jahres mehrere Nummern des „Börsenblattes für den deutschen Buchhandel“ in Anspruch nahm. Der Aufsatz ist betitelt: „Das billige Buch“ und sein Kern ist eine Polemik gegen die verlegerische und buchhändlerische Tätigkeit der Bildungsvereine. Denen wird bedeutet: Was wollt ihr? Der deutsche Buchhandel war längst vor euch auf dem Plan der Bildungsarbeit durch wohlfeile, gute Bücher. Ein vor Jahrzehnten gefallenes Wort des alten Meyer wird nachdrücklichst aufgefrischt und dann wird vorgerechnet, was der deutsche Verleger seither getan: dass er seine Arbeit weitergeführt habe und dass die Vereinsverlegerschaft schliesslich doch nicht gegen seine durch wichtige Hilfsquellen sehr erleichterte Arbeit aufkommen könne. Das Gesagte wird dann in folgender interessanten Auslassung zusammengefasst: „Die Wege des Verlagsbuchhandels bewegen sich in der gleichen Richtung wie die der Bildungsvereine; eine Verständigung liegt gewissermassen in der Luft und es wäre wohl am besten, wenn alle Meinungsverschiedenheiten einmal durch eine offene Aussprache friedlich und scheidlich beseitigt würden. Wenigstens für das Volk selbst und für die Frage der Volksbildung wäre es am besten, wenn diese einzig richtige Taktik befolgt werden könnte. Es wäre dann auch Gelegenheit gegeben, die Stellung zu erörtern, die das vielgeschmähte Sortiment zu diesen Dingen einnimmt. Der Handel macht dem Buchhändler den Vorwurf, dass er zu wenig kaufmännisch handle und denke, das Publikum, dass er die Interessen der Allgemeinheit hinter die eigenen stelle. Was soll nun der Sortimenter tun? Ist er Ideologe, so verspottet ihn der Kaufmann, ist er Kaufmann, so empört sich die Lehrerschaft und das Publikum darüber. Ob und wie er mit seiner Familie das nötige Auskommen findet, danach fragt niemand. Philanthropisch richtig wäre vielleicht,

wenn er alle Kollektionen und Kollektionchen vorrätig hielte, kaufmännisch aber ein grober Fehler. Man vergesse nicht: erstens ist er vermöge seines bibliographischen Handapparates fast immer imstande, nicht vorrätige Bücher auf denkbar schnellstem Wege zu besorgen; zweitens gibt es keinen Ladenraum auf der Welt, wenigstens keinen erschwinglichen, in dem er alle Bücher, die das Publikum verlangt und die die Verleger vertrieben wissen wollen, unterbringen könnte. Den von den Bildungsvereinen neuerdings angewendeten neuen Vertriebsformen (Gefälligkeitskolportage u. s. w.) braucht er nicht feindlich gegenüberzustehen; schliesslich werden diejenigen Leute, deren Leselust auf diese Art geweckt worden ist, auch einmal den Weg zu ihm finden. Mit einer feindlichen Stellungnahme den Bildungsvereinen gegenüber wird er nur sich selbst schädigen. Er darf natürlich die guten, billigen Bücher nicht aus seinem Vertrieb ausschalten und sollte davon immer ein ausgewähltes Lager haben. (Im „Börsenblatt“ gesperrt.) Dass übrigens die oft bemängelte Lethargie des Buchhandels gegenüber der Benutzung moderner Vertriebsformen zum grossen Teil ein Märchen ist, geht zum Beispiel daraus hervor, dass die Aufstellung der Reclamschen Bücherauswahlautomaten von ihm in energischer Weise angefasst wird. „Der Gedanke“, so urteilt die Schriftstellerin Ida Boy-Ed über den Bücherautomaten, „in seiner grossartigen Einfachheit ist förderlicher als die Tätigkeit all der vielen Vereine gegen die Schundliteratur.“ Das ist nun allerdings eine Charakteristik, die so übertrieben lobt, dass man notwendig annehmen muss, Ida Boy-Ed sei über die Tätigkeit besagter Vereine herzlich schlecht unterrichtet. Das Börsenblatt fährt dann fort: „Eine Gefahr ist aber für den Buchhandel in der Tätigkeit der Bildungsvereine zu erblicken: Wenn nämlich, wie es bereits vielfach von den Gesellschaften geschieht, die Besorgung aller Bücher angeboten wird, zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Vereinsmittel zu stärken, dann erwächst dem Buchhandel die unabweisbare Pflicht, die Existenz seiner Angehörigen mit allen verfügbaren Mitteln zu schützen. Diese Gefahr besteht nicht nur für das Sortiment, sondern in erheblichem Masse auch für den Verlag. Wenn sich einmal die Herstellung der billigen Schriften seitens der Bildungsvereine als nicht mehr lohnend herausgestellt haben wird und Publikationen in höheren Preislagen mehr Gewinn versprechen, dann werden aus den Vereinen und Gesellschaften Unternehmer, die auch die Existenz des zünftigen Verlegers bedrohen können.“

Diese Auslassung des Börsenblattes läuft im Grunde hinaus auf eine Verständigung über die Arbeit der Bildungsvereine u. s. w., die sich gegen die Bildungsvereine richten müsste, wenn sie den alten Buchhandel befriedigen soll. Seine erwiesene Unzulänglichkeit und Verfahrenheit, die offenbar immer empfindlicher hervortretende Schmälerung des Händlerinkommens öffnet dem Buchhandel die konservativ verklebten Augen nur zu einem verschlafenen Blinzeln. Er sieht der Bewegung, die ihm trotz ihrer angeblichen Konkurrenzunfähigkeit so schwarze, schwere Traumgesichte vermittelt, nur aufs Aeussere, nicht ins Herz. Sein Auge dringt nicht auf die soziale Strömung hinab, die den als so davidklein konterfeiten Gegner gegen sein Goliathgebaren so eindrucksvoll stark macht. Diese Kurzsichtigkeit wird dem Einlenken der Sortimenter den Weg zu bedeutenden Wirkungen versperren. Der Kampf erledigt sich nicht damit, dass die Buchhändler ihre Lager einer Auswahl der guten, billigen Bücher mehr als bisher öffnen. Er muss und wird in der Richtung auf den weiteren Ausbau der Organisation der Bücherkäufer fortgesetzt werden. Umfassender und durch Differenzierung auf Grund der Kulturschichtung der Massen vertiefter muss diese Organisation werden.

Sie differenziert sich schon heute im Anschluss an die Kulturschichtung. Das wachsende Vielerlei von Büchereiunternehmen mit wohlfeilen Preisen ist kein Zeichen von planloser Arbeit. Die Meinungen gehen über das, was gut und geeignet ist für solche Sammlungen, oft sehr auseinander. Auch die Abstimmungen der Prüfungsausschüsse deutscher Lehrerschaft, die in der „Jugendschriften-Warte“ mitgeteilt werden, sind in dieser Hinsicht lehrreich. Es gibt Unternehmen, die für alle Schichten sorgen möchten und natürlich vielen etwas bringen, und daneben entwickeln sich Unternehmen, die aus jenen Sammlungen nur einzelnes weiterverbreiten und für ihre Arbeit eine bestimmter umgrenzte Schicht ins Auge fassen. Kulturarbeit von Bedeutung leisten beide; sie sind aufeinander angewiesen und unterstützen einander. Was die Wiesbadener

Volksbücher mit ihrer Auslese wertvoller erzählender Dichtung gewirkt haben, wird aus allen Lagern willig anerkannt, ohne dass irgendwer das Unternehmen in allen einzelnen Teilen gelten lassen möchte. Ein Vergleich der von verschiedenen Seiten her geschaffenen Listen guten Lesestoffes wird das lehrreich beleuchten können. Er belehrt aber auch darüber, wie sehr man in den verschiedenen Lagern der Bildungsbewegung bemüht ist, alle einschlägigen Unternehmen des Buchhandels für die Suche nach Verwendbarem gelten zu lassen. Das beweist insbesondere auch die in der klassenbewussten Arbeiterschaft geleistete Bildungsarbeit. Sie beteiligt sich insofern besonders bemerkenswert am verständigen Weiterschreiten auf dem bisher beschrittenen Wege, als sie ihr Feld in einer schärfer abgegrenzten Kulturschicht sucht. Sie prüft alles bisher Geleistete und Gewonnene in allen Kategorien für ihren besonderen Zweck nach. Eigene Kinderbuchlisten entwickelt sie und eigene Auswahlen von Schriften für die Jugend und für die Erwachsenen. Wichtiges Neues, was auf dem Büchermarkt sichtbar geworden ist, hängt eng mit Wünschen zusammen, die sie aus ihrer intimen Kenntnis der literarischen Bedürfnisse und Kaufmöglichkeiten der proletarischen Masse öffentlich geäußert hat. Unternehmen der Verlage Scholz, Schaffstein, Janssen, Hillger münden hier ein, und die Bildungsarbeit der Arbeiterschaft hat ausserdem auf allen Gebieten bereits Hand angelegt, von sich selbst aus Buchwerke zu schaffen, die ihr notwendig scheinen und die auch kein Verleger sonst in der Form geben könnte, die ihr als vollkommene Lösung erscheint. Vom guten Jugendbuch reicht diese Arbeit bereits hinüber zum mustergültigen, belehrenden Bildungsbuch, wie die „Kleine Bibliothek“ des Dietzschens Verlages es in schnellem Vorwärtsschreiten entwickelt. Um den Leser der Masse für das gute und nicht nur für das wohlfeile gute Buch zu erobern, ist sie mit wachsender Umsicht und Wagemut drauf und dran, eigene Vertriebsformen auszusinnen und auszubauen. Die Organisation der Arbeitermassen, die politischen und wirtschaftlichen Zwecken dient, ist zum wichtigen Unterbau der weitgreifenden proletarischen Bildungsarbeit geworden. Hier haben wir in grossem Stile eine Entwicklung der Organisierung der Bücherkäufer. Eng ist ihre geistige Gemeinschaft mit den Verlagsunternehmen, die auf diesem Boden als eigene Einrichtung erwachsen sind, und fester mit jedem Jahre schliesst sich der Kreis von Millionen, die dem gesamten Buchhandel frei von Bevormundung seinerseits und mit überlegt geäußerten Käuferwünschen gegenüberstehen. An dem inneren Leben dieser gewaltigen Organisation könnte der bürgerliche Sortimenter lernen, was die Glocke der Zeit geschlagen hat.

Bücherschau

Marx-Literatur

Der wissenschaftlichen Fortbildung des Marxismus haben die letzten Jahre eine neue Aufgabe gestellt: die reichen Schätze zu heben, die uns das Erscheinen der „Theorien über den Mehrwert“ erschlossen hat. Ein dankenswerter Beitrag zur Lösung dieser Aufgaben ist die von Karl Koepp verfasste Studie über Thomas Hodgskin*. Man erinnert sich noch der Behauptungen Anton Mengers und Lujo Brentanos, dass Marx seine ganze Mehrwertlehre von englischen Sozialisten der Zwanzigerjahre abgeschrieben habe. Heute wissen wir aus den „Theorien über den Mehrwert“, dass Marx selber die Entwicklung der Mehrwertlehre nicht nur bis Hodgskin und Thompson, sondern anderthalb

Jahrhunderte weiter bis Petty (1662) verfolgt, ihre Elemente schon bei den Vorgängern der Physiokraten aufgesucht, ihre geschichtliche Entwicklung von den Anfängen der Oekonomie bis in seine Zeit selber dargestellt hat. War es schon früher klar, dass Menger und Brentano nicht verstanden haben, wodurch sich Marxens Mehrwertlehre von der seiner englischen Vorgänger unterschied, so wissen wir heute überdies, dass, was Menger und Brentano für eine Entdeckung der englischen Sozialisten aus Ricardos Schule hielten, in Wirklichkeit ungleich älter war. Die lächerliche Beschuldigung, Marx habe Hodgskin oder Thompson ihr geistiges Eigentum gestohlen, ist also heute nur darum noch interessant, weil sie anschaulich macht, wie wenig die bürgerliche Oekonomie von ihrer eigenen Geschichte weiss. Dagegen hat uns Marx selber in den „Theorien über den Mehrwert“ gezeigt, dass Hodgskins Lehre in der Tat eine Stufe in jenem grossen Entwicklungsgang der Mehrwertlehre darstellt,

* Karl Koepp, Das Verhältnis der Mehrwerttheorien von Karl Marx und Thomas Hodgskin. „Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte“, herausgegeben von Karl Grünberg, 6. Heft, Wien, Konegen 1911.

die mit Petty beginnt und, von einer Stufe der Erkenntnis zur anderen aufsteigend, schliesslich in Marxens „Kapital“ ihren Gipfel erreicht. Darum verdient eine Gegenüberstellung der Lehren Hodgskins und Marxens auch heute noch Interesse; muss sie doch zeigen, welchen Fortschritt die Wissenschaft in dem Bemühen, die wirtschaftlichen Erscheinungen zu begreifen, von Hodgskin bis Marx gemacht hat.

Leider ist die Methode, deren sich Koepp bedient, sehr unvollkommen. Vorerst verzichtet er ganz darauf, zu untersuchen, wie Hodgskin durch die Klassenkämpfe seiner Zeit bestimmt war. Wir werden dieser Lücke um so mehr gewahr, weil gerade in jüngster Zeit durch die ausgezeichneten Forschungen des Genossen Pumpiansky erhellt wurde, wie in dem „Sozialismus“ der Zwanziger- und Dreissigerjahre kleinbürgerlicher und proletarischer Antikapitalismus nebeneinanderflossen*. Wäre Koepp diesen Zusammenhängen nachgegangen, dann hätte er feststellen müssen, dass auch Hodgskin, obwohl er als Verteidiger der Lohnarbeiter gegen die Kapitalisten auftritt, doch dem Ideal des vom Kapital bedrängten Handwerkerturns zustrebt. Seine Hoffnung ist die Klasse, deren Mitglieder „zugleich Arbeiter und Kapitalisten sind“ (Seite 271), sein Ideal der Zustand, in dem dem Arbeiter selbst das Kapital gehört (Seite 78). Dagegen sieht er nur die Schäden, nicht die geschichtlich umwälzende Rolle der Akkumulation des Kapitals (Seite 80). Hodgskins Sozialismus ist also kleinbürgerlich. Weil Koepp dies nicht feststellt, wird ihm der Gegensatz, in dem dieser kleinbürgerliche Sozialismus zu dem proletarischen Kommunismus Marxens steht, nicht deutlich sichtbar.

Ebensowenig stellt Koepp die Wandlung des theoretischen Interesses an der Mehrwertlehre dar. Hodgskin ist sie ein Mittel, zu zeigen, dass „das Kapital keinen berechtigten Anspruch auf einen Anteil an dem Produkt des Arbeiters hat“ (Seite 235). Diese Folgerung geht aus seiner ganzen Auffassung hervor, die durchaus naturrechtlich ist: das Naturrecht dem positiven Recht gegenüberstellt. Marx dagegen lehnt, wie das Naturrecht überhaupt, so auch jede naturrechtliche Folgerung aus der Mehrwertlehre ab. Sie ist ihm nur ein Mittel, die ökonomischen Tatsachen wissenschaftlich zu begreifen, die Bestimmung von Preis und Profit, Arbeitslohn und Unternehmergeinn, Kapitalzins und Grundrente zu erklären. (Vergleiche Engels' Vorwort zum 2. Band des „Kapitals“, Seite XIX, und zum „Elend der Philosophie“, Seite IX.) Auch dieser entscheidende Gegensatz verschwindet in Koepps Darstellung.

Koepp begnügt sich damit, die einzelnen Lehren Hodgskins und Marxens über Arbeit und Wert, Kapital und Mehrwert miteinander zu vergleichen. Dieser Vorgang ist nicht ungefährlich. Denn da Hodgskins Lehren weniger entwickelt sind und in einem weniger durchdachten Zusammen-

hang miteinander stehen, muss Koepp, um sie mit Marxens Lehren überhaupt vergleichen zu können, Hodgskins Andeutungen zu Lehrensätzen fortbilden und Hodgskins zusammenhanglose, oft einander widersprechende Bemerkungen systematisch vereinigen. So muss er, wie er selber gesteht, Hodgskin ein System der politischen Oekonomie unterschieben, von dem Hodgskin selber nichts gewusst hat. (Seite 101.) Dieses Verfahren mag zeigen, wie viel von dem durch Marx entwickelten System bei Hodgskin schon im Keime enthalten war; aber da Koepp eben, um den Vergleich durchführen zu können, die Keime schon bei Hodgskin als entwickelt annehmen muss, verleitet er zu einer masslosen Ueberschätzung des englischen Sozialisten. Da Koepp überdies auch nicht scheidet, was Hodgskin selbst gefunden und was er nur von seinen Vorgängern übernommen hat, erscheint Hodgskins Anteil an der Fortbildung der Wissenschaft in dieser Darstellung viel grösser, als er in Wirklichkeit war. Die Darstellung Hodgskins, die Marx selber in den „Theorien“ gegeben, wird Hodgskin gerecht, ohne doch zu solcher Uebertreibung zu verleiten.

Trotz dieser Mängel, die aus der Methode Koepps hervorgehen, verdanken wir seiner sehr fleissigen Arbeit eine Bereicherung unseres Wissens über die Vorgeschichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Seiner Darstellung sind einige Schriften Hodgskins in deutscher Uebersetzung angeschlossen: neben der „Verteidigung der Arbeit gegen die Ansprüche des Kapitals“, die nun schon zum zweitenmal in die deutsche Sprache übertragen wurde*, auch einige bisher in deutscher Sprache nicht veröffentlichte kleinere Schriften des englischen Sozialisten.

Eine zweite Arbeit, die sich ebenfalls auf die „Theorien über den Mehrwert“ stützt, ist Theodorows Doktor-Dissertation „Zur Frage der produktiven und unproduktiven Arbeit“**. Sie handelt von zwei scharf zu unterscheidenden Fragen. Die erste Frage lautet: Welche Arbeit dürfen wir produktiv nennen? Jede Arbeit, die Gebrauchswerte erzeugt? Oder nur diejenige, die Werte bildet? Oder schliesslich nur diejenige, die Mehrwert produziert? Erst wenn diese erste Frage beantwortet ist, kann die zweite gestellt werden: Welche der in der Gesellschaft geleisteten Arbeiten besitzen diejenigen Merkmale, die wir als Merkmale der produktiven Arbeit festgestellt haben? Wenn wir zum Beispiel nur die Mehrwert erzeugende Arbeit produktiv nennen, ist dann auch die Arbeit des Handlungsgehilfen, des Briefträgers, des Volksschullehrers produktive Arbeit?

Der Streit um die Beantwortung der ersten Frage erscheint zunächst bedeutungslos. Handelt es sich doch bloss um eine Benennung! Denn es ist offenbar gar keine neue Erkenntnis damit gewonnen, wenn ich mich entschliesse, bloss die Mehrwert bildende Arbeit produktiv zu nennen. Man könnte ebenso gut jede Arbeit, die Gebrauchswerte erzeugt, produktiv nennen, wenn

* Pumpiansky, „Die Kooperation und der Sozialismus in England in den Zwanziger- und Dreissigerjahren“. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, herausgegeben von Karl Grünberg. II. Jahrgang, Seite 330 ff. — Pumpiansky, „Zur Geschichte der Anfänge des englischen Trade-Unionismus“. Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit“, August 1912.

* Das erstemal von Raffel. Herausgegeben in den „Hauptwerken des Sozialismus und der Sozialpolitik“ von Georg Adler, Leipzig 1909.

** Theodorow, „Zur Frage der produktiven und unproduktiven Arbeit“. Berner Inaugural-Dissertation. Münsingen, Druckerei Fischer 1912.

nur festgehalten würde, 1. dass die kapitalistischen Revenuen nicht aus allen so bestimmten produktiven Arbeiten, sondern nur aus den Mehrwert erzeugenden abzuleiten sind und 2. dass der Kapitalismus die Tendenz hat, alle produktive Arbeit in Mehrwert erzeugende zu verwandeln. Der ganze Streit fällt also offensichtlich in das Reich der Terminologie. Dass auch Marx diese Frage der Benennung mit so grossem Eifer erörtert hat, ist nur historisch zu erklären.

Schon vor der klassischen Periode der politischen Oekonomie hat jede Klasse nur ihre Arbeit für produktiv erklärt, ihre Klassegegner als Verzehrer des Ertrages fremder Arbeit hingestellt. Der Streit der Ökonomen um den Begriff der produktiven Arbeit war also ein Spiegelbild der Klassenkämpfe ihrer Zeit. In diesem Streite hatten schon die Klassiker den Gedanken entwickelt, es könne nur die Mehrwert erzeugende Arbeit als produktiv in dem der kapitalistischen Gesellschaft eigentümlichen Sinne aufgefasst werden; denn der Mehrwert ist der Fonds, aus dem die Einkommen aller besitzenden Klassen fließen. Diese Auffassung hat Marx übernommen, denn sie entsprach seinem Bestreben, die Produktion nicht als Gütererzeugung schlechthin, sondern — in ihrer geschichtlichen „Formbestimmtheit“ — als kapitalistische Produktion darzustellen. Darum hat er den Begriff der produktiven Arbeit nicht der „natürlichen Kategorie“ der Gebrauchswerte erzeugenden Arbeit, sondern der „historischen Kategorie“ der Mehrwert bildenden Arbeit gleichgesetzt. Zugleich aber konnte er die Begriffsbestimmung seiner Vorgänger nicht unverändert übernehmen. Adam Smith hatte nämlich die kapitalistische Akkumulation mit der Vermehrung der produktiven, die Konsumtion des Mehrwertes mit der Verwendung unproduktiver Arbeiter gleichgesetzt. Auch dies ist geschichtlich zu verstehen: es ist die Bourgeoisie, die, indem sie den kapitalistischen „Genuss der Akkumulation“ der feudalen „Akkumulation der Genüsse“* gegenüberstellt, sich rühmt, nicht die Zahl der Lakaien, sondern die Zahl der produktiven Arbeiter zu vermehren. Marx aber musste diese Gleichsetzung aufheben, um zu beweisen, dass die Zahl der produktiven Arbeiter langsamer wächst als das Kapital. Denn dieser Nachweis ist die Voraussetzung einerseits seiner Lehre von der industriellen Reservearmee, anderseits seiner Erklärung des Sinkens der Profitrate. In den „Theorien“ ist die ganze Auseinandersetzung über den Begriff der produktiven Arbeit zunächst von diesem Interesse beherrscht. Hat Marx von Smith den Satz übernommen, dass produktive Arbeit solche sei, die sich unmittelbar mit Kapital (nicht gegen Revenue) austauscht, so zunächst, um gegen Smith zu beweisen, dass sich Kapital nicht nur mit Arbeit, sondern auch mit Kapital austauschen kann. Dann aber ist er, über Smith hinausgehend, dazu vorgeschritten, festzustellen, dass auch Arbeit, die sich gegen Kapital austauscht, nicht produktiv in diesem Sinne sein muss. Sie ist es nämlich nicht, sofern sie „nur der Formverwandlung der Ware entspringt“, also nicht im Produktions-, sondern im Zirkulationsprozess gebraucht wird. Das theoretische Interesse an dieser Unterscheidung

ist das, dass sie einerseits den historischen Gegensatz des industriellen Kapitals gegen das Waren- und Geldhandelskapital klarstellt, also die geschichtliche Bedeutung der Ausdehnung des industriellen auf Kosten des Handelskapitals erhellt; anderseits aber die „falschen Kosten“ der kapitalistischen Produktionsweise aufdeckt, indem sie zeigt, dass die Tatsache, dass die Güter als Waren erzeugt werden, Arbeiten notwendig macht, die den Reichtum der Gesellschaft nicht vermehren.

Theodorow ist es nicht gelungen, Marxens Untersuchung des Begriffes der produktiven Arbeit in diesen geschichtlichen Zusammenhang zu stellen. Es ist ihm gerade darum nicht gelungen, weil er Marx zu gläubig gegenübersteht. Er versteht nicht, dass die Frage, die Marx so eifrig erörtert, an sich nur eine Frage der Benennung ist. Er glaubt, von Marx dazu verleitet, mit Unrecht, dass der Begriff der Mehrwert bildenden Arbeit irgendeine neue Bestimmung empfangen, wenn wir ihm den Namen der produktiven Arbeit geben. Gerade darum findet er das Problem nicht, warum denn Marx eine an sich nur terminologische Frage mit so erstaunlichem Aufwand erörtert habe. So stellt er zwar sehr fleissig zusammen, was Marx über den Begriff der produktiven Arbeit gesagt, aber er entdeckt nicht, dass Marxens Beteiligung an dem Streit ihm nur der Ausgangspunkt war, ganz andere, mit der Bestimmung des Begriffes der produktiven Arbeit nur historisch verknüpfte Erkenntnisse zu entwickeln, die für den Aufbau seines Systems die grösste Bedeutung erlangt haben.

Interessanter ist Theodorows Bemühung um die zweite Frage: darum, ob auch Arbeiten ausserhalb der Erzeugung der stofflichen Güter — die Arbeiten in der Zirkulationssphäre, die Arbeit des Volksschullehrers — produktiv, das heisst Mehrwert bildend sind. Hier findet der Leser einige anregende Mitteilungen über die Erörterung dieser Frage im russischen und im bulgarischen Schrifttum.

So zeigen die Arbeiten Koepps und Theodorows trotz ihrer Mängel, wie fruchtbar das Arbeitsfeld ist, das die „Theorien über den Mehrwert“ erschlossen haben. Wenn erst die Wissenschaft dieses Feld eifriger bebauen wird, wird die mühevollen Arbeit Kautskys, der wir die „Theorien“ verdanken, reiche Früchte tragen.

O. B.

Parteilgeschichte

Politische Aufsätze und Reden von J. B. v. Schweitzer. Mit Einleitungen und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Berlin 1912. Vorwärts. Preis K 3'60.

In den Jahren 1859 bis 1871 vollzog sich eine entscheidende Wendung innerhalb der deutschen Demokratie. Noch glaubte sie an das Kampfziel von 1848; noch hoffte sie auf die deutsche Revolution, die Preussen und Oesterreich vernichten und alle deutschen Lande vom Belt bis zur Adria in einer grossen deutschen Republik vereinigen werde. Aber die Ereignisse jener Zeit zerstörten diese Hoffnung. Die Bour-

* „Theorien über den Mehrwert“. 1. Band. Seite 378.

geoisie wandte sich von der nationalen Revolution ab. Die preussische Regierung unternahm es, die deutsche Einheit in ihrem Sinne herzustellen. Sie hat die nationale Frage Deutschlands gelöst, indem sie das Kampfziel verfälschte: die deutsche Einheit wurde hergestellt durch die Zerstückelung Deutschlands, indem die Deutschen Oesterreichs aus dem Gemeinwesen der deutschen Nation ausgeschlossen wurden; die deutsche Einheit brachte nicht die deutsche Freiheit, sondern die Herrschaft des preussischen Junkertums über die deutsche Nation. Die deutsche Demokratie musste die vollzogenen Tatsachen hinnehmen, sich den neuen Verhältnissen anpassen, die Hoffnung auf die deutsche Revolution, die die grossdeutsche Republik bringen werde, für Jahrzehnte aufgeben, innerhalb des neuen staatlichen Rahmens ihren Kampf führen lernen.

Einer der ersten, die diese Wendung vollzogen, war J. B. v. Schweitzer, der Nachfolger Lassalles in der Führung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines. Dass er früher als Marx und Engels, früher als Liebknecht und Bebel sein Denken und sein Handeln den neuen Tatsachen anpassen konnte, verdankte er der Stärke und der Kargheit seines Wesens; denn seines Wesens Stärke war die Fähigkeit zu nüchterner Beurteilung der Machtverhältnisse, seines Wesens Kargheit der Mangel an Leidenschaft, die sich noch an das Kampfziel klammert, wenn es auch schon zu verschwinden droht. So konnte er früher als andere die deutschen Arbeiter die Methoden des Klassenkampfes unter den veränderten Bedingungen lehren. So näherte er sich aber auch allzu schnell und allzusehr dem alten Feinde der deutschen Demokratie und musste darum denen, die, treuer und leidenschaftlicher als er, an dem alten Kampfziel noch festhielten, als Verräter erscheinen. Daher der Streit über die Persönlichkeit Schweitzers! Wir haben über diesen Streit berichtet, als wir den zweiten Band der Lebenserinnerungen August Bebels im „Kampf“ besprachen. („Der Kampf“, V. Jahrgang, Seite 92.)

Franz Mehring, dessen Verdienst es ist, Schweitzer von der Beschuldigung des Verrates entlastet zu haben, hat nun die wichtigsten Dokumente zur Beurteilung dieses Streites veröffentlicht. Sie bestätigen das Bild, das wir entworfen haben. Dass Schweitzer in der Abkehr von den alten Zielen und Methoden zu weit ging und in das entgegengesetzte Extrem verfiel, zeigen seine Artikel und Reden sehr deutlich. Zwar macht er noch seine Verbeugung vor der deutschen Revolution und der grossdeutschen Republik. Aber solche Redewendungen sind doch nur der Versuch eines Alibibeweises, der verdecken soll, dass er sich in der politischen Praxis schon auf den Boden des werdenden grosspreussischen Reiches gestellt hat. Er überhäuft das preussische Königtum mit unverdientem Lob, erwartet vom preussischen Staat Hilfe für die deutschen Arbeiter, tritt im Kampfe gegen die liberale Bourgeoisie auf die Seite Bismarcks. All das mag ihm freilich nicht mehr als ein Mittel im Wahlrechtskampf gewesen sein: die Geschichte der Wahlrechtskämpfe in Oesterreich und Ungarn, in Italien und Belgien beweist, dass Arbeiterparteien auch später, unter höher entwickelten Verhältnissen im Kampfe gegen die

Wahlrechtsprivilegien der Bourgeoisie mit ähnlichen Mitteln die Unterstützung der Staatsgewalt zu erlangen suchten. Aber Schweitzer ist darin doch viel weiter gegangen, als eine demokratische Partei je gehen kann. Liess er es doch widerspruchslos geschehen, dass unter dem Einfluss seiner Agitationsmethoden eine monarchistische Stimmung in der organisierten Arbeiterschaft entstand, die in monarchistischen Kundgebungen — in Glückwunschtelegrammen an König Wilhelm und dergleichen — ihren Ausdruck fand! Wäre es Liebknecht und Bebel nicht gelungen, diese Stimmung auszurotten, dann hätte die deutsche Sozialdemokratie aufgehört, eine demokratische, eine revolutionäre Partei zu sein.

Mehring aber lässt sich von seinem Eifer, Schweitzer gegen unbillige Anklagen zu verteidigen, zu dem Versuch verleiten, selbst die anfechtbarsten Handlungen und Unterlassungen Schweitzers zu entschuldigen. Er billigt Schweitzers Schweigen zu monarchistischen Kundgebungen der Parteigenossen (Seite 66), er stellt einen Artikel, der, sei es auch in geschickter Einkleidung, doch nur eine Offerte an Bismarck war, als „grossdeutsch-revolutionär“ hin (Seite 117, 157), er hält es für „ganz unverfänglich“, dass Schweitzer den Arbeitern in Wahlflugschriften sagte: „Eine mildere Zeit, eine weisere Regierung ist gekommen.“ (Seite 201.) Man muss nicht glauben, dass Schweitzer im Solde Bismarcks gestanden sei, man kann Mehrings Verdienst um die Würdigung Schweitzers dankbar anerkennen und dennoch finden, dass er jetzt in seinem Wohlwollen für Schweitzer viel zu weit geht.

Auch in der deutschen Frage stellt sich Mehring nun ganz rückhaltlos auf den Boden Schweitzers. Er sagt, der Sieg Preussens im Jahre 1866 sei „das kleinere Uebel“ (Seite 158), der Kampf Liebknechts und Bebels um die grossdeutsche Republik sei schon vor 1870 ein „Jagen nach Utopien“ (Seite 258) gewesen. Demgegenüber erinnern gerade wir Deutschen in Oesterreich, die durch das „kleinere Uebel“ ihres Vaterlandes beraubt wurden, uns gern der Feststellung Bebels, dass ein Sieg Oesterreichs im Jahre 1866 „das kleinere Uebel“ gewesen wäre; denn ein Sieg Oesterreichs hätte Deutschland in eine Lage gebracht, aus der es nur einen Ausweg gegeben hätte: die deutsche Revolution, die die wirkliche Einheit und Freiheit Deutschlands — des ganzen Deutschland! — gebracht hätte*.

Das Bild Schweitzers, das seine Reden und Artikel liefern, wird ergänzt durch seine Briefe an Marx, die Mehring veröffentlicht. Auch ein Brief Marxens an Schweitzer wird mitgeteilt; es ist dies der berühmte, schon in der „Neuen Zeit“ veröffentlichte Brief über den Gegensatz zwischen Sekte und Partei, der in knappen Worten einen der wichtigsten Grundgedanken marxistischer Politik zusammenfasst. Die Sekte, sagt Marx, sucht der Klassenbewegung nach einem doktrinären Rezept ihren Verlauf vorzuschreiben; die Partei sucht die reelle Basis ihrer Agitation in den wirklichen Elementen der Klassen-

* Bebel „Aus meinem Leben“. 1. Teil. Stuttgart 1910. Seite 161.

bewegung selbst. Die Sekte sucht ihren Daseinsgrund darin, was sie von der Klassenbewegung unterscheidet; die Partei darin, was sie mit der Klassenbewegung gemein hat. (Seite 279.)

O. B.

Geschichte

Wegweiser durch die Literatur der österreichischen Geschichte. Von Richard Charmatz. Stuttgart 1912. Cotta. Preis K 420.

„Ein Wegweiser, nicht mehr und doch so viel will dieses Büchlein sein. An eine annähernd vollständige Biographie wurde nicht gedacht; als Ziel schwebte nur die Absicht vor, einen knappen Führer zustande zu bringen, der das Wichtigste und Beste aus den vorhandenen Werken und Studien über die österreichische Geschichte herausgreift.“ So erläutert Charmatz die Aufgabe seiner neuen Arbeit. Sein Buch ist daher nicht so sehr für den zünftigen Geschichtsforscher bestimmt als für den „gebildeten Laien“, der sich über einen Abschnitt der österreichischen Geschichte unterrichten will. Insbesondere dem Politiker und dem Zeitungsschreiber wird es hochwillkommen sein. Es wird ihnen desto wertvollere Dienste leisten, da in dem ausführlichen Abschnitt über die Geschichte der neuesten Zeit nicht nur historische Darstellungen, sondern auch politische Streitschriften in grosser Zahl genannt sind.

Charmatz will „das Wichtigste und Beste“ aus der Literatur über österreichische Geschichte aufzählen. Was wichtig und gut ist, darüber lässt sich streiten. Jeder kundige Leser wird manches Buch, das er schätzt, vermissen, andere, die er für entbehrlich hält, genannt finden; die Schätzung der einzelnen Bücher hängt ja von den Neigungen, den Ansichten, den Interessen des Lesers ab. Im ganzen scheint uns aber das schwere Problem der Auswahl vortrefflich gelöst zu sein. Wenn wir trotzdem auf einige Lücken hinweisen, tun wir dies nur zu dem Zwecke, um für spätere Auflagen, die hoffentlich notwendig sein werden, Anregungen zur Vervollständigung der fleissigen Arbeit zu geben.

Zunächst vermissen wir einige wichtige Schriften der sozialdemokratischen Literatur, so zum Beispiel zur Geschichte der Hussitenkriege Kautskys „Vorläufer“, zur Geschichte des Krimkrieges Marxens „Eastern Question“, zur Geschichte des Krieges 1859 die beiden Streitschriften von Engels. Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung wären noch zu nennen: die Protokolle der Parteitage und der Gewerkschaftskongresse, die von einigen Gewerkschaften herausgegebenen geschichtlichen Darstellungen der Arbeiterbewegung in einzelnen Berufen (Giesser, Hutarbeiter, Buchbinder, Schuhmacher), die Tätigkeitsberichte der Fraktion, das Gedenkbuch der Arbeiterinnenbewegung, die Memoiren Hannichs und Weigunys, die „Dokumente des Separatismus“, einige wichtige Berichte über Gerichtsverhandlungen. Soziale Zustands schilderungen und die Literatur über Arbeiterschutz sind ungenügend berücksichtigt. Auch die Angaben über die Geschichte des christlichen Sozialismus sind dürftig. Rudolf Meyer ist überhaupt nicht genannt, obwohl seine Geschichte des

Emanzipationskampfes des vierten Standes auch zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung anzuführen wäre; Vogelsang ist nur unzureichend durch das Buch Klopps vertreten. Auch in anderen Abschnitten vermissen wir wichtige Schriften, so zur Nationalitätenfrage die Broschüre des Synopticus, zur Währungsgeschichte die Arbeit Spitzmüllers, zur Geschichte des Gemeinerechts die Monographie Brockhausens, zur Geschichte der Steuerreform von 1896 das Buch Steinitzers. Das reiche Material, das in Parlamentsprotokollen, Enqueten, Jahrbüchern und statistischen Arbeiten enthalten ist, ist unbenützt geblieben.

Die Gliederung des Stoffes zwingt Charmatz, dasselbe Buch an verschiedenen Stellen zu nennen. Aber er geht darin nicht weit genug. So ist zum Beispiel Viktor Bibls Buch „Die niederösterreichischen Stände im Vormärz“ bei der politischen Geschichte des Vormärz genannt; das Buch hätte wohl auch bei der Agrargeschichte erwähnt werden sollen, da es wichtige Angaben über die Zersetzung der Gutsherrschaft enthält. Wer bei dem Studium der österreichischen Agrargeschichte dem „Wegweiser“ folgt, wird zu seinem Schaden an Bibls Buch vorübergehen. Ebenso hätten viele andere Bücher in mehrere Abschnitte eingereiht werden müssen.

Charmatz begnügt sich damit, Bücher, Broschüren, allenfalls noch Sonderabdrucke zu nennen. Die Zeitschriftenliteratur hat er nicht bearbeitet. Das ist sehr zu bedauern, da gerade die vielen wertvollen Darstellungen, die in Zeitschriften zerstreut sind, für den „gebildeten Laien“ besonders schwer zu finden sind. Bearbeitet wurde nur die deutsche Literatur; neben ihr sind einige französische und englische Bücher genannt, die slawische, die italienische, die magyarische Literatur sind grundsätzlich ausgeschieden worden.

Trotzdem also Charmatz' Büchlein nichts weniger als vollständig ist, dürfen wir ihm für seine mühevollen Arbeit herzlichen Dank sagen. Wer es einmal versucht hat, sich über einen Abschnitt der österreichischen Geschichte zu unterrichten, weiss, welche Mühe es erfordert, die Literatur zusammenzustellen. Diese Mühe wird uns durch Charmatz' Arbeit wesentlich erleichtert. Wir dürfen darum hoffen, dass sein Wegweiser die österreichische Publizistik anspornen wird, den reichen Wissensschatz, der in der historischen Literatur aufgespeichert ist, eifriger als bisher zu verwerten. O. B.

Krieg

Wilhelm Lamszus: Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg. Verlag Alfred Janssen. Hamburg und Berlin. 1912. 7. bis 12. Tausend. 111 Seiten. Geheftet K 120.

Der kommende Krieg verwandelt die Erde in ein Schlachthaus. Das ist die Vision von Wilhelm Lamszus. Solche Vorstellungen im Leser zu wecken, ohne Tatsachen anzuführen, ist bedenklich. Wie es eine Kriegslegende gibt, so kann auch eine Antikriegslegende entstehen. „Wie kümmerlich standen sie 1870/71 da mit ihren klapperigen Zündnadelgewehren. Eine lahme Kugel nur immer zur Zeit und war sie abgeschossen, dann gabs ein langes, umständ-

liches Laden. Und dennoch brachte der Krieg weit über 100.000 deutsche und französische Leichen. Wie viel Leichen wird dieser Krieg wohl bringen? Ja, solche Fragen müssen eben geprüft werden. Dass der moderne Krieg, der Maschinenkrieg, mehr mordet, wird von der Kriegsstatistik keineswegs so voll bestätigt. Lamszus schreibt: „Man ist vom Kleinbetrieb zum Grossbetrieb übergegangen. An Stelle des Webstuhles, daran man mit den Händen schaffend sass, lässt man jetzt die grossen Schwungmaschinen sausen. Und wie man Knöpfe und Stecknadeln im Grossbetrieb erzeugt, erzeugt man nun die Krüppel und die Leichen mit Maschinenbetrieb.“ Aber schaut die Wirklichkeit so aus? War die Leipziger Völkerschlacht nur Kleinbetrieb? Und haben die grossen Schlachten des Russisch-Japanischen Krieges soviel Opfer gefordert? (Nebenbei: Ist überhaupt die Zahl der Gefallenen etwas Entscheidendes?) Keine Bilder vom kommenden Krieg! Der Krieg wie er ist — diese Kenntnis brauchen wir!

J. L. S.

Literaturgeschichte

Schiller und die Arbeiter. Von Konrad Haenisch. Anhang: 1. Schiller-Chronik. 2. Zur Schiller-Literatur. Dresden 1912. Kaden & Co. 58 Seiten. 48 Pf.

Diese kleine Schrift gehört zu dem Besten, was dem deutschen Arbeiter geboten werden kann, wenn er etwas über Schiller zu lesen verlangt. Ohne in die leeren Verhimmelungen einzustimmen, in denen sich bürgerliche Schriftsteller ergehen, wenn sie über Schiller schreiben, stellt er mit innerster und echtster Wärme das Ewige in Schillers Dichten und Trachten dar. Er bringt in schlichter und in einer auch dem irgendwie strebsamen Arbeiter verständlichen Weise die Grösse Schillers nahe und lehrt ihn, der ja von vornherein triebmässig zu Schiller sich hingezogen fühlt, auch die hohe Gewalt und nicht allein dichterische, sondern auch menschliche Bedeutung dieses Genius verstehen. Es bereitet im besonderen eine grosse Freude, dass der Verfasser mit Nachdruck Schiller als einen Vorläufer des

Sozialismus in Anspruch nimmt. Ich habe dies in meiner Gedenkrede im Jahre 1905 getan und bin deswegen angegriffen worden. Was in einer Rede weiter auszuführen nicht angängig war, hat Genosse Haenisch umfänglicher herausgearbeitet. Mit Recht bemerkt er, dass die Wurzeln des deutschen Sozialismus, der heute der Sozialismus der ganzen Welt ist, nicht nur auch in die deutsche Philosophie, sondern auch in die deutsche klassische Dichtung hinabreichen. Er sagt dies mit ganz besonderem Hinblick auf Schiller. Das ist ganz meine Meinung, nur dass ich im Gegensatz zu Haenisch glaube, dass man bei den Briefen zur ästhetischen Erziehung nicht von „müder Resignation“ sprechen darf. Gerade sie scheinen mir, richtig verstanden, der stärkste Beweis für die Intuition eines prophetischen Kopfes zu sein, der vom Sozialismus nichts wusste und vermöge des Umstandes, dass er auch nur ein Kind seiner Zeit war, auch nichts wissen konnte, ihn aber doch auf ganz merkwürdige Weise ahnte. Auch sind Schillers Worte: „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben!“, die er den Künstlern zuruft, kein Ausdruck eines hohlen Aesthetizismus, wenigstens nicht für jenen Sozialisten, der den Hochpunkt der Menschheitsentwicklung in der künstlerischen Vollendung sieht und der daran glaubt, dass erst der Sieg des Sozialismus die wahre Menschwerdung bedeutet, von der an erst der höchste Aufstieg der Menschheit beginnt. Freilich nicht sofort da ist, sondern erst beginnt. Dieser Zwiespalt mit Haenisch kann hier nicht ausgefochten, sondern bloss angedeutet werden. Er ist auch für die Beurteilung der Schrift ohne Belang. Haenisch stellt den Rebellen und Vorläufer des Sozialismus in Schiller so deutlich und liebevoll dar, dass man nur Genugtuung und Anerkennung haben kann. Dagegen möchte ich die Schiller-Ausgabe Mehrings durchaus nicht empfehlen. Sie ist schlecht gedruckt, hat schlechtes Papier und ist unvollständig. Sie ist auch nicht die billigste (4 Mk.), die einbändige Cotta-Ausgabe kostet 3 Mk. Jeder aufwärts strebende Arbeiter sollte sich das Büchlein kaufen. Ein paar Glas Bier weniger und er hat eine Schrift, die er hundertmal zur Hand nehmen und an der er immer wieder seine Freude haben wird.

E. Pernerstorfer.